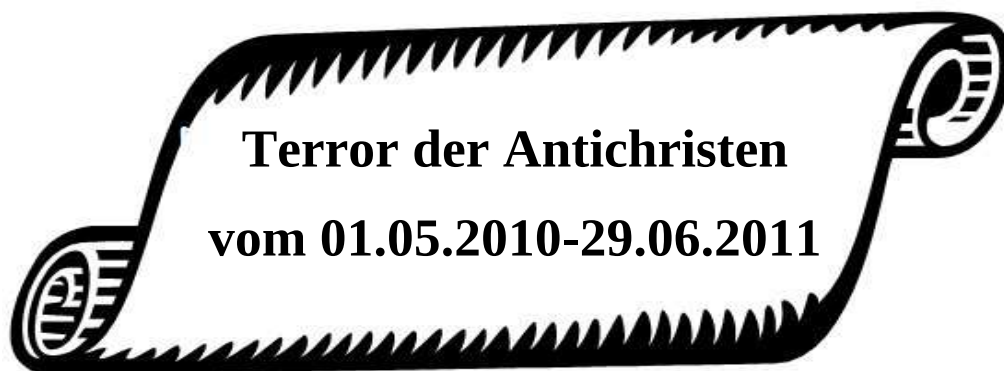


Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Mai 2010
bis zum 29. Juni 2011**

NWO-Sonderheft Nr. 108



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Mai 2010 bis zum 29. Juni 2011**

NWO-Sonderheft Nr. 108

Terror der Antichristen vom 01.05.2010-29.06.2011

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 2010 bis zum 29. Juni 2011	2-98
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Mai 2010 bis zum 29. Juni 2011

Die 5 Sinne des Menschen: Unsinn, Schwachsinn, Stumpfsinn, Blödsinn, Wahnsinn. <i>Spottvers der 68er Bewegung</i>
--

2010

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Mai 2010 über den Schuman-Plan:
>>**Erst einmal Kohle und Stahl**

Vor sechzig Jahren verkündete Außenminister Robert Schuman in Paris einen Plan, der die schwierigen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich auf eine völlig neue Grundlage stellte. Damals begann die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration.

Am 9. Mai 1950 trat der französische Außenminister Robert Schuman im Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit, der die Grundlage für eine neue Ordnung der Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern Europas schaffen sollte. Im Namen seiner Regierung schlug er vor, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und Deutschlands zusammenzulegen und einer gemeinsamen supranationalen Hohen Behörde zu unterstellen.

Der Schuman-Plan, wie die Initiative alsbald genannt wurde, richtete sich in erster Linie an Deutschland, vorgesehen war aber auch eine Beteiligung anderer europäischer Staaten. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion sollte die Voraussetzungen für eine gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung - als erste Etappe der europäischen Einigung - schaffen. So wollte Schumann dafür sorgen, "daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist".

Großbritannien teilte am 3. Juni 1950 mit, es könne und wolle nicht an den Verhandlungen teilnehmen, die später zum Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) führten. Da die Briten eine intergouvernementale Zusammenarbeit bevorzugten, überraschte diese Entscheidung nicht. London wollte das neue Europa auf den Fundamenten des Europarats und der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) errichten. Ob Frankreich damals gezielt auf den Ausschluß Großbritanniens von den Verhandlungen über die Montanunion hingearbeitet hat, wird unter Historikern bis heute debattiert.

Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman litt an den starren Grenzen, die der Nationalismus in Europa gezogen hatte. Er war 1886 in Luxemburg als Sohn eines durch die Annexion Elsaß-Lothringens zum Reichsdeutschen gewordenen lothringischen Vaters und einer luxemburgischen Mutter zur Welt gekommen. Zweisprachig mit Deutsch und Französisch aufgewachsen, galt er als Reichsdeutscher mit luxemburgischer Muttersprache. Schuman besuchte die Schule in Luxemburg und legte im lothringischen Metz das Abitur ab. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Bonn, München, Berlin und Straßburg wurde er 1911 in Berlin promoviert. Zwei Jahre später organisierte er in Metz den Deutschen Katholikentag.

Im Ersten Weltkrieg noch deutscher Soldat, wurde Schuman 1919, weil seine Heimat nun wieder zu Frankreich gehörte, französischer Staatsbürger. Als bald vertrat er Lothringen als Abgeordneter in der Nationalversammlung. Nach der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland wurde er von der Gestapo verhaftet. Er konnte jedoch fliehen und sich bis Kriegsende in einem Kloster verstecken. Dann gewann Schuman rasch Einfluß in der Politik. Er wurde 1946 Finanzminister und 1947 Ministerpräsident. Zwischen 1948 und 1952 gehörte er acht Kabinetten der Französischen Republik als Außenminister an.

Wie Konrad Adenauer und Alcide De Gasperi, die anderen Gründerpersönlichkeiten der europäischen Einigung, hatte Schuman in einem umkämpften Grenzraum gelebt. De Gasperi stammte aus Südtirol, Adenauer hatte nach dem Ersten Weltkrieg den Kampf um das Rheinland miterlebt. Als der ganze Kontinent in Trümmern lag, wollten sie alles tun, um den Grenzen in Europa künftig ihren trennenden Charakter zu nehmen. Daß sie Katholiken waren und somit einer übernationalen Glaubensgemeinschaft angehörten, half ihnen, ihren Patriotismus, den sie nie verleugneten, zu bändigen.

Weil Frankreich zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges gehörte, tat Schuman den ersten Schritt. Er hätte damals die traditionellen Reflexe des französischen Sicherheitsdenkens fortführen können: Nach dem Sieg über Deutschland müsse man sich vor dessen Wiedererstarken hüten, denn irgendwann könne Deutschland versuchen, Revanche zu nehmen.

Die meisten Politiker beider Länder verstanden die gegenseitigen Beziehungen nur als Nullsummenspiel: Ein Gewinn für das eine Land mußte mit einem Verlust für das andere einhergehen. Diese Logik führte zu Konzepten der Machtbalance, einem um sich greifendem Nationalismus und schließlich zu Aggression und Revanche - jenem Teufelskreis, aus dem die europäische Politik im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht ausbrechen konnte.

Schuman wollte diese verhängnisvolle Logik revidieren. Er strebte Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil an. Zum Wohle der eigenen Wirtschaft suchte Frankreich Zugang zu den Rohstoffen in Deutschland. Das konnte nur gelingen, wenn die Mengenbeschränkungen, die den Deutschen nach 1945 auferlegt worden waren, aufgehoben würden. Die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl war der Inbegriff eines materiellen Interessenkalküls.

Es ging aber auch um politische Symbole und die wichtigsten Ressourcen zur Kriegführung. Mit Kohle und Stahl lassen sich Panzer und Gewehre bauen, aber auch Eisenbahnen, die Soldaten an die Front transportieren. Diese Ressourcen sollten nun einer gemeinsamen Aufsicht unterstellt und somit ihrer nationalen Instrumentalisierung entzogen werden. Das war der erste Schritt auf dem Weg zu einem Europa der Kooperation und der Integration. Daß sein Traum von einer Logik des Friedens Wirklichkeit werden würde, konnte Schuman nicht wissen. Er war sich nicht einmal sicher, ob aus seinem Vorschlag überhaupt eine politische Tat werden würde.

"Europa", hieß es im Schuman-Plan, "läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen." Genannt wurden vier vorrangige Ziele: die Modernisierung und Qualitätsverbesserung der Produktion; die Schaffung gleicher Bedingungen

für die Lieferung von Kohle und Stahl auf den Märkten der beteiligten Länder; die Festlegung gemeinsamer Bedingungen für die Ausfuhr von Kohle und Stahl in Drittländer; sowie eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiter in der Kohle- und Stahlindustrie.

Als Schuman seinen Plan verkündete, verhandelte die junge Bundesrepublik Deutschland gerade über ihre Mitgliedschaft im Europarat. Ob die Saar zu Frankreich oder zu Deutschland gehören sollte, war noch nicht geklärt. Im März 1950 hatte Bundeskanzler Adenauer, der damals wegen der eingeschränkten Souveränität Westdeutschlands zugleich Außenminister war, in einem Interview die Bildung einer europäischen politischen Union vorgeschlagen. Das gefiel Charles de Gaulle, dem späteren Staatspräsidenten. Wachsender sowjetischer Druck, so de Gaulle am 16. März 1950, werde eine Union zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen, die das Werk Karls des Großen fortsetzen und erneuern könne.

Der Schuman-Plan wurde drei Tage vor der Londoner Konferenz der amerikanischen, britischen und französischen Außenminister vorgelegt, die sich noch einmal mit der deutschen Frage befaßte. Am Vormittag des 9. Mai 1950 tagte in Bonn das Kabinett, um den Beitritt der Bundesrepublik zum Europarat zu erörtern. Adenauer wollte vor dem Londoner Treffen der westlichen Siegermächte ein klares Signal für die Europa-Orientierung Deutschlands geben. Während der Kabinettsitzung wurde er über den Vorschlag Schumans informiert.

Dessen Plan, schrieb Adenauer in seinen Erinnerungen, "entsprach voll und ganz meinen seit langem vertretenen Vorstellungen einer Verflechtung der europäischen Schlüsselindustrien". Deshalb habe er Schuman unverzüglich mitgeteilt, "daß ich seinem Vorschlag aus ganzem Herzen zustimme".

In einer Pressekonferenz am Abend sprach sich Adenauer für den Vorschlag Schumans aus. "Ich betonte nachdrücklich", schreibt er in den Erinnerungen, "daß ich ihn als einen großherzigen Schritt Frankreichs und seines Außenministers Schuman gegenüber Deutschland und gegenüber der europäischen Frage betrachte. ... Ich erklärte, die Zusammenlegung der Grundproduktion von Kohle, Eisen und Stahl schaffe eine echte Voraussetzung dafür, daß zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft jeder Konflikt ausgeschaltet sein werde."

Schuman hatte am 9. Mai 1950 vom Ziel einer europäischen Föderation gesprochen. Wie Adenauer äußerte sich auch die amerikanische Regierung Präsident Harry S. Trumans sofort zustimmend zu dem französischen Vorschlag. Die Vereinigten Staaten hatten seit einiger Zeit Unmut über den Stillstand bei der Neuausrichtung Europas gezeigt. Trumans Außenminister Dean Acheson hatte Schuman verschiedentlich bedeutet, daß Frankreich angesichts des härter werdenden Konfrontationskurses der Sowjetunion gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland Bewegung zeigen müsse. Im Raum standen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihre mögliche Aufnahme in die 1949 gegründete Nato.

Beim Abfassen seines Planes konnte sich Schuman der Unterstützung eines Mannes versichern, der mit den Interessen der Vereinigten Staaten besser vertraut war als die meisten Franzosen. Jean Monnet, der Chef des französischen Planungskommissariats (1946 bis 1950), war maßgeblich an der Ausarbeitung beteiligt. Dazu gehörte auch Pierre Uri, der schon wenige Jahre später mit Hans von der Groeben auf deutscher Seite und wenigen anderen Mitstreitern die Römischen Verträge entwerfen sollte.

Im Zuge dieser Verhandlungen 1955/56 kamen Uri und von der Groeben zu der Auffassung, daß die wirtschaftliche Integration eines Tages zu einer gemeinsamen Währung führen müsse. Schließlich gehe es in erster Linie um ein politisches Projekt, auch wenn alles so technisch aussehe und bürokratische Regelungen erfordere. Der erste Schritt auf diesem langen Weg war der Schuman-Plan.

Im Detail gehen die Vorstellungen über die Zusammenlegung der Produktion von Kohle und Stahl unter der Aufsicht einer Hohen Behörde auf Monnet und seine Mitarbeiter im französischen Planungskommissariat zurück. Er war es auch, der eine transatlantische Perspektive in

die Verhandlungen einbrachte. Mit John McCloy, dem damaligen amerikanischen Hochkommissar für Deutschland, war Monnet schon seit den zwanziger Jahren bekannt. Damals vertrat der Sohn eines Weinbrand-Produzenten aus dem Städtchen Cognac mit langjährigen Verbindungen nach Nordamerika eine New Yorker Bank, und McCloy arbeitete für eine Anwaltskanzlei an der Wall Street.

Nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges organisierte Jean Monnet die kriegswirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien. Von 1940 bis 1943 arbeitete er im Auftrag der Briten in Washington an Plänen für die Umstellung der amerikanischen Wirtschaft von einer Friedens- zur Kriegsproduktion ("Victory Program"). In lebhaften Kontakten zu Mitarbeitern der Regierung Roosevelt wurde aber auch schon darüber nachgedacht, wie die spätere Rückkehr von der Kriegs- zur Friedensproduktion so gestaltet werden könne, daß zugleich ein Europa der Kooperation und Integration entstünde.

Wenn damals europäische Föderalisten wie Coudenhove-Kalergi, aber auch Winston Churchill von den "Vereinigten Staaten von Europa" sprachen, hatten sie fast immer das amerikanische Modell als Referenzpunkt vor Augen, um zu fragen, welchen Mechanismus Europa wählen solle, um die Logik des Krieges durch die Unausweichlichkeit des Friedens zu ersetzen.

Als Leiter des Planungskommissariats war Monnet für den 1948 aus Mitteln des Marshall-Planes finanzierten Wiederaufbau der französischen Wirtschaft verantwortlich. Später übernahm er den Vorsitz der Pariser Schuman-Plan-Konferenz, die vom 21. Juni 1950 an in nur wenigen Monaten über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verhandelte. Die Verschränkung der transatlantischen Interessen spielte eine wichtige Rolle, als sich bei der Gestaltung der europäischen Politik zum ersten Mal ein supranationaler Ansatz herausbildete. Während der Schuman-Plan-Konferenz wurde im Umfeld der amerikanischen Botschaft in Paris eine begleitende Arbeitsgruppe gebildet.

Adenauer hatte dem Frankfurter Rechtsprofessor Walter Hallstein die Leitung der deutschen Verhandlungsdelegation in Paris übertragen. Im September 1950 berief er ihn zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

Auch Hallstein verfügte über gute Kontakte in die Vereinigten Staaten. Er war 1944/45 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft gewesen und hatte 1948 als Gastprofessor an der Georgetown-Universität in Washington gelehrt. Als Berater der deutschen Delegation auf der Schuman-Plan-Konferenz zog er unter anderen den aus Frankfurt stammenden Anwalt Heinrich Kronstein heran, der während der nationalsozialistischen Herrschaft emigriert war und eine Professur an der Georgetown-Universität hatte. Hallstein wurde 1958 der erste und bisher einzige deutsche Präsident der Europäischen Kommission.

Nur wenige Tage nach Beginn der Schuman-Plan-Konferenz brach der Korea-Krieg aus. Das mit der Sowjetunion verbündete Nordkorea hatte die Demarkationsgrenze am 38. Breitengrad überschritten und war in Südkorea einmarschiert. Die Bedeutung der Vereinigten Staaten als Schutzmacht für und in Europa trat nun noch deutlicher hervor. Ohne Amerika wäre die europäische Wirtschaftsintegration nicht möglich gewesen. Und Konrad Adenauer sprach davon, daß der Osten Deutschlands und Europas eines Tages von dem Erfolg dieser Bemühungen angezogen werden würde. Man nannte das damals Magnettheorie.

Mit seiner Initiative vom 9. Mai 1950 ist Robert Schuman bewußt aus dem fatalen Kreislauf ausgebrochen, bei dem die europäischen Nationalstaaten ihre Sicherheit stets gegeneinander definiert hatten. Von nun an sollte Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden. Entscheidend war das völlig neue Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland. Diese beiden Länder sollten auch jetzt und in Zukunft immer wieder der Motor sein, der das europäische Einigungswerk voranbringt - gerade aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen.

Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde am 18. April 1951 in Paris unterzeichnet. Die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg beschritten damit den Weg einer supranationalen Integration Westeuropas. Institutionen wie die Hohe Behörde (mit Jean Monnet als erstem Präsidenten), die Gemeinsame Versammlung (unter dem Vorsitz Paul-Henri Spaaks, des späteren Nato-Generalsekretärs aus Belgien), der Besondere Ministerrat und der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl waren allesamt ein Novum in der europäischen Geschichte.

Während in der Hohen Behörde das supranationale Prinzip zum Ausdruck kam, fungierte der Ministerrat als intergouvernementales Bindeglied zwischen der Hohen Behörde und den Mitgliedstaaten der EGKS in der allgemeinen Wirtschaftspolitik. Das Zusammenwirken supranationaler und intergouvernementaler Elemente wurde so zum Kern des europäischen Integrationsprozesses. Dieses Mit-, Neben- und manchmal auch Gegeneinander war das Merkmal aller späteren Integrationsschritte. Zugleich entstand ein System wechselseitiger Verschränkungen und Abhängigkeiten, so daß heute von einer soliden interinstitutionellen Balance gesprochen werden kann.

Am 25. März 1957 wurde mit den Römischen Verträgen der in der EGKS erprobte Ansatz weitergeführt und der Schritt in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und in die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) getan. Viel Arbeit lag vor den Signatarstaaten, und kaum jemand konnte vorhersehen, wie sich der künftige Weg Europas gestalten würde.

Mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl hatte der Weg zur Marktintegration begonnen. Fortan gab es für die Mitgliedstaaten weder Zollschränken noch Mengenbeschränkungen bei der Produktion von Kohle, Eisenerz, Schrott und Edelstahl. Daß die Integration über die reine Marktintegration weit hinausgehen würde, stand den Gründervätern der europäischen Einigung jedoch klar vor Augen.

Wichtige Etappen dieses Weges, der mit dem Schuman-Plan begann, führten trotz vieler Schwierigkeiten und Widerstände zu einer vertieften Integration: Die Europäische Gemeinschaft erhielt 1971 einen eigenen Haushalt; seither wird das Europäische Parlament an der Verabschiedung des Haushaltsplans beteiligt.

Die erste Direktwahl der Abgeordneten fand 1979 statt. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986 wurde der Begriff "Europäisches Parlament" endlich rechtskräftig, und seit dem Maastrichter Vertrag kann das Parlament Gesetze gegen den Willen des Ministerrates verhindern. Immer stärker hat sich seither das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat durchgesetzt. Der am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene Vertrag von Lissabon sieht die Mitentscheidung nunmehr als "normales Gesetzgebungsverfahren" an.

Als Robert Schuman am 19. März 1958 das Amt als erster Präsident der Europäischen Parlamentarischen Versammlung antrat, war eine derart positive Entwicklung kaum vorherzusehen. In seiner Rede zeigte er sich besorgt darüber, daß die europäische Einigung durch eine technokratische Sicht der Dinge verkümmern könnte. Er beendete seine Ansprache mit einem Bekenntnis zur Einigung Europas, die eine Wertegemeinschaft der freien Völker unseres Kontinents bilden müsse: "Möge Europa Erfolg darin haben, das komplette Erbe zu aktivieren, das allen freien Völkern gemeinsam ist."

Aus gutem Grund wird der 9. Mai zur Erinnerung an die Verkündung des Schuman-Plans als "Europatag" begangen.<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 17. Mai 2010 über die terroristische "Rote-Armee-Fraktion": >>**Chronologie - Vom Kaufhausbrand zur Selbstauflösung: die Terrorgeschichte der RAF**

Die "gezielt tödlichen Aktionen" der drei RAF-Generationen kosteten seit 1972 mindestens 36

Menschen das Leben. Ein Rückblick.

DIE ERSTE GENERATION:

1968: Eine Gruppe um die späteren RAF-Gründer Andreas Baader und Gudrun Ensslin zündet am 2. April in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze, um den Einsatz von Napalm-Bomben im Vietnamkrieg anzuprangern. Innerhalb der Studentenbewegung markiert die Tat einen Wendepunkt: Während die Mehrheit weiter auf friedliche Proteste setzt, propagiert eine radikale Minderheit den Untergrundkampf.

1970: Am 14. Mai befreit ein Kommando um die ehemalige "Konkret-Journalistin" Ulrike Meinhof den in Berlin inhaftierten Baader. Die Aktion gilt als Geburtsstunde der RAF. Baader, Ensslin und der Anwalt Horst Mahler setzen sich nach Jordanien ab. In einem Lager der Palästinenser-Organisation Fatah werden sie militärisch ausgebildet.

1972: Der amerikanische Offizier Paul A. Bloomquist ist am 11. Mai der erste Bombentote der RAF. Zwölf Tage später sterben drei weitere Soldaten bei einer Sprengstoffattacke auf das Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg. Am 1. Juni nehmen die Fahnder mit Baader, Holger Meins und Jan-Carl Raspe den harten Kern der RAF fest. Kurz darauf gehen der Polizei auch Ensslin und Meinhof ins Netz.

DIE ZWEITE GENERATION:

1975/76: RAF-Terroristen besetzen am 24. April 1975 die deutsche Botschaft in Stockholm und nehmen zwölf Geiseln. Ihre Forderung, die in Stuttgart-Stammheim einsitzenden Anführer freizulassen, lehnt die Bundesregierung ab. Zwei Diplomaten und zwei Geiselnnehmer sterben. Am 9. Mai 1976 erhängt sich Ulrike Meinhof in ihrer Zelle.

1977: Im Jahr des "Deutschen Herbstes" überzieht die zweite RAF-Generation die Bundesrepublik mit einer Serie von Attentaten, um die Stammheimer Gefangenen freizupressen. Generalbundesanwalt Siegfried Buback wird am 7. April in Karlsruhe erschossen, Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto am 30. Juli in Oberursel.

In Köln verschleppt ein RAF-Kommando am 5. September Arbeitgeber-Präsident Hanns Martin Schleyer, dabei sterben dessen vier Begleiter. Der Bundestag beschließt das Kontaktsperre-Gesetz.

Am 13. Oktober kapern palästinensische Terroristen die Lufthansa-Maschine "Landshut". Trotz der kaltblütigen Erschießung des Flugkapitäns bleibt Bundeskanzler Helmut Schmidt (SPD) hart und läßt das Flugzeug von der Grenzschutz-Elitetruppe GSG 9 stürmen. Daraufhin begehen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord. Schleyers Leiche wird im elsässischen Mühlhausen gefunden.

DIE DRITTE GENERATION:

1985/86: Nach der Festnahme der Rädelsführer Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt 1982 setzt die dritte Generation der RAF die Welle der Gewalt fort. Am 1. Februar 1985 stirbt MTU-Chef Ernst Zimmermann.

Ein Bombenattentat auf die Frankfurter US-Airbase am 8. August 1985 fordert drei Opfer.

Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts wird am 9. Juli, der Diplomat Gerold von Braunmühl am 10. Oktober 1986 ermordet.

1989-93: In Bad Homburg stirbt am 30. November 1989 Deutsche Bank-Chef Alfred Herrhausen durch eine automatisch gezündete Bombe. Der Treuhand-Vorsitzende Detlev Karsten Rohwedder wird am 1. April 1991 in Düsseldorf von einem Scharfschützen niedergestreckt.

In den 90er Jahren nehmen zahlreiche RAF-Aussteiger die Kronzeugenregelung wahr. Letztes Terroropfer ist der GSG-9-Beamte Michael Newrzella. Er kommt am 24. Juni 1993 bei einer Festnahmeaktion in Bad Kleinen ums Leben.

1998: Selbstauflösung der RAF am 20. April. Reue zeigen die Terroristen in ihrer Erklärung kaum, sie üben lediglich Selbstkritik am eigenen Vorgehen: "Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen. Die Stadt-

guerilla in Form der RAF ist nun Geschichte."<<

Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 17. Mai 2010: >>"**Churchill, Hitler und der unnötige Krieg**" - Hitler? Harmlos!

US-Politiker Pat Buchanan behauptet, den wahren Schuldigen für alle Übel des Zweiten Weltkriegs gefunden zu haben: Winston Churchill. Doch Buchanan ist ein miserabler Historiker.

Im Januar 1941 erklärte das Magazin "Time Sir" Winston Churchill zum "Mann des Jahres": Mutig kämpfte Großbritannien unter seiner Führung gegen das mächtige NS-Reich. Und wenn die britische Moral sank, sorgten Churchills überwältigende Reden für eine neue Hausse. Der Premierminister war für den Krieg gemacht. Als er von Britanniens "größter Stunde" sprach, meinte er damit nicht zuletzt seine eigene. 2002 wählte das Publikum der BBC Winston Churchill zum größten Briten aller Zeiten.

Es gibt freilich Leute, die Churchill so gut nicht wegkommen lassen wollen. In diesem Frühjahr hat der Schriftsteller Nicholson Baker eine Sammlung zeitgenössischer Zitate über "den Beginn des Zweiten Weltkriegs" publiziert: "Human Smoke" hält den Pazifismus hoch und die Zitate, die Baker gesammelt hat, sind so arrangiert, daß Churchill als fanatischer Kriegstreiber erscheint, der sich wie ein unbelehrbar ungeduldiger kleiner Junge alle paar Wochen aufs Neue erkundigt, ob man nicht endlich die deutschen Wälder abfackeln könne.

Jetzt ist ein neues Buch herausgekommen, das - aus einer anderen Perspektive - auch ein vernichtendes Urteil über Churchill fällt. Der schillernde amerikanische Politiker Pat Buchanan macht den Briten für fast alles Üble verantwortlich, was im Zweiten Weltkrieg und in seiner Folge geschehen ist ("Churchill, Hitler, and the Unnecessary War", Crown, New York 2008).

In den neunziger Jahren versuchte Buchanan zweimal vergeblich, republikanischer Präsidentschaftskandidat zu werden. 2000 gelang es ihm, allerdings nicht an der Spitze der Republikaner, sondern bei der rechts-erratischen Reform Party.

Nachdem deren staatliche Zuschüsse für Buchanans Wahlkampf aufgebraucht waren und sein Wahlergebnis zu wünschen übrigließ, kehrte er zu den Republikanern zurück. Nebenbei bemüht er sich, die Geschichte umzuschreiben.

"Churchill, Hitler und der unnötige Krieg": So heißt Buchanans Werk, ein politisches Pamphlet, in dem der Autor dazu aufruft, Lehren aus der Geschichte zu ziehen: Anstatt eine Churchill-Büste im Weißen Haus aufstellen zu lassen, schreibt er, wäre George W. Bush gut beraten gewesen, Churchills schwere Fehler zu erkennen und daraus zu lernen.

Buchanan findet, Großbritannien hätte viel besser daran getan, sich nicht auf einen Krieg gegen Nazideutschland einzulassen. Churchills Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg sei Schuld daran, daß Britannien sein Empire verloren habe. Für Hitlers Ziele, die Buchanan umdefiniert, hegt er Sympathien: Hitler habe lediglich die ungerechten Landverluste, die der Versailler Vertrag festlegte, revidieren wollen. Zu weiteren Eroberungen sei er von Churchill nachgerade gezwungen worden; dessen Beistandsgarantie für Polen habe die polnische Führung ermutigt.

Bushs falsche Büste

Diese sei zu Verhandlungen über den "polnischen Korridor" nach Danzig nicht mehr bereit gewesen, so daß Deutschland geradezu in einen Krieg gegen Polen hineingetrieben worden sei. Auch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion betrachtet Buchanan als Ergebnis des Eintritts der Briten in den Krieg: Erst wenn Stalin geschlagen wäre, habe Hitler hoffen können, Großbritannien in die Knie zu zwingen - ein Land, mit dem er gern in Frieden gelebt hätte.

Buchanan haßt den Kommunismus mehr als alles andere. Hätte Churchill im März 1939 nicht zugesagt, Polen militärisch zu Hilfe zu kommen, wenn es von Deutschland angegriffen werde, dann hätte die Sowjetunion allein gegen Hitler kämpfen müssen. Und dann, so meint Bucha-

nan, wäre der Kommunismus weltweit wohl erledigt gewesen: "Der Bolschewismus hätte vernichtet werden können. Mit dem Kommunismus hätte es 1940 zu Ende sein können." Und so wäre es nicht zur "Versklavung von hundert Millionen Christen" gekommen. Der Katholik Buchanan meint die Völker der ehemaligen Sowjetunion.

Buchanan macht sich nicht die Mühe, Widersprüche in seinem Buch aufzulösen. Einerseits nimmt er an, Deutschland sei einzig an der Expansion nach Osten interessiert gewesen; und ohne den Eintritt Großbritanniens in den Krieg, hätte das Dritte Reich die Sowjetunion bald besiegt. Andererseits behauptet er, Hitler sei in der Sowjetunion nur deshalb eingefallen, um letztlich über Großbritannien zu triumphieren; hätte er die Briten nicht niederringen wollen, wäre ihm ein Krieg gegen die Sowjetunion nicht nötig erschienen.

Zur Charakterisierung von Buchanans Buch gibt es im Englischen eine treffende Redewendung: Die Lücken in der Argumentation sind so groß, daß da ein Laster durchfahren könnte. Dem möglichen Einwand, ein siegreiches Drittes Reich hätte das KZ-System noch weiter ausgebaut, begegnet Buchanan mit der Behauptung, die Einrichtung von Vernichtungslagern sei überhaupt erst eine Folge des Weltkriegs gewesen, der wiederum ohne die britische Kriegserklärung nicht begonnen hätte. Ja, so wäre denn letztlich Churchill verantwortlich für die Vernichtung der Juden.

Zur Untermauerung seiner Thesen zitiert Buchanan bis zur Verfälschung selektiv aus Hitlers Reden. Andere Figuren und Institutionen des NS-Reichs zieht er so gut wie nicht in Betracht. Die megalomane Dynamik, die Hitler und dem NS-System eigen war, übergeht er. Henry Kissinger hat darauf hingewiesen, daß die britische Presse und mit ihr die Öffentlichkeit nach dem Beginn des Polenfeldzugs unbedingt dafür war, Hitler zu bekämpfen.

Hätte Churchill das anders gesehen, wäre er 1940 wohl nicht Premierminister geworden. Auch das ignoriert Buchanan. Den Unterhaltungswert seiner Nonsens-Ideen beiseitegelassen, ist es interessant, warum er sie überhaupt aufschreibt.

Buchanans Ideen sind nicht neu

Der Gedanke, Churchill habe einen Fehler gemacht, als er dem Dritten Reich den Krieg erklärte, ist alt. Daß Großbritannien nicht bloß die Sowjetunion zur Weltmacht werden ließ, sondern zudem auch 1945 finanziell ruiniert war und deshalb sein Empire nicht mehr aufrechterhalten konnte, hat vor rund 50 Jahren schon der Historiker A. J. P. Taylor moniert, der immer gern das Gegenteil von dem sagte, was alle dachten.

Buchanans Parteinahme für Chamberlains Appeasementpolitik ist auch nicht neu. Nach 1945 hat es sich eingebürgert, mahnend daran zu erinnern, daß Chamberlain und Daladier in München 1938 über den Kopf der tschechoslowakischen Regierung hinweg Hitlers Anspruch auf das Sudetenland stattgaben. Chamberlain wähnte, damit den Frieden zu bewahren, und verstärkte das Dritte Reich doch nur in seinem Expansionsdrang.

Auf das Münchner Abkommen bezieht sich seither, wer falsch verstandenen Friedenswillen brandmarken und einen Angriffskrieg rechtfertigen will. Aber schon anläßlich der Suezkrise 1956 und dann anläßlich des Vietnamkriegs warnten Kritiker davor, aus dem Münchner Abkommen eine falsche Lehre zu ziehen.

"America First"

1993 wollte der rechte britische Historiker John Charmley Churchill vom Sockel stürzen. Der Kriegspremier habe nur zwei Dinge erreicht: Das Empire sei verspielt und Großbritannien zum Mündel der USA gemacht worden ("Churchill: The End of Glory"). Der inzwischen verstorbene britische Historiker und konservative Politiker Alan Clark, auch er ein Freund absurder Theorien, setzte dem noch eins drauf: Nicht gegen Hitler hätte Churchill kämpfen sollen; wäre Großbritannien weitsichtig gewesen, hätte es seinen wahren Gegner schon damals in den USA erblickt.

Mit seinen exzentrischen Thesen ist Patrick Buchanan in passender Gesellschaft. Auffällig ist

indes, daß er sich mit seiner Fürsprache für Chamberlain eine Argumentation zu eigen macht, die zumeist Linke und Pazifisten vorgetragen haben. Doch anders als sie hält Buchanan Chamberlains Appeasementpolitik für vernünftig, weil er ein Anhänger des Isolationismus ist, der früher auch unter dem Rubrum "America First" firmierte.

Er findet es großartig, daß die USA erst Ende 1941 in den Zweiten Weltkrieg eintraten und erst im Sommer 1944 eine zweite Front zu Lande gegen Hitlerdeutschland eröffneten: So habe Amerika Ressourcen gespart und später "das Empire beerben" können.

Und dann? Der Dritte Weltkrieg

Genauso sieht Buchanan das auch. "Amerika", schreibt er, "ist die letzte Supermacht, weil es sich aus beiden Weltkriegen bis kurz vor Schluß herausgehalten hat." Vernünftig sei es gewesen, "Vorposten der Sowjetunion" - Afghanistan, Angola und Nicaragua - von "Stellvertretern" attackieren zu lassen. Amerikanische Truppen hätten in Afghanistan und im Irak nichts zu suchen, in weit entfernten Ländern, von denen man in den USA nichts weiß.

Verfehlt sei es, daß die Bush-Regierung Nato-Beistandsgarantien an die Baltischen Republiken und andere Staaten im Umfeld der ehemaligen Sowjetunion ausgegeben habe: "Bush treibt Rußland China in die Arme." Und wenn ein Krieg ausbreche, weil Rußland sich anders gegenüber einem kleinen, von der Nato-Garantie aufgeplusterten Nachbarn nicht mehr zu helfen wisse, müßten die USA Rußland den Krieg erklären - genauso wie Churchill dem Hitlerreich wegen der Garantie für Polen den Krieg habe erklären müssen. Das wäre dann der Dritte Weltkrieg.

Buchanan ist ein miserabler Historiker. Als bornierter "America First-Mann", der er ist, wäre er vermutlich auch ein schlechter Staatschef, nicht besser als George W. Bush. Aber seine vernichtenden Kommentare über dessen Politik sind lesenswert. Sie treffen sich im Ergebnis mit der Kritik der Linken und Liberalen an Bush. Eine solche Bewertungsallianz der Rechten, Ultrarechten, Linken und Liberalen geschmiedet zu haben - das ist eine Leistung von George W. Bush.<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst L. Seehofer (seit 2008 bayerischer Ministerpräsident) erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Der damalige deutsche Bundespräsident Horst Köhler berichtete am 21. Mai 2010 in der "Welt am Sonntag" (x363/8): >>"Wir werden eine Ordnung der Freiheit nur bewahren können, wenn der Staat den Kampf gegen das große Geld aufnimmt und gewinnt. ... Die Regeln dürfen nicht diejenigen setzen, die so viel Geld haben, daß sie meinen, sich alles kaufen zu können.

Die Welt darf nicht vom Geld regiert werden. ... Daß auf einseitige Gewinnmaximierung gepolte Finanzakteure das Wohl und Wehe ganzer Völker bestimmen können, liegt eindeutig auch und sogar zuerst an politischen Versäumnissen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. September 2010 (x887/...): >>Mutiger bekennen

Der Entchristlichung der Gesellschaft entgegenzutreten

Andreas Püttmann behandelt in "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands" ein eminent wichtiges Thema, das wohl alle angeht. So verändere der Verlust des Glaubens das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft.

"Diagnose", "Prognose" und "Therapie" lauten die Überschriften der drei Hauptteile. "Diagnose" bringt wenig Neues. Doch das, was wir zu wissen glauben, "Kirchenschwindsucht", "Glaubensdepression", "atheistische Militanz" und anderes mehr, wird solide untermauert. Nach der Lektüre dieser Seiten glaubt man nicht länger zu wissen, man weiß es.

Auch die Prognose wird den nicht überraschen, der nicht bezweifelt, daß eine gute Lehre bes-

ser geeignet ist, den Menschen zum Guten zu führen als ein ethisches Vakuum oder gar eine destruktive Ideologie. Schon eine alte Weisheit besagt, daß "tausend Schwarze zehntausend Grüne ersetzen", also daß Pfarrer Polizisten entbehrlich machen. Liebe statt Hass, Vergebung statt Rache, das Leben ist heilig. Wer es fassen kann, der fasse es.

Mit Spannung werden die meisten die Therapievorschläge lesen. Gibt es ein Heilmittel? Zunächst werden Irrwege aufgelistet: "Selbsts kularisierung", "Anpassung", "Politisierung". Wenn unter "Selbsts kularisierung" der Beichtstuhl angeführt wird, so gilt es zu bedenken, daß in den Kirchen seit Jahrzehnten kaum noch von Sünde und Schuld die Rede ist, und wenn, dann mit Blick auf jene, die zwischen 1933 und 1945 gelebt haben. Der aktuelle Katechismus der katholischen Kirche trägt gleichsam die Unterschrift zweier Päpste. Doch wann wird er von den Geistlichen thematisiert? Selbst der Vatikan erwähnt ihn nicht, wenn es um die Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Sonst käme man zu anderen Ergebnissen.

"Anpassung": Eine der Ursachen der "Mi brauchsskandale" war sicherlich das Bemühen, den sexistischen Zeitgeist nicht zu versäumen - ein mi verstandenes Aggiornamento (Aktualisierung). Der Irrweg "Politisierung" wird insbesondere mit Beispielen aus dem Protestantismus untermauert: Die "Deutschen Christen" 1933 bis 1945, dann in der "DDR" die "Kirche im Sozialismus". In der Bundesrepublik bekämpften Bischöfe lautstark die Nachrüstung des Westens. Die Vorr stung des Ostens war tabu.

Mutiger bekennen, treuer beten, fröhlicher glauben, so lauten die Appelle an jeden, der Gott weiterhin in der Gesellschaft begegnen möchte. Und als Trost: Die Entchristlichung ist ein europäisches, aber kein weltweites Phänomen.

Allen, denen das Wohl der Gesellschaft am Herzen liegt, allen, die mit ihrer Kirche leben und leiden, kann "Gesellschaft ohne Gott" empfohlen werden.

Andreas Püttmann: "Gesellschaft ohne Gott - Risiken und Nebenwirkungen der Entchristlichung Deutschlands", A lar 2010 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. September 2010 (x887/...): >>>Fall Sarrazin: Todesurteile unter Nacktschnecken

Das Buch "Deutschland schafft sich ab" von Thilo Sarrazin hat nicht nur eine Diskussion über die Zukunft der deutschen Kultur und des Sozialstaates ausgelöst, es wird bisweilen auch als Zeichen einer langsam einsetzenden geistigen "Wende" gedeutet. Einige Beobachter zogen Parallelen zu Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" von 1977, das dem Untergang der DDR vorausging.

Sarrazin durchkreuzt dreierlei Absichten, die sich hinter dem "multikulturellen" Experiment verbergen. Wirtschaftskreise und ihre liberalen Helfer wünschen sich Einwanderung, um sich ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu erhalten. Die strategisch denkende Linke erhofft sich dadurch eine Zuspitzung von Klassengegens tzen und ein neues aggressives Proletariat, das das "weiße" Bürgertum zu entmachten imstande wäre. "Grüne" wiederum setzen durch das Experimentieren mit "Vielfalt- und Diversity-Konzepten" darauf, einen transnationalen "neuen Menschen" zu kreieren.

Die herrschenden Eliten und die ihnen verbundenen Chefredakteurszimmer wirkten anfänglich ungewöhnlich paralysiert, bis schließlich wieder die üblichen bundesdeutschen Versuche der sozialen Ausgrenzung zum Laufen kamen. Doch die Vorwürfe gegen Sarrazin wirkten seltsam stumpf. Political Correctness und "Kampf gegen Rechts" scheinen ihren Zenit überschritten zu haben.

Im Gegenteil. Der Medienwissenschaftler Norbert Bolz geißelte die "neuen Jakobiner", sprach von der "Götterdämmerung der 68er" und kritisierte die dem Volk entfremdete "Parallelgesellschaft" der politischen Elite und der Medienlinken: "Nichts hat den Geist der Bundesrepublik Deutschland so nachhaltig geprägt wie die Generationenherrschaft der 68er ... Seit Jahrzehnten haben die deutschen Linksintellektuellen keine politische Idee mehr gehabt. Und

wenn man theoretisch nicht weiter weiß, wird man moralisch aggressiv."

Volker Zastrow wandte sich in der "FAZ" gegen den Claudia-Roth-Jargon: "Warum soll 'unerträglich' sein, daß einer die Welt so beschreibt? ... Nicht hilfreich, nicht zu ertragen, so lauten soziale Todesurteile unter den Nacktschnecken, die auf der eigenen Schleimspur Karriere machen. ..."

Das vom SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel maßgeblich initiierte Parteiausschlußverfahren gegen Sarrazin könnte so zum Bumerang für die Sozialdemokraten werden. Schließlich wendet sich eine große Zahl der SPD-Mitglieder gegen einen Ausschluß. Indes kann die derzeitige Parteiführung kaum noch anders handeln, denn zu stark ist die Partei bereits in den Großstädten durchsetzt mit Einwanderern. Eine Sarrazin-Figur paßt also zunehmend weniger in das Konzept einer "multikulturell" agierenden SPD, die die alten deutschen Stammwähler möglichst lange verbal ruhig zu stellen versuchen wird.

Ähnliche Verwerfungen zwischen dem linken Funktionärskörper und der sozialen Basis könnten sich auch bei der Partei "Die Linke" ergeben. Schließlich würden nach einer aktuellen Umfrage 29 Prozent ihrer Wähler einer fiktiven Partei rechts der Union ihre Stimme geben, weitaus mehr also als etwa im CDU-Wählerreservoir (17 Prozent). Oskar Lafontaine, der gelegentlich verbal die nationale Karte gespielt hat, ist sich dieser sozial-nationalen Grundstimmung in der linken Wählerschaft durchaus bewußt. Und so herrscht gerade bei der "Linken" die berechnete Angst, das in den letzten Jahren angesammelte Protestwählerpotential zu verlieren, wenn sich denn eine akzeptable Wahlalternative - möglichenfalls von rechts - formieren würde.

Die radikale Linke, sogenannte "Antifaschisten" oder "Autonome", können bei den Auswirkungen der Sarrazin-Debatte außen vor gelassen werden. In diesem, maßgeblich vom studentischen Lumpenproletariat der Gesellschaftswissenschaften getragenen, Milieu herrscht seit vielen Jahren geistiger Stillstand. Meist beschränkt er sich mittlerweile in einem pathologischen Haß auf die deutsche Nation. Die Sarrazin-Debatte ist ihnen nur ein weiterer Grund für die üblichen Sitzblockaden, Schrei- und Gewaltaufmärsche, die der Einschüchterung Andersdenkender dienen sollen.

Die Qualität der Situation ist neu, und der Unterschied zu bisherigen Kampagnen gegen Abweichler vom politisch-korrekten und "multikulturellen" Weg der bundesdeutschen Politik liegt in vier Punkten:

1. Thilo Sarrazin ist keine Randfigur. Er war Finanzsenator von Berlin und Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank. Das unterscheidet ihn von in den Medien wenig präsenten Wissenschaftlern (Robert Hepp, Ernst Nolte), politischen Hinterbänkclern (Martin Hohmann) oder medialen Nebenfiguren (Eva Hermann). Sarrazin ist also ein Dissident aus dem Zentrum des Machtapparats. Viele Veränderungen entstehen nicht von außen, sondern anfänglich im Inneren.
2. Sarrazin kommt von der politischen Linken und hat sich auch keinesfalls als Renegat präsentiert. Das macht eine der sonst üblichen linken Kampagnen schwieriger, die vorzugsweise Vertreter des politischen Konservatismus "rechtsradikaler" Tendenzen bezichtigt. Eine "Rechtsradikalismus-Debatte" würde auf die Sozialdemokratie zurückfallen.
3. Sarrazin vermied Attacken an der stärksten Bastion der Etablierten - dem fast religiös verteidigten Geschichtsbild zur NS-Vergangenheit. Der "Juden-Gen-Ausrutscher" reichte nicht für eine größere Kampagne. Das ist der größte Unterschied zu den erfolgreichen Kampagnen gegen Ernst Nolte (1986), Steffen Heitmann (1993), Martin Hohmann und Reinhard Günzel (2003), bis hin zu Eva Herman (2007). Sarrazin hingegen blieb in der Gegenwart. Die von ihm angesprochenen Probleme betreffen faktisch alle Teile des Volkes, in Zukunft vor allem die jungen Menschen.
4. Sarrazin ist intellektuell derart fundiert, daß er standhaft blieb und nicht in die "sozialisti-

sche Selbstkritik" verfiel. Das unterscheidet ihn etwa von einem Günther Oettinger.

Die Rezeption des Sarrazin-Buches hat zudem erst angefangen, da die bislang 400.000 Käufer mitten im Lesen stecken. Die Eliten können nur versuchen, Zeit zu schinden, aber die Probleme kehren verstärkt wieder. Und da der herrschende Parteienblock keine Antwort mehr hat und sich so eindeutig in Richtung eines demographischen Umbaus der deutschen Gesellschaft festgelegt hat, wissen dessen Führungskräfte auch, daß ein Scheitern ihres Weges dazu führen könnte, daß sie unmittelbar zur Verantwortung dafür gezogen werden.

Die Verunsicherung der Funktionseliten heißt allerdings nicht, daß nun eine "Wende" unmittelbar bevorstehe, die sich einer nachhaltigeren Bevölkerungspolitik annähme. Möglich ist auch, daß zuerst die Repressionsschraube weiter angezogen wird, etwa via zunehmender Kontrolle über das bislang freie Medium Internet oder verschärfte Strafjustiz.

Das Thema aber bleibt virulent. Die Diskussion darüber kann durch allerlei Ablenkung vielleicht eine Weile aus den Medien gehalten werden, wird bei nächster Gelegenheit aber um so heftiger wieder an die Oberfläche treten. Insofern hat Doris Neujahr durchaus treffend in der "Jungen Freiheit" gefragt: "Thilo Sarrazin hat das Seine getan. Wer macht weiter?"<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. Oktober 2010: >>>**Die erste deutsche Revolution**

Von Michael Stürmer

Zwei Umbrüche, die Europa veränderten: Läßt sich die Vereinigung von 1871 mit der Wiedervereinigung von 1989 vergleichen?

9. November 1989: Die Ostdeutschen konnten ihr Glück kaum fassen; die Westdeutschen trauten ihren Augen nicht. Wo gestern noch die Mauer stand für alle Ewigkeit, war heute eine Bresche. Jubel herrschte, Tränen der Freude flossen und ein Gefühl der Befreiung breitete sich aus, begleitet von der Angst, es könne alles wie im Traum am nächsten Tag vorüber sein.

In den Staatskanzleien hielt die Politik den Atem an. Von London bis Paris, von Rom bis Warschau und Jerusalem herrschten gemischte Gefühle. Dies war vielleicht die finale, jedenfalls eine gefährliche Krise des Kalten Krieges.

Und ihre Ergebnisse waren gänzlich offen. Die Sowjetunion wankte und schwankte und hatte längst Rückzüge aus vorgeschobenen Positionen in Afrika und Lateinamerika angetreten. Rund um den Kaukasus wurde gekämpft; auf dem Balkan begann das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens; die baltischen Republiken wollten nicht länger Teil des Sowjetimperiums sein.

Die DDR war immer Schlußstein im Bogen des äußeren Imperiums der Russen gewesen, gesichert durch mehr als 20 Elitedivisionen, Hunderte taktischer Nuklearwaffen und das Kontrollnetz des sowjetischen KGB. Wenn das äußere Imperium auseinanderbrach, dann mußte das innere Imperium folgen. Würden die Machthaber des Kreml, würde der Geheimdienst in der Lubyanka, würde die Generalität das hinnehmen? Wenn Imperien fallen, so die Lehre des 20. Jahrhunderts, dann tun sie es nicht mit einem Seufzer, sondern mit einem Knall.

Was den alten Griechen das Orakel von Delphi war, Ratgeber und Wahrheitskundler, war den Deutschen und ihren Nachbarn die schwere und vieldeutige Geschichte des 20. Jahrhunderts, in ihrer Mitte die Erinnerung an das Reich Bismarcks, an die wilhelminische Großmacht, das europäische Desaster von 1914 und den, wie General de Gaulle es nannte, "Dreißigjährigen Krieg unseres Jahrhunderts". Deutschland hatte in alldem eine Hauptrolle gespielt und war im Kalten Krieg Schauplatz der "Central Front" zwischen amerikanischen und sowjetischen Atomwaffen. Am Checkpoint Charlie in Berlins Friedrichstraße hatten einander 1961 nach dem Mauerbau die Panzer der USA und der UdSSR gegenübergestanden, Rohr gegen Rohr, um die Rechtslage zu klären.

Nichts davon war an jenem 9. November vergessen. Geschichtskundige zitierten Benjamin Disraeli, den britischen Staatsmann, der 1871 im House of Commons im Blick auf den

deutsch-französischen Krieg ahnungsvoll gesagt hatte: "Dieser Krieg ist eine deutsche Revolution, ein größerer politischer Umbruch als die Französische Revolution des vergangenen Jahrhunderts. Ich sage nicht ein Umbruch von gleicher gesellschaftlicher Bedeutung, oder größer. Was die sozialen Konsequenzen angeht, die liegen in der Zukunft ... Jede diplomatische Tradition ist weggefeht. Das Gleichgewicht der Macht ist vollständig zerstört."

Disraeli, später Lord Beaconsfield, war 1871 Führer der Opposition, und zur Stellenbeschreibung von Oppositionsführern gehört beides: zu vereinfachen und zu übertreiben. Zwischen 1871 und 1989 ist noch viel geschehen, und vieles hätte auch anders kommen können. Aber niemand in den Korridoren der Macht konnte und wollte 1989 die Lehren der Geschichte - oder was jeder und jede dafür hielt - in den Wind schlagen.

Was, wenn die Geschichte sich wiederholen würde? Mitterrand drohte mit Rückkehr zur französisch-britisch-russischen Entente von 1913; die Iron Lady stellte einem Historiker-Colloquium in Chequers die Frage: "Haben die Deutschen sich gewandelt?" Beide vergaßen vorübergehend, daß dieses Mal das große Spiel zwischen Washington und Moskau gespielt wurde, die Deutschen in Ost und West Objekt und Subjekt zugleich waren.

Alles, was folgte, war zugleich Einhegung der Geschichte und vorwärts weisende Staatskunst. Das gilt für "Zwei plus Vier", die abschließende Regelung der Deutschen Frage, wie für die Maastricht-Verträge und die gemeinsame Währung. Integration statt deutscher Dominanz sollte alles richten, und niemals wieder, wie Kanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in der Berliner Philharmonie feierlich sagte, dabei ein Buch über das Kaiserreich zitierend, "ein ruheloses Reich".

Daß Rußland bei alldem in die Rolle des Verlierers gedrängt wurde, gehört zu den langfristigen Hypothesen der 1990er-Jahre - vermeidbar, wenn man auch im Bezug auf Rußland geschichtliche Lehren und Regeln des Mächtesystems ernst genommen hätte. Bismarck hätte Washington und Bonn/Berlin geraten, es sich diesmal, anders als er selbst 1871 und danach, nicht mit Rußland zu verderben.

1871 veränderte sich in dem Europa der souveränen Großmächte die Führungsposition in der Mitte. Preußen als deutsche Vormacht und harter Kern der deutschen Politik löste Österreich endgültig ab als Machtzentrum in der Mitte Europas: So wie der deutsche Krieg gegen Dänemark 1864 halb Freiheitskrieg, halb Mächtekrieg gewesen war, war der preußisch-deutsche gegen Österreich ein Scheidungskrieg.

Dahinter stand die Einsicht, seit dem nationalen Scheitern der Paulskirche 1848/49 überdeutlich, daß Großdeutschland unmöglich war: Nicht nur wegen der österreichischen Reichskonstruktion und der Unvereinbarkeit des industriell-administrativen Entwicklungsstands, sondern auch wegen des Vetos der Großmächte.

Trotzdem aber hatte Bismarck, seit 1862 als Ministerpräsident die Schlüsselfigur der preußischen Politik, mit einer Reputation für, wie er selbst schrieb, leichtfertige Gewalt - gemeint war Staatsstreich - die deutsche Einheitsfrage wieder aufgegriffen. Noch 1849 hatte er über den "Nationalschwindel" gespottet und das Königtum von Gottes Gnaden kompromißlos verteidigt.

Seitdem aber hatte er als Diplomat am deutschen Bundestag in Frankfurt gelernt, daß Preußen nur als Industriestaat ein Machtstaat bleiben konnte, daß der Monarchie zu ihrem Überleben ein Tropfen demokratischen Öls beizumischen war und daß er das Parlament als Motor der Modernisierung brauchte. Er wollte die Liberalen zähmen, die aber wollten mit ihm das Gleiche tun. Am Ende war er der Sieger.

Die Zielstrebigkeit dieser Strategie und zugleich die Kaltblütigkeit bei der Ausführung haben ihm Bewunderung eingetragen, von den Zeitgenossen bis hin zum früheren US-Außenminister Henry Kissinger, aber auch Kritik ohne Ende - und meist unter Hinweis auf architektonische Mängel und Schwächen der Verfassungs- und Machtkonstruktion, die in der Tat auf

niemanden so stark zurückgeht wie auf Bismarck.

Doch wäre es verfehlt, die Rede vom "Bismarckreich" wörtlich zu nehmen. Nicht nur, weil Bismarck selbst immer wieder gewarnt hat, so zum Beispiel im Reichstag: "Die Geschichte, meine Herren, können wir nicht machen. Wir können nur warten, daß sie sich vollzieht." Der große Macher war auch großer Aussitzer. Und er war ein unübertrefflicher Taktiker.

Immer wieder wird das Wort zitiert, zumeist im Ton von Abscheu und Empörung, das er am 30. September 1862, frisch im Amt, den ihm feindlich gesinnten Abgeordneten entgegenschmettete: "Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden - das ist der große Fehler von 1848/49 gewesen -, sondern durch Eisen und Blut." Wer genau hinhört, erkennt darin die Taktik, die Liberalen für die Strategie der deutschen Einheit zu engagieren und sie zugleich zur Kapitulation über Budget und Verfassung zu verführen. So ist es dann auch gekommen.

In Wirklichkeit aber war die Lage viel komplizierter als das Duell "Regierung - Bismarck - Monarchie" auf der einen Seite, "Liberalismus - Verfassung - Modernisierung" auf der anderen. Was die Gegner verband, war das Ziel des nationalen Großwirtschaftsraums, Freihandel nach außen und Verfassung nach innen. Was sie trennte, war die Frage der Macht.

Gäbe es in der Geschichte ein letztes Wort, so steht es dem Großmeister der modernen Wirtschaftslehre zu: Lord Keynes. Er sprach davon, daß "Kohle und Stahl" die deutsche Einheit geschmiedet hätten, nicht "Eisen und Blut".

Die Geschichte der deutschen Einheit jedenfalls reicht so weit, wie sie umstritten bleibt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Oktober 2010 (x887/...): >>**Polemik ohne Beleg**

Wie Prof. Wolfgang Benz Konrad Löw zu widerlegen versuchte

Wie standen die Deutschen in der NS-Zeit zur Politik der Judenverfolgung? Es ist gesichert, daß vor den für die Machtergreifung entscheidenden Reichstagswahlen von 1932 und 1933 die NSDAP auf öffentliche antisemitische Agitation weitgehend verzichtete - offenbar im Wissen, wie unpopulär dieser Teil ihres Programms war. Auf der anderen Seite ist klar, daß nicht nur die meisten Vollstrecker des Holocaust Deutsche oder Österreicher waren, sondern daß es dem Regime keine Schwierigkeiten bereitet hat, beispielsweise Abnehmer für geraubtes jüdisches Eigentum zu finden. Niemand hätte dergleichen annehmen müssen, auch nicht in der schlimmsten Diktatur.

Zwischen diesen beiden Polen bewegt sich die seriöse Forschung über Art und Umfang der Unterstützung, die der mörderische Antisemitismus des NS-Regimes in der deutschen Bevölkerung hatte. Konrad Löw gehört dabei zu denjenigen, die insbesondere anhand der Aussagen jüdischer Opfer nur geringe Sympathien unter den Deutschen für die Judenpolitik des NS-Regimes nachweisen zu können glaubten. Seine Kritiker tun sich mit seinen Arbeiten schwer, da es kaum möglich ist, Löw zu widersprechen ohne gleichzeitig die Glaubwürdigkeit seiner meist jüdischen Zeugen in Zweifel zu ziehen. Trotzdem steht Löw seit längerem im Fokus massiver Kritik, ja harter Polemik.

Bezeichnend dafür ist eine Passage aus einem Interview in der "Welt" vom 14. April 2007. Der Redakteur Sven Felix Kellerhoff fragte darin den bekannten Historiker und Antisemitismusforscher Professor Wolfgang Benz: "Konrad Löw schreibt, der Holocaust habe nicht mit Billigung oder gar Hilfe des deutschen Volkes stattgefunden."

Benz antwortete: "Die These ist nicht neu, sondern die uralte Lebenslüge von ein bis zwei Generationen Deutscher, die sich zusammenfassen läßt: Erstens hätten die Deutschen von der Judenverfolgung und ihrem schrecklichen Höhepunkt nichts gewußt; zweitens hätten sie die antisemitische Politik stets mißbilligt; drittens sei eine kleine Bande Bösewichter verantwortlich, die auf unerklärliche Weise Macht über das deutsche Volk bekommen habe."

Doch genau so argumentiert Löw nachweislich gerade nicht. Er differenziert sehr genau zwi-

schen den tatsächlichen Tätern und den ebenfalls schuldig Gewordenen, die zustimmend schwiegen, auf der einen Seite und denjenigen, die die Judenverfolgung eben doch - wenn auch meist schweigend - ablehnten. Benz' harsche Kritik an Löw in dem zitierten Interview ("für die Wissenschaft unnütze Thesen", "nicht an Aufklärung interessiert", "Ideologieproduzent") kommt ohne ein wörtliches Zitat des Angegriffenen aus.

Kaum haltbar ist die von Benz zu Beginn des Interviews geäußerte These "Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hätte die Verfolgung gar nicht stattfinden können."

Es ist nun einmal kennzeichnend für Diktaturen, daß sie auf den Mehrheitswillen keine Rücksicht nehmen müssen. Auch Stalins Politik der Deportation ganzer Völker kam ohne einen entsprechenden Mehrheitswillen aus.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Dezember 2010 (x887/...): >>Rufrettung durch Zeitzeugen

Konrad Löw belegt, daß die Deutschen nicht antijüdisch eingestellt waren

Konrad Löw, Emeritus der Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth, präsentiert zum Trauma des Holocaust vier Jahre nach seinem Buch "Das Volk ist ein Trost" mit "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" eine umfangreichere Dokumentation von Zeitzeugnissen mit Erörterungen der Schuldfrage.

Bisher wurde "Das Volk ist ein Trost" von Fachhistorikern links liegen gelassen. Paßte ihnen die Tatsache zu wenig in das von den Siegermächten dekretierte und in Deutschland mit einem "masochistischen Schuldbewußtsein" (Alfred Grosser) gepflegte Geschichtsbild - war es deshalb zu karriereschädlich, dies anzufassen?

Löw führt an, daß Deutsche größtenteils frei von Antijudaismus waren, obschon Juden - nur knapp ein Prozent der Bevölkerung - zur Weimarer Zeit, beruflich und finanziell hervorragend erfolgreich waren. Kein Zeitzeuge führt Hitlers Erfolg auf seinen Antijudaismus zurück, der in der Wahlpropaganda kaum vorkam, sondern auf seinen Kampf gegen die Erniedrigung und Verelendung Deutschlands durch Versailles.

Der Autor hat 354 Aufzeichnungen von 300 jüdischen oder mit Juden verheirateten Zeitzeugen und rund 270 Zeitzeugnisse von nichtjüdischen Deutschen, besonders in den Deutschlandberichten der Exil-SPD, von ausländischen Diplomaten und Journalisten sowie von Verantwortlichen des NS-Regimes ausgewertet.

Die jüdischen Zeugnisse aus allen Regionen Deutschlands sprechen dafür, daß die allermeisten Deutschen die Judenverfolgung verurteilt haben, wie viele Hundert positiver Einzelaussagen belegen. Negativ ist nur knapp jede zehnte, die aber meist Einzeltaten wie Verhöhnungen durch Jugendliche oder einige tätliche Angriffe durch Pöbel betreffen.

Dagegen umfassen die positiven Zeugnisse meist Zeiträume oder mehrfach Erlebtes: einen jahrelangen normalen Schulalltag jüdischer Kinder, Bekundungen von Abscheu der Drangsalierung, Sichern von Eigentum durch "Aufbewarier", von Hilfe durch Verstecken und Versorgen Einzelner oder ganzer Familien; ein Zeuge spricht von 66 Quartieren, ein anderer von 70 Helfern.

Aussagekräftig ist auch, daß selbst die, welche Hilfe verweigerten, nur selten denunzierten. Sehr beachtlich ist, daß sogar einige überzeugte Nationalsozialisten, Beamte, Angehörige von SA, SS und Gestapo anständig waren. "Arische" Freundschaften haben sehr oft gehalten, ebenso über neun Zehntel der Mischehen. Fast alle anderen nicht betroffenen Zeugen, ebenfalls die amtlichen und persönlichen Aussagen aus Sicht des Regimes bis hin zu Goebbels und Hitler bestätigen: Das Volk blieb bis zuletzt größtenteils judenfreundlich.

Löws intensive und umfassende Auseinandersetzung mit dem Schuldkomplex ist sehr verdienstvoll. Ausgehend von der "Würde des Menschen" beweist er, daß es nach dem Sittengesetz wie nach Völker- und deutschem Recht keine kollektive "deutsche Schuld" gibt, weil Schuld nur persönlich sein kann und im Einzelfall nachgewiesen sein muß. Das beträfe nach

einer Fußnote rund 200.000 Deutsche und (ausländische) Helfer, mithin von damals 79 Millionen weniger als ein Viertel Prozent.

Löw sieht allerdings "Hunderttausende Deutsche" an NS-Verbrechen beteiligt. Da oft schon Nichthelfen als Schuld verurteilt wird, stellt Löw klar: "Unterlassene Hilfe wird erst dann zur Schuld, wenn sie möglich und zumutbar war", mehr zu verlangen, wäre eine moralische Anmaßung. Natürlich kann ein Volk Schuld nicht ererben, auch nicht verschleiert als "immerwährende Verantwortung", die ständig von interessierter Seite, und sogar, pflichtwidrig, amtlicherseits verkündet wird.

Konrad Löw: "Deutsche Schuld 1933-1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen", Vor- und Nachwort: Klaus von Dohnanyi, Alfred Grosser, ... München 2010 ...<<

Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>... Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<

Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>... Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<

Der deutsche Studienrat a.D. Wolfgang Reith (von 1973 bis 2009 Lehrer und Schulleiter einer Hauptschule im Duisburger Norden, einem sozialen Brennpunkt) berichtete im Jahre 2010 (x863/...): >>**Die verdrängte Deutschenfeindlichkeit**

... Von 1973 bis zu meiner Pensionierung 2009 war ich erst Lehrer und schließlich Schulleiter an einer Schule im Duisburger Norden (dort, wo seit zwei Jahren die bislang größte Moschee Europas steht). In den siebziger und achtziger Jahren waren die türkischen Schüler und deren Eltern voll integriert, die Schüler waren fleißig und strebsam, sie waren im Deutsch-Unterricht manchmal sogar besser als einige deutsche Schüler, weder gab es Schülerinnen noch Schülermütter mit Kopftuch.

Das änderte sich Ende der 80er Jahre, als nach und nach eine türkische Infrastruktur und damit eine gewollte Gettoisierung im Stadtteil entstand und sich eine Parallelgesellschaft bildete, in der bald eigene Gesetzmäßigkeiten herrschten. 1988 überschritt die Zahl der türkischen Schüler an unserer Schule die 50-Prozent-Marke, und da wurden die ersten Forderungen erhoben, nun mußten sich die Deutschen assimilieren.

Türkische Schüler der 10. Klassen betonten, im Geschichtsunterricht hätten sie gelernt, Demokratie heiße "Herrschaft der Mehrheit des Volkes", und weil nun die Türken im Stadtteil die Mehrheit bildeten, sollten sich die Deutschen ihnen anpassen, und Türkisch sei als gleichberechtigte Sprache neben dem Deutschen zuzulassen.

Tatsächlich gab es plötzlich türkischsprachige Formulare im Rathaus und in den Banken, und ebenso tauchten erste zweisprachige Schilder in der Öffentlichkeit auf. Man wollte sich betont "ausländerfreundlich" geben, und die Ausländer ihrerseits sahen keine Notwendigkeit mehr, die deutsche Sprache zu lernen. Kaum stellten die Türken die Mehrheit, bestanden sie darauf, daß bei Konferenzen übersetzt würde.

Natürlich hing das auch damit zusammen, daß ab Ende der 80er/Anfang der 90er Jahren verstärkt Ehefrauen aus der Türkei importiert wurden (im Gegensatz zu den hier aufgewachsenen türkischen Frauen waren jene wenigstens noch nicht von der westlichen Kultur "verdorben"), die auch hierzulande nicht die deutsche Sprache erlernten, weil sie von ihren Ehemännern isoliert wurden.

Übrigens ließen in den letzten Jahren Eltern, die als Kinder selbst unsere Schule besucht hatten und jetzt ihre eigenen Kinder zu uns schickten, ihre Aussagen von Dolmetschern übersetzen. Wenn ich erstaunt fragte, warum sie dies täten, denn schließlich hätten sie doch an unserer Schule einen deutschen Abschluß erreicht, dann erhielt ich oft in radebrechendem Deutsch die Antwort, man habe zwischenzeitlich alles verlernt.

Bald trug auch die Mehrheit der türkischen Mädchen und Frauen Kopftücher - selbstverständlich "freiwillig", wie immer wieder betont wurde -, und wer das nicht tat, dem wurde gelegentlich vom Hodscha (islamischer Religionsgelehrter) gesagt, daß dies nicht nur unislamisch sei, sondern daß man als "nackt herumlaufende Frau" auch keine Chance habe, nach dem Tode ins Paradies zu kommen. Oft waren die Eltern fortschrittlicher im Denken als ihre Kinder, die nachmittags immer häufiger in die wie Pilze aus dem Boden sprießenden Koran-Schulen gingen.

Die türkischen Lehrer, die seit 1980 für den muttersprachlichen Unterricht an unserer Schule tätig waren - in der Regel modern, europäisch gebildet und durchweg aus der Westtürkei stammend -, wurden gerade deswegen von den rückständigen anatolischen Landsleuten nicht akzeptiert, sondern von vielen abgelehnt, weshalb mehr und mehr Eltern ihre Kinder vom Unterricht in der Muttersprache (!) abmeldeten.

Einen türkischen Lehrer, der in der Nähe von Izmir zu Hause war, meinten einige Schüler bei mir "anschwärzen" zu müssen, indem sie mir erklärten, der sei ja "halber Grieche" und deshalb nicht ernst zu nehmen. Eine türkische Kollegin wurde, weil sie kein Kopftuch trug, von den Eltern so unter Druck gesetzt, daß sie sich schließlich unter Tränen an eine andere Schule am Niederrhein versetzen ließ.

In den 90er Jahren kam es dann zu ersten antideutschen Handlungen. Es waren weniger körperliche Auseinandersetzungen, vielmehr wurden deutsche Schüler, aber auch manche Lehrerinnen wegen ihrer "unislamischen Lebensweise" als Schweinefresser, Schlampen (vor allem Mädchen, die bereits Freunde hatten), Ungläubige und schlimmstenfalls als Nazis beschimpft. Wenn ich bei Schulleiter-Konferenzen oder im Jugendausschuß der Stadt solche Probleme ansprach, wurde ich sofort ausgegrenzt, ja man bezichtigte mich einer offenkundig fremdenfeindlichen Haltung. Höchstens zwei oder drei weitere Schulleiter unterstützten mich, der große Rest hüllte sich in Schweigen.

In einer Nacht des Jahres 2002 wurde die Fassade der Turnhalle unserer Schule mit den Worten beschmiert: "Deutsche raus! Deutschland den Türken!" Wir benachrichtigten die Kriminalpolizei, die auch tatsächlich kam, doch erklärten mir die Beamten, es handele sich da um keine Straftat, und so gebe es auch keinen Anlaß zu ermitteln. Als ich Unverständnis bekundete, wurde ich belehrt, daß der Fall umgekehrt hätte laufen müssen: Wenn nämlich an der Wand die Worte "Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!" gestanden hätte, wäre dies ein Fall für den Staatsschutz gewesen.

Seit 2003 gab es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch mit "Islamischer Unterweisung" (seit 2006 "Islamkunde"), einem islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, an dem auch unsere Schule teilnahm, weil wir dies nicht nur für sinnvoll erachteten, sondern darin zugleich ein Korrektiv zu den zahlreichen Koran-Schulen im Umfeld sahen. Anfangs war es noch Neugier, die viele (nicht die meisten!) islamischen Schüler dorthin "trieb". Doch schon nach zwei Jahren ließ das Interesse merklich nach, ältere Schüler und vor allem Schülereltern beschwerten sich über diesen Unterricht, weil der (moderne) Lehrer "keinen richtigen Islam" lehre.

Obwohl ich jedes Jahr einen Bericht über den Schulversuch und seine Erfolge (Nichterfolge waren nicht vorgesehen!) vorlegen mußte und meine Beobachtungen sehr deutlich zum Ausdruck brachte, reagierte man amtlicherseits überhaupt nicht darauf. Statt dessen nimmt der Zulauf zu den Koran-Schulen und den Moschee-Vereinen im Stadtteil zu, und was dort "ge-

predigt" wird, ist hinreichend bekannt.

Die jetzt begonnene Debatte um dieses bisherige Tabuthema ist dringend vonnöten, und sie darf auf keinen Fall "ergebnis-offen" diskutiert werden. Deutschenfeindlichkeit muß endlich als das gesehen werden, was sie ist, nämlich als diskriminierende und kriminelle Handlungsweise vor allem islamischer jugendlicher Machos und Rambos, die glauben (und das auch sagen!), in Deutschland gebe es ja keine Gesetze, weil eine Demokratie eben ein freier Staat sei, in dem man ungestraft alles tun und lassen dürfe. Dieser Einstellung gehört dringend ein Riegel vorgeschoben.<<

Der US-Milliardär David Rockefeller (1915-2017) schrieb im Jahre 2010 in seiner Autobiographie "Erinnerungen eines Weltbankiers" über die Neue Weltordnung und den angeblich unangemessenen Einfluß der Rockefeller-Familie auf die politischen und wirtschaftlichen Institutionen der USA (x347/334): >>... Einige glauben sogar, wir seien Teil einer geheimen Verschwörung, die gegen die Interessen der USA opponiere, charakterisieren mich und meine Familie als "Internationalisten" und werfen uns vor, wir konspirierten mit anderen auf der ganzen Welt, um eine neue ganzheitlichere globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine neue Welt, wenn sie wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig und ich bin stolz darauf. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über den Antisemitismus in den USA (x318/52-53): >>... Die nordamerikanische Republik ist vor allem eines der Länder, das am meisten zur Verbreitung eines Motivs beiträgt, das später in der ideologischen Vorbereitung der "Endlösung" eine fatale Rolle spielen wird. Schon vor den Naziideologen und -agitatoren ist die These von einer geheimen jüdischen Steuerung der revolutionären Bewegung, die den Westen erschüttert, den US-Ideologen der white supremacy geläufig. Madison Grant unterstreicht die "semitische Führung" des "Bolschewismus", und Lothrop Stoddard brandmarkt das "bolschewistische Regime Sowjetrußlands" als "weitgehend jüdisch".

Doch in diesem Zusammenhang sollte unsere Aufmerksamkeit besonders der Figur von Henry Ford gelten. Sofort nach dem Oktober 1917 bemüht sich der Magnat der Autoindustrie darum, die bolschewistische Revolution als das Resultat eines jüdischen Komplotts zu denunzieren, und gründet 1919 zu diesem Zweck eine in hoher Auflage gedruckte Zeitschrift, den Dearborn Independent. Die dort abgedruckten Artikel werden im November 1920 in Buchform mit dem Titel "Der internationale Jude" veröffentlicht, das sofort zum Bezugspunkt für den internationalen Antisemitismus wird.

Dort kann man Thesen nachlesen, die eine zentrale Rolle innerhalb der Naziideologie spielen "die russische Revolution ist rassischen (jüdischen), nicht politischen Ursprunges", sie bediente sich humanitärer und sozialistischer Schlagworte, bringe in Wirklichkeit aber ein "rassisches Weltherrschaftsstreben" zum Ausdruck. Fords Buch trägt außerdem stark dazu bei, den - im Umkreis der zaristischen Geheimpolizei gefälschten und 1903 zuerst in St. Petersburg auf russisch veröffentlichten - Protokollen der Weisen von Zion Glaubwürdigkeit und Verbreitung zu verschaffen.

Später werden prominente Nazibonzen wie Baldur von Schirach und sogar Heinrich Himmler erklären, von Ford inspiriert worden oder von ihm ausgegangen zu sein. Besonders Himmler behauptet, erst nach der Lektüre des Buches von Henry Ford "die ganze Gefährlichkeit des Judentums" erkannt zu haben: "Es war für uns Nationalsozialisten die Offenbarung". Darauf folgte die Lektüre der Protokolle. "Diese beiden Bücher wiesen uns den Weg, den wir zu beschreiten hatten, um die gequälte Menschheit von dem größten Feinde aller Zeiten, dem internationalen Juden, zu befreien".

Im übrigen hätte - nach Himmler - das Buch von Ford zusammen mit den Protokollen sowohl

für seine als auch für die Formierung des Führers eine "ausschlaggebende" Rolle gespielt. Sicher ist, daß "Der Internationale Jude" im Dritten Reich weiterhin mit großen Ehren und mit Vorworten veröffentlicht wird, die das entscheidende historische Verdienst des amerikanischen Autors und Industriellen hinsichtlich der Klärung der "Judenfrage" hervorheben und eine Art Kontinuität von Henry Ford zu Adolf Hitler herausstreichen. ...<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtete im Jahre 2010 (x1.104/...): >>Neue Weltordnung, Globalisierung und Antichrist - Menschheit auf dem Weg zur "Einen Welt" -

Von Dr. theol. Lothar Gassmann

1. Einleitung

"Und ich sah ein Tier aus dem Meer steigen ... Ihm wurde Macht gegeben über alle Stämme und Völker und Sprachen und Nationen. Und alle, die auf Erden wohnen, beten es an, deren Namen nicht vom Anfang der Welt an geschrieben stehen in dem Lebensbuch des Lammes, das geschlachtet ist" (Offenbarung 13, 1.7 f.)

Hier beschreibt der Apostel Johannes den satanischen Weltherrscher der Endzeit, den Antichristen. Dieser erhebt sich - aus dem Völkermeer aufsteigend - zu universaler Herrschaft. Ihm wird Anbetung von allen denjenigen zuteil, die nicht ausschließlich und eindeutig auf der Seite Jesu Christi, des für uns am Kreuz "geschlachteten" Opferlammes, stehen, die also nicht in das Lebensbuch des Lammes eingetragen sind.

Die Maßnahmen, die derzeit in politischer, wirtschaftlicher, technischer und religiöser Hinsicht zur Zusammenführung der Menschheit unternommen werden, erinnern sehr deutlich an diese biblischen Voraussagen. Ist die Globalisierung, die Entstehung der "einen Welt", die "Neue Weltordnung" die Wegbereitung für das Reich des Antichristen? Nachfolgend werden wir diese wichtige Frage ausführlicher untersuchen.

2. Was ist die Neue Weltordnung (NW)

Die hat eine Welt zum Ziel, in der alle Menschen in Frieden und Eintracht zusammenleben. Krieg soll nicht mehr sein. Die Menschheit soll zusammenwachsen zu einer großen Familie, in der es keine Konflikte wegen Rasse, Kaste, Geschlecht, Weltanschauung oder Religion mehr geben wird. Schlüsselbegriffe der Neuen Weltordnung sind Liebe, Friede, Einheit, Harmonie und Toleranz.

Das Zerfallen des kommunistischen Staatenblocks war eine wichtige Stufe, die uns der Neuen Weltordnung näher brachte. Denn in dieser darf es kein ideologisches System - wie etwa den Kommunismus - geben, das sich absolut setzt. Gorbatschows "Perestroika" kam - trotz seines Festhaltenwollens an einzelnen Leninschen Lehren - letztlich doch einer Auflösung des kommunistischen Dogmatismus und Totalitarismus gleich.

Nach dem weitgehenden Zerfall des Kommunismus im Osten hat das "westliche" kapitalistische System die Oberhand gewonnen. Doch auch dieses steht vor weltumfassenden Krisen, und man darf gespannt sein, welches System sich im Rahmen dieser Krisen herausbildet und welches Maß an integrierender Kraft es besitzt.

Einen unberechenbaren Faktor für das Programm einer Neuen Weltordnung stellen die islamischen Staaten dar. Im religiösen Bereich sperren sie sich mehrheitlich gegen die westliche Vereinnahmung. Wirtschaftlich allerdings sind sie wegen ihrer Ölexporte schon längst dem kapitalistischen Markt verbunden und besitzen hier sogar einen maßgeblichen Einfluß.

3. Wer strebt nach der Neuen Weltordnung?

Die Neue Weltordnung wird von zahlreichen Kräften, Gruppen und Persönlichkeiten auf politischem, wirtschaftlichem und religiösem Gebiet angestrebt. Im folgenden kann ich nur einige Beispiele nennen.

Politiker in Ost und West führen seit Mitte der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts den Begriff "Neue Weltordnung" immer häufiger im Munde. Stellvertretend für viele erwähne ich

hier nur George Bush und Michail Gorbatschow.

Beispielsweise im Zusammenhang mit dem Golfkrieg 1991 hat US-Präsident Bush immer wieder von der Notwendigkeit gesprochen, diese Welt einer neuen Ordnung zuzuführen, in der solche Kriege nicht mehr nötig sind.

Als wichtigstes Mittel hierzu dient die Stärkung internationaler Organisationen wie der UNO. Weltparlament, Weltgerichtshof und Weltpolizei sind in den Ansätzen schon da und gewinnen ständig wachsenden Einfluß.

Diese Pläne sind allerdings immer wieder ins Stocken geraten durch nationalistische Kriege und Zersplitterungen, etwa im ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion, die der Neuen Weltordnung entgegenzustehen scheinen. Freilich ist es auch möglich, daß gerade dadurch die Neustrukturierung der Welt beschleunigt wird. Denn nur eine Menschheit, die von Kriegen und Krisen dermaßen geschüttelt worden ist, daß sie am Rande der Verzweiflung steht, wird wohl ein Weltparlament als das kleinere Übel akzeptieren. Die dabei stets mit-schwingende Gefahr einer Weltdiktatur erscheint erst dann nicht mehr so schlimm.

Vor allem in den USA besitzt der Gedanke einer Neuen Weltordnung eine lange Tradition. Das wird etwa daran deutlich, daß sich auf jeder Ein-Dollar-Note der Aufdruck "Novus ordo seclorum" ("Neue Weltordnung") findet - in Verbindung mit einer Pyramide und einem seltsamen Auge, das auf der Spitze der Pyramide steht. Man weiß, daß es sich dabei um Freimaurer-Symbole (die Freimaurer-Pyramide und das Auge Luzifers) handelt. Und hier - in der Freimaurerei (insbesondere bei den Illuminaten) - liegt auch die Wurzel der Vorstellung von der Neuen Weltordnung begründet.

Das Ziel der Illuminaten beschrieb der Gründer dieses 1776 entstandenen Geheimordens, der Kirchenhistoriker Adam Weishaupt, folgendermaßen: Fürsten und Nationen werden ohne Gewalttat von der Erde verschwinden. Das Menschengeschlecht wird eine einzige Familie und die Welt die Wohnung von Menschen, die nur ihrer Vernunft folgen. Auf allen Gebieten soll absolute Toleranz herrschen. Eine absolute Wahrheit kann und darf es nicht geben, ebenso keine absolute Religion.

Insbesondere in Gestalt der UNO (United Nations Organisation), der inzwischen fast alle Staaten der Erde angeschlossen sind, spitzt sich gegenwärtig die Globalisierung zu. In der Agenda 21 beispielsweise wird dem UNO-Generalsekretär ein sehr großes Machtpotential eingeräumt, etwa indem es heißt: "Der Generalsekretär 38.15. Eine entschlossene und wirk-same Führung durch den Generalsekretär ist von ausschlaggebender Bedeutung, da er/sie der zentrale Ausgangspunkt der institutionellen Regelungen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen für einen erfolgreichen Folgeprozeß der Konferenz und für die Umsetzung der Agenda 21 darstellen würde."

4. Die technischen Voraussetzungen der Globalisierung

Damit die Menschheit eine einzige Familie werden kann, muß sie immer enger zusammen-rücken. Technisch wurde dies in den letzten Jahrzehnten in enormem Umfang ermöglicht. Die Menschheit ist immer enger zusammengerückt durch Verkehr, Telekommunikation und Mas-senmedien, vor allem durch das Fernsehen.

Es ist heute möglich, praktisch jeden Ort der Erde in längstens 48 Stunden per Flugzeug zu erreichen. Die Telefon-Kabelsysteme wurden ständig weiter ausgebaut. In fast jedem Haushalt der reichen Länder steht ein Fernseher, doch selbst in den armen Ländern ist der Fernseher oft das erste, was angeschafft wird. So sah ich TV-Geräte in den ärmsten Hütten Ägyptens und Schwarzafrikas stehen!

Immer perfektere Computersysteme, insbesondere das Internet, ermöglichen eine lückenlose Speicherung und Abrufbarkeit von Daten. Datenschutz wird immer mehr zur Illusion - unter anderem wegen der wachsenden Computerkriminalität. In Brüssel steht ein riesiger Zentral-computer, in dem sämtliche Wirtschaftsdaten des europäischen Raums gespeichert sind.

Der Zahlungsverkehr wird immer mehr technisiert und vereinheitlicht. In Europa löste die Einheitswährung Euro - gekennzeichnet durch den fünfzackigen Stern (Pentagramm) - die Einzelwährungen der Länder ab.

Symbol für Europa ist übrigens eine nackte Frau auf einem Stier, der den verwandelten heidnischen "Göttervater" Zeus verkörpert (vgl. Offenbarung 17!).

Europahymne ist die freimaurerisch inspirierte Ode "An die Freude" von Friedrich Schiller, vertont in Beethovens Neunter Sinfonie, in der es heißt: "Deine Zauber binden wieder, was die Mode streng geteilt. Alle Menschen werden Brüder, wo dein sanfter Flügel weilt."

Neben das Bargeld sind zunehmend Kreditkarten getreten, doch auch diese werden wohl in absehbarer Zeit durch technisch bereits entwickelte neue Zahlungsarten und Kontrollmöglichkeiten ersetzt, z.B. durch in die Haut implantierbare Chips, durch Fingerabdruck- und Hand-Biometrie-Daten, durch genetische oder elektronisch-physiognomische Erkennung oder durch ein Laser-Tätowierungssystem, bei welchem man den Zahlungskunden Nummern in die Haut eingraviert - und das alles mit dem Argument "größerer Sicherheit".

Ich möchte die positiven Seiten und Vorteile der genannten Entwicklungen keineswegs übersehen. Sie bringen mancherlei Erleichterungen und Vereinfachungen mit sich. Und doch springen die Kehrseiten dem kritischen Beobachter ins Auge: wachsende Vernetzung, Vereinheitlichung und Kontrollierbarkeit der Menschen.

Jetzt rücken biblische Prophezeiungen in den Bereich des Vorstellbaren, deren Verwirklichung zur Zeit ihrer Niederschrift noch reichlich utopisch erscheinen mußte. Das Satellitenfernsehen könnte es ermöglichen, daß "etliche aus den Völkern und Geschlechtern und Sprachen und Nationen" die Leichname der getöteten zwei Gotteszeugen der Endzeit dreieinhalb Tage lang "sehen" werden (Offenbarung 11, 9) - ebenso wie die Lästerungen und der Kult des antichristlichen "Tieres" weltweite Verbreitung finden (Offenbarung 13, 5-8, 11-15).

Und die vereinheitlichten Zahlungsarten in Verbindung mit totaler Computererfassung könnten die Voraussetzungen bilden zur Erfüllung von Offenbarung 13, 16-18: "Und es (das Tier aus dem Abgrund) macht, daß sie allesamt, die Kleinen und Großen, die Reichen und Armen, die Freien und Sklaven, sich ein Zeichen machen an ihre rechte Hand oder an ihre Stirn, und daß niemand kaufen oder verkaufen kann, wenn er nicht das Zeichen hat, nämlich den Namen des Tieres oder die Zahl seines Namens. Hier ist Weisheit! Wer Verstand hat, der überlege die Zahl des Tieres; denn es ist die Zahl eines Menschen, und seine Zahl ist sechshundertsechszig."

"Nur das Sprachproblem ist noch nicht gelöst, doch gibt es auch hier Entwürfe, z.B. die weltweite Verbreitung von Englisch oder die Kunstsprache Esperanto, die alle Menschen sprechen sollen. So versucht der Mensch, selber die babylonische Sprachverwirrung rückgängig zu machen."

5. Globalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet

Ein charakteristisches Zeichen der Endzeit und eine Voraussetzung dafür, daß "niemand kaufen oder verkaufen kann", wenn er sich nicht dem antichristlichen System unterwirft, wird in Jakobus 5 genannt: die Konzentration immer größerer Reichtümer in immer weniger Händen. "Ihr habt euch Schätze gesammelt am Ende der Tage. Siehe, der Lohn der Arbeiter, die euer Land abgeerntet haben, den ihr ihnen vorenthalten habt, der schreit, und das Rufen der Schnitter ist gekommen vor die Ohren des Herrn Zebaoth. Ihr habt geschlemmt auf Erden und gepreßt und eure Herzen gemästet am Schlachttag. Ihr habt den Gerechten verurteilt und getötet, und er hat euch nicht widerstanden" (Jakobus 5, 3-6).

Hier ist von ungerecht erworbenem Reichtum die Rede. Das Ausmaß dieser Ungerechtigkeit wird einem erst deutlich, wenn man hört, daß zum Beispiel in den USA die "Superreichen", die gerade ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, mehr besitzen sollen als die restlichen 99 Prozent zusammen. Und es ist ein offenes Geheimnis, daß aus diesem Kreis der Superreichen

die meisten Illuminaten kommen, die durch ihre Macht enormen Einfluß auf die Politik nehmen. Zudem werden immer mehr Betriebe zusammengelegt - oder richtiger gesagt: die finanzschwächeren werden von den finanzstärkeren aufgekauft.

Auf internationaler Ebene werden im Zuge der Globalisierung Industriezweige und ganze Volkswirtschaften armer Länder von internationalen Konzernen aufgekauft, die dadurch immer mehr Macht gewinnen. In ein - zum Teil künstlich angeheiztes - Wirtschaftschaos wird gezielt immer lauter der Ruf nach einer neuen Weltfinanzordnung hineingetragen.

Ich will keinesfalls etwas dagegen sagen, daß man sich durch das Werk seiner Hände sein Einkommen und vielleicht auch einen gewissen Wohlstand erarbeitet. Problematisch ist es jedoch, wenn dieser Wohlstand auf Kosten anderer geht, etwa durch Unterbezahlung von Arbeitern und Angestellten, Steuerhinterziehung, Betrug oder die Zerschlagung anderer Betriebe oder Volkswirtschaften. Die Bibel spricht hier eine deutliche Sprache. So heißt es etwa beim Propheten Amos:

"Hört dies, die ihr die Armen unterdrückt und die Elenden im Lande zugrunde richtet und sprecht: Wann will denn der Neumond ein Ende haben, daß wir Getreide verkaufen, und der Sabbat, daß wir Korn feilhalten können und das Maß verringern und den Preis steigern und die Waage fälschen, damit wir die Armen um Geld und die Geringen um ein Paar Schuhe in unsere Gewalt bringen und Spreu für Korn verkaufen? Der HERR hat bei sich, dem Ruhm Jakobs, geschworen: Niemals werde ich diese ihre Taten vergessen!" (Amos 8, 4-7).

Wirtschaftliche Ungerechtigkeit kann zur Geldentwertung (Inflation) führen. Auch andere Ursachen können hier mitspielen, etwa das gegenseitige Hochschrauben der Lohn-Preis-Spirale durch die Tarifpartner, die Forderung nach "immer mehr", die Steuerung des Weltmarktes durch die Rohstoffpreise (vor allem Öl), die wirtschaftliche Kluft zwischen Ländern der "ersten, zweiten und dritten Welt", Fehlplanungen und Fehlinvestitionen auf Betriebs- oder Staatsebene, die zu hohen Verschuldungen führen.

Jesus hat die "Teuerung" (Inflation) als ein Kennzeichen der Endzeit genannt (Matthäus 24, 7). Viele Experten meinen, daß die Menschheit auf eine neue Weltwirtschaftskrise zusteuert. Eine solche würde geradezu den Ruf nach dem "starken Mann" erforderlich machen, der die Welt wieder ins Lot bringt. Eine Vorschattung davon war zum Beispiel die Weltwirtschaftskrise und die daraus entstandene Massenarbeitslosigkeit 1929, die vielerorts die Entstehung von Diktaturen begünstigte.

6. Globalisierung auf religiösem Gebiet

Auf weltanschaulich-religiösem Gebiet fällt das Streben nach der Neuen Weltordnung zusammen mit dem Anspruch absoluter Toleranz und einer Ökumene der Religionen. Der Tübinger Theologe Hans Küng (Projekt Weltethos) hat es kurz auf folgende Formel gebracht: "Kein Friede unter den Völkern dieser Welt ohne einen Frieden unter den Weltreligionen!"

In ähnlicher Weise begründete der Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker seine Forderung nach Einberufung eines Friedenskonzils aller Kirchen und Religionen: "In Bezug auf die drei Bereiche (Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung) ist eine Einigung der Christen und eine Übereinstimmung der Weltreligionen möglich und geboten. Eine weltweite politisch wirksame Rechtsordnung ist zu fordern" (Die Zeit drängt, 1986, 114).

In vielen Kirchen sind solche Forderungen auf ein offenes Ohr gestoßen. So wurde bereits Mitte der sechziger Jahre auf dem Zweiten Vatikanischen Konzil der römisch-katholischen Kirche eine stärkere Öffnung zu den nichtchristlichen Religionen hin beschlossen, bei denen man "Wahrheitselemente" finden will ("aggiornamento").

Im Oktober 1986 lud Papst Johannes Paul II. erstmals führende Vertreter der christlichen Kirchen, aber auch der nichtchristlichen Religionen zu einem sogenannten Friedensgebetstreffen nach Assisi/Italien ein. Dieses wurde seither jährlich wiederholt, zum Beispiel 1987 auf dem "heiligen Berg" Hiei der Buddhisten bei Kyoto/Japan. Bei seinen Ansprachen redet der Papst

Angehörige heidnischer Religionen immer wieder als seine "Brüder und Schwestern" an.

Auch in vielen evangelischen Kirchen kam es in den sechziger Jahren zum Ersatz des Missionsauftrags im biblischen Sinn (Bekehrung der Heiden) durch ein alles offen lassendes Dialogprogramm. Insbesondere der Ökumenische Rat der Kirchen ist hier Vorreiter.

Auf Kirchentagen werden immer häufiger "Gebetstreffen" zwischen Christen, Moslems, Hindus, Buddhisten und Angehörigen anderer Religionen angeboten. Da sich aber dem Dialog der Religionen doch noch mancherlei dogmatische Hürden entgegenstellen, versucht man verstärkt, durch gemeinsame praktische und moralische Anliegen ein Bindeglied zur Neuen Weltordnung auf religiösem Gebiet zu bauen.

In dieser Schaffung eines weltweiten Netzwerkes nimmt allerdings der Vatikan eine entscheidende Rolle ein. Der römische Papst ist es, der insbesondere seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts Vertreter und Führer sämtlicher Konfessionen und Religionen immer wieder zu "Gebetstreffen" eingeladen hat, um damit dem "Weltfrieden" zu dienen. Der römische Papst ist es, der eine Art Integrationsfigur für Politiker unterschiedlicher Couleur darstellt, die ihn besuchen und mit ihm zusammenarbeiten, um die "Weltgemeinschaft" aufzubauen und alle trennenden Grenzen nach und nach zu beseitigen.

Der amerikanische Autor und Weltanschauungs-Experte Dave Hunt identifiziert in seinem wichtigen Buch "Globaler Friede und Aufstieg des Antichristen" (Hamburg 1993) die römische Religion mit der "Hure Babylon" und meint: "Es gibt keine andere Kirche, die auch nur annähernd einen solchen Einfluß auf weltliche Machthaber ausgeübt hat. Der Papst empfängt und segnet einen nicht enden wollenden Strom von Würdenträgern, die bei ihm um Audienz bitten. Darunter sind selbst Terroristen wie Jassir Arafat von der PLO" (S. 119)."

Vor allem dem Papst ist es zu verdanken, daß die weltumspannende ökumenische Bewegung sich derzeit explosionsartig ausbreitet. So wie Gorbatschow die politische Welt verändert hat, so hat der Papst der religiösen Welt ein neues Gesicht gegeben. Weil er sein großes Ansehen ins Spiel bringen konnte und den Weltfrieden als Anreiz einsetzte, konnte der Papst 1986 die Führer der 12 Weltreligionen im italienischen Assisi versammeln. Die Teilnehmer beteten jeweils zu dem 'Gott', an den sie gerade glaubten, und flehten zu den Gottheiten um den Weltfrieden. Um zu rechtfertigen, daß er sogar die Gebete von Medizinern und Feueranbetern respektierte und würdigte, erklärte Johannes Paul II. den Teilnehmern:

Die Herausforderung, den Frieden zu erringen, ... ist höher zu bewerten als alle religiösen Unterschiede" (S. 163).

Hunt berichtet auch von dem weithin geheimgehaltenen "Weltforum der Geistlichen und Parlamentarier zur Rettung der Menschheit", das fast unbemerkt bereits im Oktober 1985 gegründet wurde. In diesem haben sich "geistliche Führungspersönlichkeiten" der fünf größten Weltreligionen und Parlamentarier aus allen fünf Kontinenten zusammengefunden, um - wiederum in einer vordergründig "guten" Zielsetzung - einen "Gedankenaustausch zur ökologischen Rettung und zum Weltfrieden" zu führen. Die aus diesem Weltforum hervorgegangene Arbeitsgemeinschaft faßte folgenden Beschluß:

"Wir haben uns mit dem Wesen der Beziehung zwischen politischem und religiösem Leben beschäftigt und ... sind miteinander übereingekommen, daß beide Parteien (die politischen und religiösen Führer) die Zusammenarbeit brauchen und erstreben... und wir werden auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene jede erdenkliche Zusammenarbeit der Geistlichkeit mit den Parlamentariern fördern.

Wir stehen am Anfang einer neuen Epoche des Weltbürgertums ... Dieses neue Bewußtsein überspringt alle Rassenschranken, alle Grenzen zwischen Religionen, Ideologien und Nationalitäten ... Wir sind Träger der Vision einer neuen Weltgemeinschaft, mit der die lange und tragische Geschichte menschlicher Gewalt durch ein Zeitalter gegenseitig zugesicherten Wohlergehens und Friedens abgelöst wird" (S. 164).

Seit seiner Entstehung hat sich dieses "Weltforum" - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - immer wieder getroffen, um die Globalisierung auf politischer, wirtschaftlicher und religiöser Ebene voranzutreiben. An einem Treffen im April 1988 in Oxford beispielsweise nahmen Geistliche und Parlamentarier aus 52 Ländern teil, unter ihnen "Senatoren aus Amerika, führende Wissenschaftler, Mitglieder des Obersten Sowjet und der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, der UNO-Generalsekretär und der Erzbischof von Canterbury, Mutter Teresa, der Dalai Lama, Mitglieder des Kabinetts, Kardinäle, Yogis, Bischöfe, Rabbis, Imame und Mönche". In der Abschlusserklärung hieß es:

"Unsere gemeinsame Sorge um das Überleben der Welt hat uns zusammengebracht ... und wir sind durch unsere Begegnung zu der klaren Erkenntnis gelangt, wie grundlegend das Einssein der Menschheit ist ... und die Erkenntnis, daß jeder einzelne Mensch sowohl eine geistliche als auch eine politische Dimension hat. Jeder von uns ist durch die Erfahrungen und Erlebnisse in Oxford verändert worden ... und (wir) sind Verpflichtungen eingegangen, die unwiderruflich sind" (S. 164 f.).

Hunt folgert zu Recht: "Solch eine ökumenische Partnerschaft der religiösen und politischen Führungselite ist eine wichtige Voraussetzung für das Auftreten des Antichristen" (ebd.).

7. Neue Weltordnung und Globalisierung aus biblischer Sicht

Wie die Neue Weltordnung so spricht auch die Bibel von einem zukünftigen Reich, in dem Friede und Gerechtigkeit herrschen werden und in dem keine Träne mehr geweint wird. Sie spricht davon mit großartigen und eindringlichen Worten etwa am Ende der Johannesoffenbarung. Und doch wird deutlich, daß nicht der Mensch es ist, der dieses Reich herbeiführt, sondern allein Gott der HERR, der spricht: "Siehe, ich mache alles neu" (Offenbarung 21, 5).

So wichtig und notwendig menschlich-politische Friedensbemühungen sind, so unmöglich ist es, dadurch umfassenden und dauerhaften Frieden im Stil einer "NW" zu erreichen. Wer das behaupten wollte, müßte die Macht der Sünde leugnen, welche die Herzen der Menschen erfüllt. Selbst ein Apostel Paulus mußte bekennen:

"Das Gute, das ich will, tue ich nicht, sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich" (Römer 7, 19).

Und in 1. Johannes 1, 8 f. lesen wir: "Wenn wir sagen, wir haben keine Sünde, so verführen wir uns selbst, und die Wahrheit ist nicht in uns. Wenn wir aber unsere Sünden bekennen, so ist er (Gott) treu und gerecht, daß er uns die Sünden vergibt und reinigt uns von aller Untugend."

Die Zielvorstellung von einer Neuen Weltordnung geht - so schön und faszinierend sie zunächst erscheint - von einem utopischen und unrealistischen Menschenbild aus, welches den biblischen Aussagen vom sündhaften Wesen des Menschen widerspricht.

Noch problematischer ist die Verwässerung der Wahrheitsfrage, die mit dem Einheitsgedanken verbunden ist. Hier strebt man nach Einheit auf Kosten der Wahrheit. Hier wird nicht nur Toleranz gegenüber der Person des anderen vorausgesetzt, was durchaus legitim wäre, sondern auch Toleranz in der Sache. Und das bedeutet, daß Wahrheit relativiert wird. Da geht das Heil verloren. Jesus Christus, wie er uns in der Bibel beschrieben wird, läßt sich nämlich nicht in den Einheitssog einer Ökumene der Religionen einbeziehen. Er spricht:

"Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater außer durch mich" (Johannes 14, 6). - Und es gilt: "In keinem anderen ist das Heil" (Apostelgeschichte 4, 12).

Ebensowenig läßt sich der Heilige Geist mit den Geistern heidnischer Religionen gleichsetzen, bei denen es sich nach biblischer Aussage um gefallene Engel (Dämonen) handelt (1. Korinther 10, 20 f.; 2. Korinther 6, 14 ff.).

Für das Verständnis von Judentum und Christentum ist das erste Gebot konstitutiv:

"Ich bin der Herr, dein Gott ... Du sollst keine anderen Götter neben mir haben" (2. Mose 20, 2 f.).

Die Vertreter einer Neuen Weltordnung und einer Ökumene der Religionen versuchen zwar mit allen Mitteln, solche Aussagen umzudeuten oder historisch-kritisch aufzulösen, aber es gelingt ihnen nicht. Die ganze Bibel ist nämlich durchdrungen davon. Das erste Gebot mit der Absolutheit des dreieinigen Gottes ist das Thema, das wie ein roter Faden die gesamte Heilige Schrift durchzieht. Wo das erste Gebot übertreten wird, wird nicht Friede die Folge sein, sondern das Gericht Gottes. Das lehrt uns die gesamte Geschichte des Alten und des Neuen Bundes.

Jede Religionsvermischung oder auch schon Relativierung der Absolutheit des dreieinigen Gottes fordert früher oder später seinen Zorn heraus. Den Höhepunkt wird Gottes Gericht erreichen, wenn er die Herrschaft des Antichristen, des endzeitlichen satanischen Weltdiktators, für eine bestimmte Zeit zuläßt.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu sehen, daß auch der Antichrist ein Friedensreich errichten wird. Es wird die diabolische Nachäffung bzw. Vorwegnahme des messianischen Friedensreiches Jesu Christi sein, verbunden mit der letzten Steigerung menschlichen Größenwahns und Selbsterlösungsstrebens

Die Bibel spricht davon, daß der Antichrist dieses Reich aufrichten wird, bevor Jesus für die Welt sichtbar wiederkommt:

"Laßt euch von niemand verführen, in keinerlei Weise; denn er (Jesus) kommt nicht, bevor der Abfall kommt und der Mensch der Bosheit offenbart wird, der Sohn des Verderbens. Er ist der Widersacher, der sich überhebt über alles, was Gott oder Gottesdienst heißt, so daß er sich in den Tempel Gottes setzt und vorgibt, er sei Gott" (2. Thessalonicher 2, 3 f.).

Und für die Zeit des Antichristen unmittelbar vor Jesu Wiederkunft gilt:

"Wenn sie sagen werden: Es ist Friede, es hat keine Gefahr, dann wird sie das Verderben schnell überfallen gleichwie der Schmerz eine schwangere Frau, und sie werden nicht entfliehen" (1. Thessalonicher 5, 3).

Jede Friedensbestrebung und -bewegung, jede Bestrebung einer Neuen Weltordnung muß sich an diesen Voraussagen messen lassen. Wie ist ihr Verhältnis zu Jesus Christus? Wird ein Friedensreich an Jesus Christus vorbei oder gegen Christus erstrebt? Will man Einheit auf Kosten der Wahrheit erreichen, die allein in Jesus Christus offenbart ist?

Wenn ja, dann arbeitet man - gewollt oder ungewollt - dem Antichristen in die Arme.

Zusammenfassung: Die Neue Weltordnung erstrebt Frieden durch Welteinheit:

politisch: durch das Zusammenrücken der Machtblöcke und Ideologien im "Europäischen Haus" und weltweit; durch internationale Ordnungen, Institutionen und Kontrollmechanismen;

wirtschaftlich: durch ein neues Weltwirtschaftssystem und immer mehr vereinheitlichte Zahlungsarten;

religiös: durch Dialog und Zusammenarbeit mit Angehörigen aller Religionen. Dieses Erstreben der Welteinheit hat jedoch mehrere Verluste zur Folge:

den Verlust der Freiheit der einzelnen Völker, die ihre Souveränität an immer höhere politische Komplexe abgeben müssen;

den Verlust der Freiheit des einzelnen Menschen, der im Fall einer nicht-systemkonformen Einstellung bei einem Zusammenrücken der Welt immer weniger Ausweich- und Fluchtmöglichkeiten (etwa in "neutrale Staaten") findet;

c. den Verlust der Wahrheit des christlichen Glaubens, die - wie z.B. in Verlautbarungen zum "Konziliaren Prozeß" geplant - in einen "universalen ethischen Konsens" der Ideologien und Religionen integriert und damit letztlich beseitigt werden soll. Dem Welteinheitssystem werden dieselben Wirkungen zugeschrieben, die in der Bibel für das messianische Friedensreich Jesu Christi verheißen sind.

Die Neue Weltordnung soll denn auch evolutionär Schritt für Schritt dorthin führen. Dabei

jedoch wird übersehen, daß die Welt nicht evolutionär in den "neuen Himmel und die neue Erde" mündet, sondern daß sie wegen der wachsenden Sünde und Unbußfertigkeit der Menschheit vergehen muß, bevor Gott - allein mit der Schar derer, die ihm die Treue gehalten haben - seine neue Welt schafft (vgl. Matthäus 24, 1. Korinther 7, 31; 2. Petrus 3, 10; Offenbarung 6 ff. u.a.);

b. daß dieses Gericht Gottes nicht aufgehalten, sondern im Gegenteil noch beschleunigt wird, wo die größte Sünde, der Götzendienst in anderen Religionen und in menschenverherrlichenden, atheistischen Ideologien (etwa dem Marxismus), durch deren Anerkennung als gleichberechtigte Dialogpartner toleriert und forciert wird (vgl. 2. Mose 20, 2 f.; 2. Könige 17, 35 f.; Jesaja 44; Jeremia 16, 19-22; 1. Korinther 10, 20 f.; 2. Korinther 6, 14-17 u.a.);

c. daß Jesus nicht wiederkommt, bevor der Antichrist erschienen ist, der sein trügerisches und zeitlich eng begrenztes Weltfriedensreich aus den Kräften satanischer Inspiration und einer vereinigten Menschheit heraus errichten wird (vgl. 1. Thessalonicher 5, 2 f.; 2. Thessalonicher 2, 1-12; Offenbarung 13 und 17 f.).

8. Was kommt auf bibeltreue Christen zu?

Bibeltreue Christen passen nicht in den Sog der Globalisierung. Da sie an Jesus Christus als dem einzigen Weg zu Gott dem Vater festhalten (Johannes 14, 6), gelten sie als Störer und Feinde des Friedens und der diesem zugrundeliegenden Sachtoleranz. Sachtoleranz bedeutet Verwässerung und Auflösung der Wahrheit, während Persontoleranz die Liebe zum Sünder und Irrenden einschließt, um ihn für Jesus zu gewinnen.

Persontoleranz soll also dazu dienen, dem Nächsten durch anteilnehmende und abholende Liebe den Weg zu Jesus Christus zu ebnen, während Sachtoleranz den Weg zum Antichristen bahnt. Werden diese beiden Begriffe mit ihren unterschiedlichen Zielsetzungen nicht auseinandergehalten und wird einfach nur allgemein von "Toleranz" geredet, dann ist die Verwirrung komplett.

Nun werden heute Christen, die an Jesus Christus als "dem Weg, der Wahrheit und dem Leben" (Johannes 14, 6) festhalten, sehr schnell mit dem Stigma der "Intoleranz" belegt und in die Sekten-Ecke gestellt. Sie gelten dann als "unbelehrbare Fundamentalisten" oder ähnliches, wobei man mit "Fundamentalist" Gewalt und Terror assoziiert, wie man ihn von manchen islamisch-fundamentalistischen Gruppen her gewohnt ist.

Daß bibeltreue Christen, die ihren Glauben ernst nehmen, hingegen vom Gebot der Feindesliebe inspiriert sind (oder sein sollten), das in der Bergpredigt (Matthäus 5, 43 ff.) steht, wird geflissentlich verschwiegen. Viele Gruppen und Bewegungen - auch im evangelikalen Bereich - werden heute von ihren Gegnern als "Sekten" bezeichnet und verunglimpft.

Über den Unterschied zwischen Freikirchen und Sekten besteht bei Politikern und in der Öffentlichkeit weithin Unklarheit. So werden Freikirchen wie Methodisten, Baptisten, Mennoniten und Freie Evangelische Gemeinden in Presseverlautbarungen immer wieder in undifferenzierter Weise in einem Atemzug mit Gruppen wie Scientology, Zeugen Jehovas und Mormonen genannt.

Ein Beispiel hierfür ist eine Meldung der Nachrichtenagentur AFP vom 24. April 1997, in der es heißt: "800.000 Deutsche bekennen sich zu Sekten". Hintergrund dieser Meldung war eine Umfrage, welche die Enquete-Kommission "Sogenannte Sekten und Psychogruppen" des Deutschen Bundestages in Auftrag gegeben hatte.

Das Marktforschungsinstitut Infratest Burke (München) befragte 11.000 Bürger, ob sie einer neuen religiösen bzw. weltanschaulichen Bewegung angehören. In der Auswertung waren Freikirchen wie Baptisten, Mennoniten usw. als inner- und randkirchliche Sondergruppen neben Sekten wie den Zeugen Jehovas oder Organisationen wie Scientology genannt worden.

Daraufhin kam von freikirchlicher Seite scharfe Kritik, z.B. von dem Generalsekretär des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten- und Brüdergemeinden), Eckhard

Schaefer (Bad Homburg), der mit 88.000 Mitgliedern größten Freikirche Deutschlands. Schaefer meinte: "Uns in der Studie aufzuführen, hat dieselbe Qualität und Aussagekraft, wie den Deutschen Bundestag als terroristische Vereinigung zu bezeichnen" (*Idea-Pressedienst* Nr. 47/97 vom 28.4.1997).

Der Zwischenbericht der Enquete-Kommission "Sogenannte Sekten und Psychogruppen" (Bundestags-Drucksache 13/8170) ging - wie auch der spätere Endbericht - von einem "problemorientierten Ansatz" aus und legte seiner Einordnung der untersuchten Vereinigungen politische, juristische, soziologische und psychologische (aber keine theologischen) Kriterien zugrunde. Sein Urteil bewegte sich im Spannungsfeld zwischen "religiös-weltanschaulicher Toleranz und Pluralität auf der Grundlage von Artikel 4 GG (Grundgesetz)" und der "Notwendigkeit", der Religionsfreiheit in gewissen Fällen politisch-juristische Grenzen (z.B. durch Beschränkungen und Verbote) zu setzen (S. 7 f.).

Diese Grenzziehung mit den ihr zugrundeliegenden Kriterien war der umstrittenste Punkt im Vorhaben der Enquete-Kommission. Die Grenzziehung dürfe dann erfolgen, wenn "deviantes Handeln" (von der gesellschaftlichen Norm abweichendes Handeln) vorliege, wobei "Verstöße gegen geltendes Recht, Störung des öffentlichen Friedens oder Schädigungen des Einzelnen" verwirklicht seien (S. 67).

Den Maßstab bildete also der gesellschaftliche Status quo (und z.B. nicht die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments!). Dies wird voraussichtlich auch bezüglich der "Antidiskriminierungsgesetze" für bibeltreue Christen massive Folgen haben - bis hin zur gesellschaftlichen Ächtung, Verfolgung und Gefängnisstrafe, etwa wenn sie Homosexualität und ähnliche sexuelle Praktiken öffentlich als "Sünde" bezeichnen.

Wer aber "Sekte" nur oder in erster Linie psychologisch (nach den Methoden, die zur Anwendung kommen), soziologisch (nach der Größe und Mitgliederzahl) oder politisch (nach dem Einfluß und dem Verhältnis zum Staat) definiert, geht an der Sache vorbei. Die Glaubenslehre - und damit die Wahrheitsfrage - kann nicht ausgeblendet werden. Entscheidend ist das theologische Kriterium: das Verhältnis zu Gott und seiner Offenbarung.

So möchte ich - gegenüber dem heutigen Trend - das theologische Kriterium wieder in den Mittelpunkt stellen und definiere wie folgt: "Sekten" sind in christlicher Sicht alle religiösen Gruppen (unabhängig von ihrer Mitgliederzahl, ihrer Größe und ihrem Einfluß), die in ihrer Lehre und in ihrem Leben den Hauptlehren des Alten und Neuen Testaments widersprechen und statt dessen eigene Lehrsysteme und Verhaltensweisen entwickelt haben.

Solche Widersprüche zu den Hauptlehren des Alten und Neuen Testaments ergeben sich z.B. durch Hinzufügung zu oder Hinwegnahme von Lehren der Heiligen Schrift (1. Korinther 4, 6; 2. Johannes 1, 9; Offenbarung 22, 18 f.); durch Lehren im Widerspruch zum eindeutigen Wortsinn und Gesamtzusammenhang der Bibel (Galater 1, 6 ff.); durch Ausblendung oder Umdeutung zentraler Wahrheiten des christlichen Glaubens, vor allem durch die Verleugnung Jesu Christi und seines Erlösungswerkes für uns, durch Verleugnung, Relativierung oder Umdeutung seiner Gottessohnschaft, seiner Fleischwerdung, seines Sühneopfers am Kreuz und seiner leiblichen Auferstehung (1. Johannes 2, 22 f.; 4.2 f.; 2. Johannes 1.7; 2. Petrus 2,1; Judit 4).

9. Wer wird überwinden?

Überwinden wird nur, wer von Jesus Christus überwunden ist - und das heißt: wer zu ihm gehört ohne Wenn und Aber. Überwinden wird nur, wer ihm auch inmitten der zunehmenden antichristlichen Strömungen die Treue hält. So lesen wir in Offenbarung 12, 9-11:

"Und es wurde hinausgeworfen der große Drache, die alte Schlange, die da heißt: Teufel und Satan, der die ganze Welt verführt, und er wurde auf die Erde geworfen, und seine Engel wurden mit ihm dahin geworfen. Und ich hörte eine große Stimme, die sprach im Himmel: Nun ist das Heil und die Kraft und das Reich unseres Gottes geworden und die Macht seines Chri-

stus; denn der Verkläger unserer Brüder ist verworfen, der sie verklagte Tag und Nacht vor unserm Gott. Und sie haben ihn überwunden durch des Lammes Blut und durch das Wort ihres Zeugnisses und haben ihr Leben nicht geliebt, bis hin zum Tod."

Um - auch heute schon - zu den Überwindern zu gehören, sind folgende Voraussetzungen notwendig:

- Wir glauben an Jesus Christus als unseren Erlöser und Herrn und sind seine Kinder.
- Wir stehen in ständiger Gebetsverbindung mit dem Herrn, damit er uns stärken, trösten, leiten, bewahren und korrigieren kann.
- Wir stellen Gottes Wort in den Mittelpunkt und richten unser Leben danach aus.
- Wir suchen die Gemeinschaft gläubiger Geschwister und verlassen unsere Versammlungen nicht.
- Wir bekennen Gott unsere Sünden und lassen uns reinigen durch das Blut seines Sohnes Jesus Christus.
- Wir leben aus der Gnade Gottes, aber mißbrauchen diese nicht zum Sündigen.
- Wir decken die Werke der Finsternis - auch in christlichen Gemeinden - auf und dulden diese nicht länger.
- Wir akzeptieren weder den Hochmutsgeist, der sich durch Spaltungssucht offenbart, noch den Vermischungsgeist, der eine Einheit und Ökumene um jeden Preis sucht.
- Wir lieben die wiedergeborenen Geschwister im Herrn Jesus Christus, auch wenn wir nicht in allen Lehrfragen mit ihnen übereinstimmen.
- Wir ringen aber genauso auf der Grundlage der Heiligen Schrift um die Erkenntnis und Durchsetzung der Wahrheit in den entscheidenden Heilsfragen, damit keiner verlorengelange.
- Wir sind bereit, Korrektur von Geschwistern anzunehmen, wo diese biblisch begründet ist, und zwar in unserer Lehre und in unserem Leben.
- Wir üben "christliche Enthaltensamkeit", d.h. wir setzen uns nicht mutwillig gottfeindlichen und verführerischen Einflüssen aus, die uns vom Glauben wegziehen.
- Wir trennen uns von allen Strömungen, Praktiken und Methoden, die gegen das Wort Gottes stehen.- Wir üben wieder konsequente Gemeindezucht.
- Wir nehmen den Missionsauftrag ernst und laden Menschen in die Nachfolge Jesu Christi ein, solange es noch Zeit ist.
- Wir predigen die zentrale biblische Botschaft von der völligen Verlorenheit des Sünders, der Notwendigkeit der Buße und der Rettung allein aus Gnaden.
- Wir helfen unseren Mitmenschen auch praktisch durch Taten der Nächstenliebe und setzen Zeichen der Menschenfreundlichkeit Gottes in einer vergehenden Welt.
- Wir weihen unser Leben ganz neu und ganz allein dem dreieinigen Gott und dienen ihm bis an unser irdisches Ende - und weiter bis in alle Ewigkeit.

Für die (vor-)antichristliche Zeit gilt mehr denn je die Aufforderung in Epheser 6, 10-17:

"Seid stark in dem Herrn und in der Macht seiner Stärke. Zieht an die Waffenrüstung Gottes, damit ihr bestehen könnt gegen die listigen Anschläge des Teufels. Denn wir haben nicht mit Fleisch und Blut zu kämpfen, sondern mit Mächtigen und Gewaltigen, nämlich mit den Herren der Welt, die in dieser Finsternis herrschen, mit den bösen Geistern unter dem Himmel. Deshalb ergreift die Waffenrüstung Gottes, damit ihr an dem bösen Tag Widerstand leisten und alles überwinden und das Feld behalten könnt.

So steht nun fest, umgürtet an euren Lenden mit Wahrheit und angetan mit dem Panzer der Gerechtigkeit, und an den Beinen gestieft, bereit, einzutreten für das Evangelium des Friedens. Vor allen Dingen aber ergreift den Schild des Glaubens, mit dem ihr auslöschen könnt alle feurigen Pfeile des Bösen, und nehmt den Helm des Heils und das Schwert des Geistes, welches ist das Wort Gottes".

Buchhinweis: L. Gassmann, Globalisierung und Antichrist ... Dr. theol. Lothar Gassmann

...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>... Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.

Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.

Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehaltene Schicksal irrelevant zu sein.

Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>... Und heute? ... (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "ausgewählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angeblichen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf.

Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten?

Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte? Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. ...

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Kriegen mit dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! ...<<

2011

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Januar 2011 (x887/...):

>>Falsche Moralapostel beherrschen die Szene

von Konrad Löw

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert.

Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. Über ein paar aktuelle Vorgänge dieses politischen Streits möchte ich im Folgenden berichten.

1. Im August dieses Jahres ist ein kleines Wunder geschehen. Das Bundesverfassungsgericht hat auf meine Beschwerde hin einstimmig festgestellt, daß mich der "Aufschrei" der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) im Jahre 2004, dem die Veröffentlichung meines Aufsatzes "Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte" vorausgegangen war, in meinen Grundrechten verletzt hat - die PAZ hat darüber ausführlich berichtet. Nun hatte ich nie an der

Rechtsverletzung gezweifelt, aber Recht haben und Recht bekommen sind zwei Paar Stiefel. Wenn ich von kleinem Wunder spreche, so deshalb, weil die Erfolgsrate solcher Beschwerden unter einem Prozent liegt.

Die Erfahrung mit dem Gericht bestärkt mich in der Überzeugung, daß es überall anständige Menschen gibt und es vor allem darauf ankommt, ihnen gediegene Beweise zu präsentieren. Hier nun ein Kernsatz aus der Entscheidung: "Von vornherein ausgeschlossen sind Äußerungen (der bpb) gegenüber Einzelnen, die allein dem Bestreben dienen, eine behördliche Auffassung, namentlich eine von der Bundeszentrale für richtig gehaltene spezifische Geschichtsinterpretation zur Geltung zu bringen und als einzig legitim oder vertretbar hinzustellen."

2. Das Urteil hatte einen Aufschrei in der Presse zur Folge. Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat korrekt berichtet, von der "Welt" kann man das nicht sagen und am anderen Ende der Skala stand die "Süddeutsche Zeitung". Sie brachte am 29. September auf Seite 1 einen vierspaltigen Artikel unter der Überschrift: "Verfassungsgericht schützt Geschichtsfälschung". Doch wer die "Geschichtsfälschung" sucht, sucht vergebens. Das Ganze ist eine Infamie gegen das Gericht wie gegen mich. Abschließend wird auf die Glosse S. 4 verwiesen. Dort ein Produkt aus Häm und Lüge, alles unter der Überschrift: "Dr. jur. absurd".

Nachdem ich diese Infamien gelesen hatte, stand für mich fest, daß ich alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten ausschöpfen muß, um nicht im Sumpf der Journaille unterzugehen. So habe ich Antrag auf Gegendarstellung gestellt, dem das Landgericht München entsprochen hat. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Ferner habe ich gegen Heribert Prantl, den Verfasser von "Dr. jur. absurd", Privatklage erhoben. Ob es zu einem Verfahren kommt und wie es endet, wird sich zeigen.

Außerdem habe ich Beschwerde beim Deutschen Presserat eingelegt, der aber nur viermal im Jahr tagt. Der Schluß meiner Beschwerde lautet: "Die 'Süddeutsche Zeitung' ... wird wohl von rund einer Million Menschen gelesen. Wer als anständiger Mensch den zitierten Vorwürfen Glauben schenkt, kann für den, den die Vorwürfe treffen, nur Verachtung übrig haben. Der soziale Tod des Opfers ist offenbar das Ziel der Verleumdungen. Besonders Gewicht erhalten die Vorwürfe noch dadurch, daß sie der Ressortleiter Innenpolitik, Prof. Dr. Heribert Prantl, erhebt. Ich weiß um meine armselige Position verglichen mit dem Pressegoliath Süddeutscher Verlag. Doch ich vertraue auf das Recht und darauf, daß bei uns Recht vor Macht geht ..."

3. "Hitler und sein Volk" ist der Titel eines Buches, das die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit 2003 vertrieben hat. Auf der Rückseite steht: "Der Autor (gemeint ist ein US-Amerikaner namens Gellately) ... beweist stichhaltig, daß die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wußten, sondern ... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithalfen - durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit." Darunter "bpb", sonst nichts.

Dieser "Beweis" widerspricht meinen Erkenntnissen. Daher habe ich das Buch besonders genau gelesen, aber nirgendwo diesen "Beweis" entdeckt. Also wandte ich mich nach und nach an alle mitverantwortlichen Stellen, so den Bundesminister des Innern, den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, den Präsidenten des Deutschen Bundestages und das für die bpb zuständige Kuratorium des Deutschen Bundestages. Keine dieser Instanzen hat den "Beweis" verteidigt.

Die Antworten lauteten: Ich würde den Text mißverstehen, der Text gebe nicht die Meinung der bpb wieder, das Buch würde nun nicht mehr ausgeliefert. Nur Bundestagspräsident Norbert Lammert hat sich von dem Text distanziert. Nun ist es tatsächlich so weit: Das Buch steht nicht mehr im Katalog der bpb, obwohl es, so die Auskunft des Vertriebs, immer noch gefragt sei. Offenbar sind auch die Verantwortlichen zu der Einsicht gelangt, daß das Buch gerade nicht beweist, was es beweisen soll. Die vom Steuerzahler finanzierte Bundeszentrale hat ihre Verleumdung "der" Deutschen nicht widerrufen, aber sie verbreitet sie auch nicht weiter -

immerhin.

4. Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.

5. In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter (also die Vorfahren) ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.

Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.

Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene.

Dr. Konrad Löw ist Jurist und war Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Bayreuth.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1/2 berichtete im Januar/Februar 2011 (x853/...): >>Produziert nicht gezeugt - Aus den Designerateliers der Genetiker

Inge M. Thürkauf

1997 kam unter dem Titel "Gattaca" ein Science-Fiction-Film in die Kinos, der das Bild einer Zwei-Klassen Gesellschaft zeichnete, die sich in die Tauglichen, welche die Oberschicht bildete, und die Untauglichen als Unterschicht aufteilte. Die Tauglichen, offiziell "die Validen" genannt, kamen aus den Designerateliers der Genetiker. Sie wurden nach den von ihren Eltern vorgegebenen Kriterien in vitro, also außerhalb des Mutterleibs im Reagenzglas reproduziert und genetisch optimiert auf den neuesten technischen Stand gebracht.

Die Untauglichen oder "Invaliden" waren Menschen, die von ihren Eltern noch auf "altmodische", d.h. "traditionelle Weise" gezeugt wurden, sie gehörten der Unterschicht an. Ihre Eigenschaften erhielten keine genetisch optimierte Aufwertung, sie wurden dem Zufall überlassen. In den offiziell geführten Akten bezeichnete man sie als "Invalide", inoffiziell jedoch abschätzig als "Gotteskinder".

Der Fortschritt auf dem Gebiet der Reproduktionsmedizin hat die Träume von Science-Fiction-Filmen schon weit hinter sich gelassen. Die Unterteilung von Oberschicht bzw. Valide und Unterschicht (Invalide) hat unsere Gesellschaft zwar noch nicht vollzogen, doch setzt sich die von Genetikern und Biologen angestrebte Tendenz, die natürliche, gottgegebene Art der Zeugung menschlichen Lebens aufzugeben und durch die künstliche Befruchtung zu ersetzen, immer mehr durch.

Eine biologische Verwandtschaft herkömmlicher Art soll immer weniger die Regel sein. Der

Grund dafür ist leicht zu erraten: die Reproduktion menschlichen Lebens ist ein unerhörtes Geschäft geworden - ein Milliardengeschäft. Weltweit sollen schon vier Millionen Kinder dieser "Medizin ohne Maß" ihr Leben zu verdanken haben.

Hier drängt sich jedoch eine Frage auf, die weder die Wissenschaftler noch die Ärzte und allzu oft auch nicht die Eltern zu interessieren scheint: wie wird die ständig wachsende Generation von In vitro (außerhalb eines lebenden Organismus) gezeugten Kindern mit ihrer Vergangenheit fertig? Es hat sich gezeigt, daß nicht wenige der z.B. durch donogene Insemination, d.h. mit dem Samen anonymer Väter künstlich gezeugten Kinder im Erwachsenenalter auf die Suche nach ihren Wurzeln, also nach ihren Samenspendern gehen.

Sie können sich nicht damit abfinden, ohne Kenntnis ihrer genetischen Väter zu leben. Vor kurzem ist ein Buch eines jungen Franzosen herausgekommen, dessen deutsche Übersetzung den Titel trägt: "Ganz der Papa - Samenspender unbekannt".

Darin schildert der Autor, Arthur Kermalvezen, seine Suche nach seinem genetischen Vater. Als er drei Jahre alt war, erklärten ihm seine Eltern, daß der Mann seiner Mutter nicht sein leiblicher Vater sei, die Mutter aber diesen "Vater" auch nicht kenne, denn in Frankreich verbietet das Gesetz die Preisgabe des fremden Samenspenders. (In Deutschland und in einigen anderen Ländern wurde die Anonymität für die Kinder aufgehoben, doch erst bei Erreichen der Volljährigkeit.)

Je älter Arthur wurde, desto intensiver beschäftigte er sich mit der Frage, wer er eigentlich ist und welche Rolle die genealogische Abstammung für das Selbstverständnis eines Menschen spielt. Er selbst sagt zu seiner Situation: "Ich bin das Ergebnis einer wissenschaftlichen Versuchsreihe. Man hat sich kaum Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkungen sie auf uns Kinder hat. Wir waren Versuchskaninchen". Nicht zu wissen, wer die Person ist, dessen Gene er in sich trug, war für Arthur, wie er schreibt, unerträglich. Für ihn sind die Spender "falsche Erwachsene", weil sie kaum Verantwortung übernehmen.

Er nennt sie auch "feige Väter". Seine beiden Schwestern entstanden - aus dem Samen jeweils anderer Männer - ebenfalls in vitro. Die ältere von ihnen konnte schwer damit leben. Als Jugendliche ging sie sogar auf die Leute los und fragte - ob sie es hören wollten oder nicht: "Ist hier vielleicht irgend jemand, der in dem und dem Jahr Samen gespendet hat?"

Den Manipulatoren der Reproduktionsmedizin geht es augenscheinlich nicht um das Wohl des Menschen und - wie immer deutlicher zu sehen ist -, schon gar nicht um das Wohl der Kinder, sondern um die wissenschaftlichen Erfolge, unabhängig davon, was ihre Experimente für Auswirkungen haben mögen.

Der größtmögliche Erfolg, den ein Wissenschaftler für seine Forschungsarbeiten erringen kann, ist die Erlangung des Nobelpreises.

Er wurde soeben vom Nobel-Komitee des Karolinska-Instituts Stockholm an den Pionier der künstlichen Befruchtung, Robert Edwards, verliehen mit der Begründung, der heute 85jährige Forscher habe "die Behandlung der Unfruchtbarkeit möglich gemacht".

Der Leiter der päpstlichen Akademie für das Leben, Ignacio Carrasco de Paula, hat die Ehrung von Robert Edwards scharf kritisiert. Die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an den Briten sei "überhaupt nicht in Ordnung". Ohne den britischen Wissenschaftler gäbe es "keinen Markt, auf dem Millionen von Eizellen verkauft werden". Darüber hinaus sei das Problem der Unfruchtbarkeit nicht gelöst und schon gar nicht beseitigt, sondern übergangen worden. Auch würde "nicht eine Vielzahl von Kühlschränken, gefüllt mit Embryonen", existieren. Edwards sei auch verantwortlich dafür, daß zahlreiche Embryonen zum Sterben verurteilt seien.

Ebenso verurteilt die katholische deutsche Lebensrechts-Bewegung "Aktion Leben" mit allem Nachdruck die Verleihung des Nobelpreises für Medizin an Robert Edwards; sie weist in einer Pressemitteilung vom 5. Oktober 2010 darauf hin, daß die künstliche Befruchtung (IVF) "die Grundlage aller nachfolgenden unmoralischen Handlungen wie Selektion im Reagenzglas

(PID), selektive Abtreibung bei Mehrlings-Schwangerschaften nach IVF, Forschung an embryonalen Stammzellen bis hin zur Kreation von Designerbabys" ist. Die Schlußfolgerung in der Kritik der deutschen Lebensrechts-Bewegung läßt keinen Zweifel offen:

"Insofern kann man die künstliche Befruchtung als den 'Sündenfall der Reproduktions-Medizin' betrachten".

Das Leiden unfruchtbarer Eltern soll nicht unterschätzt werden. Doch ist den meisten kaum bewußt, wie hoch der Preis dafür ist. Daher sollte mit der nötigen Sensibilität, jedoch mit unumgänglicher Eindringlichkeit, verständlich gemacht werden, daß "jedes menschliche Wesen ... um seiner selbst willen geachtet werden muß und ... nicht auf den bloßen und einfachen Wert eines Mittels zum Vorteil anderer herabgewürdigt werden" darf.<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1/2 berichtete im Januar/Februar 2011 (x853/...): >>Expertise zur Verkettung Minarett - Moschee - Scharia als politischer Machtbasis des Islam

HANS PETER RADDATZ

(Vorbemerkung des Herausgebers) Im vergangenen Jahr gab es in der Schweiz eine politische Kontroverse über die Genehmigung für die Errichtung neuer Minarette. Dabei standen keineswegs die Frage der Religionsfreiheit zur Debatte und die Möglichkeit der Muslime, Moscheen zu errichten, sondern es ging die Identität des Staates, der trotz seines nicht konfessionell gebundenen Charakters durchaus christliche Wurzeln hat. Diese Prägung zeigt sich beispielsweise in der Schweizer Flagge, aber auch im Text der Nationalhymne. Schon von der kulturellen Prägung her sind darum Kirchtürme und Minarette in einem europäischen Land wie der Schweiz nicht miteinander gleichzusetzen.

Diese Argumentation ist für die Mehrzahl der Bevölkerung durchaus nachvollziehbar, wie im Ergebnis der Schweizer Volksinitiative bezüglich der Minarette deutlich wurde. Entgegen der "politischen Korrektheit" vieler Parteipolitiker und sogar vieler Vertreter des sich öffentlich artikulierenden Christentums gab das Schweizer Stimmvolk ein klares Signal für die Wahrung der eigenen kulturellen Identität. Das Ergebnis der Abstimmung wurde gefördert durch eine kundige Information zu den einschlägigen sozialen und politischen Problemen, die im Islam nicht von der religiösen Dimension getrennt werden können. ...

Auf den Punkt gebracht werden viele auch für die Theologie wichtige Sachverhalte durch die in der Folge abgedruckte Expertise von Dr. Hans-Peter Raddatz für das Schweizer Parlament in Bern.

Sie hat bereits im Internet eine große Verbreitung gefunden. Für die Veröffentlichung des umfangreichen Textes haben wir einige Kürzungen vorgenommen, die eigens gekennzeichnet sind. Es geht uns hier nicht um die politisch kontroverse Bewertung einer Volksinitiative oder um eine grundsätzliche Ausführung zum interreligiösen Dialog, wohl aber um die Kenntnisnahme von Realitäten, denen sich eine theologische Deutung nicht verweigern darf.

Dr. Hans-Peter Raddatz ist promovierter Orientalist, Volkswirt und Ethnologe mit langjähriger Finanzexpertise im Nahen Osten und in den USA. Bekannt geworden ist er als Autor übergeordneter Sachbücher zu Fragen des Islam als wachsenden Faktors in der westlichen Gesellschaft, Wirtschaft und Rechtsfindung, aber auch als Referent in Symposien, Teilnehmer an Podien des Rundfunks und Fernsehens sowie als Gutachter für Medien, Stiftungen und Gerichte. Er verfaßte Beiträge zum internationalen Standardwerk der Encyclopedia of Islam sowie zum interkulturellen Dialog. Von ihm stammen zahlreiche einschlägige Print- und Internet-Artikel.

I. Vorbemerkungen

1. Ausgangslage

Nachdem Anfang 2008 die für eine Volksbefragung erforderliche Zahl von Unterschriften erreicht wurde, hat die "Schweizer Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten" das nach-

folgende Gutachten in Auftrag gegeben, um ihren entsprechenden Antrag beim Schweizer Parlament sachlich zu unterlegen. ...

Eine Expertise über die Bedeutung des Minaretts erschien der Initiative um so dringlicher, als sich die bisherige Diskussion - auch als "Dialog mit dem Islam" bekannt - bei weiter laufender, islamischer Zuwanderung ideologisch stark belastet und sachlichen Begründungen weitgehend unzugänglich gezeigt hat. Dabei gehört es zu den Eigenheiten dieser Dialogform, daß viele ihrer Vertreter zwar aus den verschiedensten Institutionen kommen - Parteien, Justiz, Kirchen, Medien etc. - aber ohne staatlichen Auftrag handeln. Bisher hat man es bei diesem rechtlich ungeklärten Status belassen, gleichwohl der Öffentlichkeit den Eindruck suggeriert, in ihrem "wohlverstandenen Interesse" zu handeln.

Unter solchen Umständen konnte die Frage, inwieweit die Scharia, das auf Koran und Tradition gegründete Gesetz des Islam, mit den individuellen Grundrechten des westlichen Verfassungstyps vereinbar ist, bislang nicht argumentativ geklärt werden.

Der "Dialog" stellt sich als eine medial unterstützte Meinungsfraktion dar, die bereits in der Frage nach möglichen Kritik- bzw. Konfliktpunkten einen Eingriff in die Religionsfreiheit, wenn nicht gar das den Frieden störende Schüren von Feindbildern sieht. Dies um so mehr, als auch die OIC, die Organisation Islamischer Staaten, dieserhalb mit einer diplomatischen Note bei der Schweizerischen Regierung vorstellig geworden ist.

Ausgehend vom Minarett als integralen Teils der Moschee sowie deren Bedeutung als zentralen Versammlungsorts sind zwei Aspektebenen einer näheren Betrachtung zu unterziehen: zum einen der islamische Sinngehalt, der sich im Kulturzentrum mit Minarett, Moschee und angegliederten Einrichtungen manifestiert, und zum anderen die rechtlichen Konsequenzen, die sich aus diesem Sinngehalt für die umgebende Schweizer Gesellschaft ergeben.

Im einzelnen will die Initiative dabei die Fragen geklärt wissen:

a) ob und inwieweit das Minarett ein politisches Symbol ist und zutreffendenfalls eine Initiative dagegen auch keinen Verstoß gegen die Religionsfreiheit bzw. die Menschenrechte und geltendes Völkerrecht darstellt;

b) ob und inwieweit die ungeprüfte Etablierung des Islam durch dessen eigenes, theokratisches Staatsverständnis eine Diskriminierung, wenn nicht sogar Gefährdung aller anderen Religionen und Weltbilder in der Schweizer Demokratie bedeutet.

Eine solche Religion, soweit sie primär auf einen politischen Anspruch verwiesen wäre, hätte den Dialog mit den Schweizer Institutionen eben politisch zu führen und insoweit auf das Religionsprivileg zu verzichten, wie sein Anspruch eine Diskriminierung der gewachsenen Demokratie und damit auch der anderen Religionen und Minderheiten bedeutete.

Hinzu kommt, daß die Schweizerische Verwaltung sich dabei an Repräsentanten halten muß, die befugt sind, für ihre Gemeinschaften verbindliche Vereinbarungen hinsichtlich der Wirkreichweite ihrer Glaubensgrundlagen (Koran und Tradition) zu treffen.

Ist solches nicht möglich, ergibt sich für die Vertreter des Staates die Verpflichtung, für Ersatz, d.h. eine Institution zu sorgen, welche die Verhandlungen mit den Muslimen im Sinne eines Staatsvertrages führt. Das Erfordernis dieses Staatsvertrages - oder einer vergleichbaren Einrichtung - ergibt sich allein schon aus der Funktion von Koran und Tradition, welche die gängige und verbindliche Verfassungsbasis des islamischen Staates bilden. Alle muslimischen Rechtsrichtungen verlangen das Verlassen des nichtislamischen Landes nach spätestens 4 Jahren, weil die politische Wirkung des Fremdsystems der Heilsbestimmung des Muslim zuwiderläuft.

Dies gilt allerdings nicht, wenn berechnete Aussichten bestehen, die Geltung der Scharia, des islamischen Gesetzes, auf nichtislamischem Boden durchzusetzen. Da dieser Gesetzestyp die westlichen Kriterien - Religionsfreiheit, Gewaltmonopol, Grundrechte der Person, insbesondere der Frau - nicht enthält, steht er weder im Einklang mit der westlichen, insonderheit

Schweizerischen Verfassung, noch mit der UNO-Menschenrechtscharta.

2. Interkulturelles Menschenrechtsverständnis

Als wesentlicher Ausdruck der wirtschaftlichen Globalisierung entfaltet sich ein ebenso globaler Prozeß der Migration und Verlagerung von Produktivität und Kultur, die ein weites Spektrum zwischen problemloser Integration über konflikthafte Konfrontation bis hin zu gewaltsamer Unterdrückung bilden.

Menschen wollen ihre Fähigkeiten ausschöpfen, ihre Religion praktizieren, ihre Sprache sprechen und ihren ethnischen Bräuchen nachgehen - also angestammten Interessen und Motiven folgen, die durch die Menschenrechtscharta der UNO und die westlichen Verfassungen geschützt werden, solange sie die Freiheitsräume der jeweils anderen nicht vital tangieren. So sind es nicht nur - wie oft behauptet - rein wirtschaftliche Gründe, die steigende Zahlen von Immigranten nach Europa und Amerika führen, sondern auch die Aussichten auf kulturelle Freiheiten, die in vielen Weltregionen, u.a. auch in den islamischen Staaten, immer noch eingeschränkt sind.

Die Gründe hierfür werden von den islamischen Führern in Politik und Religion deutlich genannt. In der Kairoer Menschenrechtserklärung von 1991 erkennen sie die in der UNO Charta formulierten Grundrechte nur in dem Maße an, in dem sie sich mit den Vorschriften der Scharia in Einklang bringen lassen - eine Haltung, die seither maßgebliche Autoritäten in diesem Sinne wiederholt bestätigt haben wie z.B. die Kairoer Azhar-Moschee, der Imam von Medina, der Fatwa-Experte Yusuf al-Qaradhawi (Fatwa = Rechtsgutachten) und andere mehr.

Sie gehören zu den repräsentativen Instanzen, die ihre Beurteilungen laufender Streitfragen in den islamischen Raum sprechen, dabei aber kein hinreichendes Äquivalent zu den gesetzlichen Regelungen der westlichen Staaten bilden können, die durch Parlamente beschlossen und zuweilen auch verändert werden. Die koranisch-traditionelle Basis, auf der die islamischen Autoritäten stehen, ist nicht veränderbar und nur in engen Grenzen interpretierfähig. Um problematische Situationen zu überbrücken, kommen zwar auch größere Spielräume in der Praxis vor, behalten allerdings nur für begrenzte Zeit ihre Gültigkeit.

Abgesehen davon, daß Verträge mit Ungläubigen nur einzuhalten sind, wenn sie islamischen Interessen nützen, schränkt das Scharia-Gesetz jedwede Vertragsvereinbarung mit Nichtmuslimen auf einen Höchstzeitraum von 10 Jahren ein.

In diesem Konsens lebt der historisch gewachsene Anspruch des Islam auf politische Führung und Gestaltung fort, der die in seinem Geltungsgebiet zwischen Nordafrika und Pakistan versammelten Vorgänger-Kulturen in einem langen Prozeß sichtlich vereinheitlicht hat. Insofern greift hier nur in reduziertem Umfang die westliche Vorstellung von Individualität. Sie geht von einer "multiplen Identität" aus, also von einem pluralistisch geprägten Menschenbild, dessen Akzente sich nach Nationalität, Ethnie, Sprache, Religion, "Rasse", Beruf etc. - dynamisch verlagern können, eine Vorstellung wiederum, die islamischem Denken fremd ist und im Vorschriftenwerk der Scharia wenig Platz findet.

In bezug auf den Islam ist somit auch der westliche Kulturbegriff selbst zu hinterfragen, nach dem alle Menschen ihre Werte und Praktiken einem ständigen Deutungswechsel unterziehen. Unzweifelhaft gehört die kulturelle Freiheit zu den Grundbedingungen menschlicher Entwicklung, wobei es nach moderner Verfassungspraxis primär um Freiheiten der Person und der Minderheiten geht. Somit muß ebenso gelten, daß die Förderung kultureller Unterschiede dort ihre Grenzen hat, wo die gruppenbezogene Anerkennung der einen die Einschränkung oder gar Unterdrückung der anderen bewirkt.

Umgekehrt ziehen zu enge Grenzen ähnlich negative Folgen nach sich. Denn dort wiederum, wo man die Anerkennung von Andersheit ohne Begründung verweigert, entstehen gesellschaftliche Konflikte, indem sich unintegrierte kulturelle Identitäten früher oder später ihre Bahnen brechen. Dieser in den Kulturwissenschaften unumstrittenen Konsequenz ist die Pra-

xis des bisherigen "Dialogs" nicht gerecht geworden. Indem man hier Feindbilder und ideologische Belastungen aufbaute, die den argumentativ orientierten Diskurs als "Polemik" oder gar "Rechtsradikalismus" abqualifizierten, erzeugte man eine Atmosphäre der geistig-politischen Einengung, die dem Ziel der interkulturellen Anerkennung und Vielfalt wenig dienlich sein konnte.

Wenn wie es offizieller UNO-Konsens ist, die kulturelle Freiheit - Religion, Bildung, Tradition etc. - ein Menschenrecht sein soll, muß sie die Freiheit und damit die Gleichheit des jeweils anderen - vor allem auch der Frau - voraussetzen. Vor dem Hintergrund der Frage, ob der Islam sich allgemein mit einem nichtislamischen Maßstab, vorliegend der Schweizer Verfassung, abfinden kann, ist also die besondere Rolle zu betrachten, die das Minarett im Rechtsverständnis des Islam und im Selbstverständnis der Muslime spielt.

Dabei läßt es sich weder bauästhetisch von der Moschee, noch lassen sich beide von der polit-religiösen Deutungsprominenz trennen, welche die Scharia, das islamische Gesetz, für die Umma, die islamische Gemeinschaft, und den einzelnen Muslim hat. Ohne Bezug auf die Scharia ist die politische Rolle der einzelnen Religionselemente des Islam und deren Konflikthaftigkeit in nichtmuslimischen Umgebungen nicht zu verstehen. Die Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma ist daher auch Leitfaden des nachfolgenden Gutachtens.

3. Zur Methode

Begriff und Bedeutung des Minaretts, das sich vom arabischen *Manara* (wörtlich: Leuchtturm) herleitet, sind zwar in der westlichen Orientalistik und auch im Islam selbst nicht klar definiert, lassen sich jedoch aufgrund seiner Funktion in Verbindung mit der Moschee und vor allem mit der politischen Relevanz des Gebets mit einer Eindeutigkeit klären, die eine ungeprüfte Einbeziehung in die Religionsfreiheit problematisch macht.

Es ist nicht allein, wie die Initiative in ihren Schriften u.a. ausführt, das Machtsignal, welches das möglichst hoch aufstrebende Minarett optisch aussendet; es ist vor allem das Zusammenwirken des vom Minarett ausgehenden Gebetsrufs mit der Gebetsversammlung in der Moschee und dem dort fortwährend wiederholten Gemeinschaftserlebnis, das mit dem Wissen um die weltweite Gleichartigkeit dieses Vorgangs die Ehrfurcht vor Allahs alleiniger und fortwährender Schöpfungsmacht sowie die daraus folgende, aggressive Verachtung des Nicht-Islam verstetigt.

Die Untersuchung ist unter diesem ganzheitlichen Gesichtspunkt anzustellen, der im Westen oft nicht beachtet, geschweige denn verstanden wird, aber das Denken in der Umma, der islamischen Gemeinschaft, überwiegend beherrscht. Dabei steht für die Initiative zwar das Minarett und nicht die Moschee im Vordergrund, doch ist es letztlich die erwähnte Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma, die der islamischen Zuwanderung überall in Europa ihre systematische Struktur verleiht.

Dieser Sachverhalt, der sich aus rechtlichen, historischen, religiösen, realpolitischen und kulturpolitischen Aspekten zusammensetzt, legt es nahe, das formale Konzept einer herkömmlichen, auf ein separates Objekt konzentrierten Expertise auszuweiten.

Es ist zwingend erforderlich, die historisch gewachsene Funktion der islamischen Religion als politische Staatsbasis unter besonderer Berücksichtigung der Tatsache zu untersuchen, daß man weder in Europa allgemein noch in der Schweiz speziell die Religion des Islam als ein Gebilde zur Kenntnis genommen hat, das wo immer es auftritt, aus sich selbst heraus - als existentiellen Bestandteil der "Religion" - einen absoluten Geltungsanspruch erhebt.

Diejenige Einrichtung, die man den "Dialog mit dem Islam" nennt, hat bislang nicht die nötige Kompetenz aufgebracht, um dem Selbstverständnis der Muslime gerecht werden zu können. Denn diese sehen in der westlichen Religionsfreiheit nicht nur ein pragmatisches Instrument, ihre diversen politischen Forderungen zu realisieren, sondern auch den Beweis für die Überlegenheit ihrer Gottheit, die es in ihrer unendlichen Weisheit so fügte, daß die "Ungläubigen"

die Politik mit Religion verwechseln und nach langer Uneinsichtigkeit nun dafür sorgen, daß die Bestimmungen der Scharia eingehalten werden.

Die westlichen Vertreter dokumentieren dies in der Tat ständig selbst, indem sie alles daran setzen, im "Dialog" höchst unterschiedliche Maßstäbe zugrunde zu legen. Während über die Jahre die Proteste der Bevölkerung gegen eine unkontrollierte Islam-Ansiedlung zunahmen, bevor sie jetzt in die Volksinitiative mündeten, eignete sich die Politik die Sprachregelungen des "Dialogs" an. Dieser stellte mit pauschalen Forderungen nach "Frieden", "Toleranz", "Respekt" etc. den Islam in ein vor Prüfung geschütztes Gesellschaftsbiotop, wo er sich nun offenbar zu einer neuen, sakrosankten Kraft an der Verfassung vorbei entwickeln soll.

Mithin ist zu klären, inwieweit die gewählten Volksvertreter mit diesem Vorgehen ihren Auftrag wahrnehmen, nämlich die Interessen des Volkes zu vertreten und eventuellen Schaden von ihm abzuwenden. Diese Klärung hat nicht nur die innerislamische Verfaßtheit zu sehen, sondern auch zu berücksichtigen, daß im Zuge von Globalisierung und Migration aus den vielfältigen interkulturellen Verflechtungen der Islam als die weltweit mit Abstand konflikt-haltigste Kultur hervorgegangen ist.

Hier ist nicht nur das Konfliktpotential zu beachten, das in den einzelnen aufnehmenden Staaten Europas vor Ort aktuell ansteigt; es manifestiert sich auch generell in dem Faktum, daß die islamischen Staaten seit dem Zweiten Weltkrieg an zwei Dritteln aller Kriege und Konflikte beteiligt waren bzw. sind, und daß statistisch jeder Muslim über das zehnfache konventionelle Waffenpotential jedes Nichtmuslim verfügt. Dabei machen sie von der Anzahl der Staaten her nur ein gutes Viertel und von der Zahl ihrer Menschen her nur ein gutes Fünftel aus.

Dieser Sachverhalt hat Gründe, die sich ohne jeden - wie es westlich-offiziell oft heißt - "Generalverdacht" im Islam und seinen Haupt-Einrichtungen - Minarett / Moschee / Scharia - finden lassen. Wer sich als Vertreter(in) einer westlichen Bevölkerung und ihrer demokratischen Grundrechte einer sorgfältigen Betrachtung dieser Problemlage entzieht, wird weder seiner/ihrer Verantwortung gerecht, noch handelt er/sie den Kriterien entsprechend, auf die ihn/sie die Staatsverfassung verpflichtet.

II. Minarett - Moschee - Scharia

1. Das Minarett

a) Bauwerk und Funktion

Manara bedeutet nicht nur "Leuchtturm", sondern gilt auch als Sammelbegriff für den Turm an sich, der in frühislamischer Zeit für drei verschiedene Funktionen stand: 1. als *Signalturm* für zivile Karawanen, 2. als *Wachtturm* für die militärische Expansion und laufende Kontrolle sowie 3. als *Siegeessäule* nach erfolgter Eroberung (Handwörterbuch des Islam, 413 f.). Dabei gilt als sicher, daß bereits Mu'awiya (gest. 680), der erste - und sehr weitsichtige - Kalif der ersten islamischen Dynastie, unter dem Eindruck der christlichen Zeremonien bereits vorhandene Türme in den Moscheebau einbezog, um die Entwicklung des jungen Islam optisch zu verstärken.

Wenngleich selbst noch christlich beeinflußt, so stand für seine genealogische Linie, die Umayyaden, wie auch für alle anderen Dynastien des Islam fest, daß sie selbst nur auf dem Boden ihrer Glaubensregeln regieren konnten. Da diese Regeln schon in der Frühzeit, ausgehend vom Vorbild des Verkünders Muhammad, die militärische Ausbreitung einschlossen, waren alle anderen Religionen und Machtsysteme zu überwinden, wobei sich die Zerstörung von Kirchen, Synagogen und Tempeln zur oft und bis heute wiederholten Routine entwickelte. Wo immer es sich anbot, wandelte man die Baulichkeiten auch in Moscheen um.

Weniger dem architektonischen, geschweige denn spirituellen Empfinden, sondern schlicht dem effektiven Bedarf und Erfordernis der Zeitersparnis, also politischer Notwendigkeit gehorchend, bezog man - neben anderen Turmformen - auch den Kirchturm ein, der somit an der anschließenden Entstehung des Minaretts beteiligt war (Encyclopedia of Islam VI, 362).

Bei dem sehr ausgeprägten Geschichtsbewußtsein der Muslime ist es daher kein Zufall, wenn sie auch heute viele ihrer Moscheebauten nach islamischen Feldherren oder schlicht "Eroberer" (arabisch: *al-fatih*) bzw. im türkischen Bereich "Aya Sofya" (Hagia Sophia) nennen, um die Geschichte zurückzudrehen und die glorreiche Vergangenheit in die Gegenwart zu holen. Daß sie dabei auf der zusätzlichen Errichtung von Minaretten als Bestandteil der Moschee und Zeichen des Sieges beharren müssen, versteht sich in diesem Kontext von selbst.

Wenn zudem die westlichen Ungläubigen den Moscheebau unterstützen und vielleicht auch noch die Kosten übernehmen, kann sich das Erfolgserlebnis erheblich verstärken. Denn schließlich beweist solches Verhalten die Weisheit Allahs, der einst seinem Gesandten Muhammad die genetische Unterlegenheit der Nichtmuslime offenbarte, und im Text des Koran festschrieb.

Im Lauf der Jahrhunderte entstanden bzw. bestätigten sich zwei Bautypen, die sich auch mit einem deutlich unterschiedlichen, spirituellen Gehalt verbanden. Neben dem wuchtigen Westtyp in Nordafrika, Ägypten und Syrien, der einen viereckigen Grundriß und Fassaden mit Fenstern aufweist, entwickelte sich im Osten die schlanke zylindrische Turmform, die im europäischen Westen als das eigentlich islamtypische Minarett gilt.

Entgegen häufiger Fehlmeinung leitet sie sich aus den genannten Gründen eben nicht vom christlichen Kirchturm her, der nach islamischer Vorschrift ohnehin niedriger als alle Allah gewidmeten Bauten sein muß, sondern erscheint als eindeutige Nachfolgerin indoarischer Sakralmasten und buddhistischer Denkmaltürme.

So floß auch deren kombinierte Funktion in das Rundminarett ein, das somit die religiöse Ankündigung, die Dominanz des eigenen Gottes und die kulturelle Erinnerung in sich vereinigt. Zwar schwankte regional die Akzentbildung zwischen zweckhaftem Gebetsruf und abstrakter Gottesmacht, doch sind beide zu eng verknüpft, als daß sie sich getrennt hätten verselbständigen können.

Obwohl Muhammad selbst den ersten Muezzin des Islam vom Dach der ersten Moschee zum Gebet rufen ließ, und auch die Ultra-Orthodoxen - wie bis heute die saudi-arabischen Wahhabiten - zuweilen auf das Minarett als Zeichen überflüssigen Schmucks verzichteten, so hat es sich denn doch über die Jahrhunderte islamweit als Machtsymbol Allahs etabliert.

Diese Macht wird insbesondere durch das schlanke, hoch aufragende Rundminarett verkörpert, das mit schmalen, schießschartenhaften Öffnungen bzw. gänzlich ohne Fenster geradewegs himmelwärts strebt und somit auch - entgegen dem eckig gedrungenen, stockwerkartig gegliederten Westtyp - bis auf eine innere Spiraltreppe auf irdische Raumbildung verzichtet, um so möglichst direkt in den abstrakten Spiritualraum der Gottheit überleiten zu können.

Indem es nachts auf die schimmernden Sterne und tags auf die blendende Sonne weist, erinnert es fortwährend an die kosmische Allmacht Allahs, worauf auch das persische Wort *mil* hindeutet. Es bezeichnet nicht nur das Minarett als Siegessäule, sondern auch den metallenen Blendstab, mit dem man einst den kritischen Dichtern und sonstigen Abweichlern die Augen ausbrannte, um den Triumph Allahs zu gewährleisten, dem letztlich - nach muslimischer Überzeugung und Verpflichtung - letztlich nichts und niemand entgehen soll und kann.

Somit ist es die perfekte, in sich widerspruchslose Rundform des Zylinderminaretts, das auch das perfekte, in sich widerspruchslose Gesetz Allahs symbolisiert. Wie die niederländischen Orientalisten Kramers und Wensinck im "Handwörterbuch des Islam" anschaulich formulieren, sind es die Assoziationen unübersteigbarer Perfektion, die "dieser Form innewohnende Symbolik des Absoluten, Einzigen, Abstrakten, des in sich geschlossenen, widerstandslosen Empor zur Gottheit ohne Übergänge und Stationen im Aufbau verkörpern".

Indem sie sich geradezu von den Formen der ungläubigen Vorgänger emanzipierte, " ... setzte sich schon im XII. Jahrhundert die zylindrische Form als die einzig absolute, nicht mehr wandelbare, noch steigerungsfähige, als ausschließliche Gestalt der Manaras durch".

Wenngleich unfreiwillig, entspricht die Wortwahl dem muslimischen Selbstverständnis, in dem das Allah-Gesetz als ebenso unwandelbare wie unübersteigbare Geistesstufe beschrieben wird (s.u.). Da es vom Kampfgedanken des Dihad beherrscht wird, um sich trotz seiner Perfektion gegen Unglauben und Abweichung zu behaupten und auszuweiten, bestätigen auch die speerpitzenartigen Aufsätze des Minaretts den militärischen Charakter islamischen Denkens. Sie erzeugen die Verbindung zu jenen übergeschichtlichen Lanzen, die schon Muhammad als Instrumente der Islamexpansion vorschrieb (Grunebaum, Propyläen 5, 39).

Somit sah sich auch der türkische Ministerpräsident und gläubige Muslim Erdogan in einem berühmt gewordenen Ausspruch verpflichtet, die Minarette der türkischen Moscheen als "Lanzen" bzw. "Bajonette" und ihre Kuppeln als "Helme" zu bezeichnen. Es entspricht dieser Logik, daß sein damaliger Außenminister und heutige Staatspräsident Gül diese Wahrnehmung mit der Forderung an die Auslandstürken verband, den Radikalismus des türkischen Islamismus, die Milli Görüş (Neue Weltsicht), wo immer möglich, zu unterstützen.

Daß diese Logik vielerorts wiederum auch von den einschlägigen Dialogführern übernommen wird, zeigt das deutsche Beispiel, wo diese Radikalen am Tisch der vom Innenminister geleiteten, ständigen "Islamkonferenz" sitzen.

Während der "Dialog" insgesamt zu solchen Vorgängen eher schweigt oder sie mit der Patentformel belegt, daß man keinen Muslim, vor allem keinen radikalen, unter "Generalverdacht" stellen sollte, ist der westlichen Evolutionsforschung der Zusammenhang zwischen der aggressiven Gesellschaftsdynamik des Islam und dem Minarett als deren kollektiver Speerspitze keineswegs entgangen. Hier werden die menschlichen Gesellschaften nach Verhaltenstypen - so genannten Geber-, Beschleuniger- und Erweiterer-Gesellschaften - klassifiziert, wobei die islamischen und westlichen Gesellschaften die beiden letzteren - in dieser Reihenfolge - repräsentieren.

Die islamische Beschleunigung speist sich aus dem singulären, von Muhammad gesetzten Expansionsimpuls, der sich als Teil des sakralen Raumes versteht und profane Räume braucht, in die mehr oder minder gewaltsam expandiert werden kann, während die westliche Erweiterung aus der säkularen Trennung von diesem Raum kam. Sie bewirkte den Wechsel in einen neuen, vom Menschen geschaffenen Geistesraum, der mit der kartesischen, real-imaginären Koordinaten-Systematik sowie der wissenschaftlich-technischen Dynamik fortlaufender Entdeckungen und Innovationen auch ständig neue Räume erzeugte, in denen sich Virtualität in Realität umwandeln ließ.

Diese hochabstrakte, kraftfeldartige Dynamik, die in einem langfristigen und weitgehend unbewußten Ablauf die westliche Kultur hervorbrachte und natürlich auch die ehemalige Fremdkultur des Islam in Eigenkultur umwandeln kann, wenn sie ihm den nötigen Expansionsraum öffnet, manifestiert sich deutlich erkennbar in der Kunst.

In Europa entwickelte sich die perspektivische Darstellung, die ihre Phantasie aus der Natur bezog und plastische Körper in Räume stellte, welche ihrerseits die Vorstellung weiterer Räume öffneten und eine im Grunde nicht begrenzbare Bewegung ins Unbegrenzte - denkerisch, künstlerisch, technisch - antrieben. Erich Fromm prägte für diesen Vorgang das inzwischen geflügelte Wort: "Ihr werdet sein wie Gott".

Da es Blasphemie bedeutet, die Schöpfungen Allahs nachzubilden, ist dagegen die Kunst des Islam auf abstrakte Alternativen - Strukturen, Ornamente, Muster - verwiesen. In bildlichen Darstellungen beschränkt sie sich im Wesentlichen auf Körper in einer "schützenden Umgebung", häufig dargestellt durch Zelte, deren Verlassen wiederum aggressiv - bezeichnenderweise mit Lanzen und Minaretten - symbolisiert wird (Nitschke, Die Zukunft in der Vergangenheit, 110).

Das Bilderverbot brachte ein reiches, ornamentales Strukturdenken hervor, in dem sich sowohl ein geistiger Wiederholungszwang als auch die Disposition zu einer netzwerkartigen

Gesellschaftsordnung dokumentiert. Eine solche Ordnung, die universal geltenden, immer gleichen Regeln folgt, braucht keine Institutionen, aber auch keine selbständigen Menschen, die sich eigene Denkräume schaffen, weil Allah und sein über Muhammad gekommenes Gesetz die alles, d.h. das gesamte Universum umspannende, sämtliche Macht spendende Meta-Institution bilden, der letztlich auch die Nichtmuslime nicht ausweichen können.

Damit deren Inferiorität auch formal festgeschrieben wird und sich bei den Menschen - in ihrer eigenen Umgebung - sowohl optisch als auch mental verstärken kann, beharren die Muslime und ihre westlichen Helfer sowohl auf Moscheen, die auf Zuwachs gebaut werden, als auch auf dem Minarett, das den Ungläubigen als "monumentalisiertes Bekenntnis" (Kramers/Wensinck) permanent vor Augen stehen soll.

Nachdem wir zunächst Einsicht in dieses Bekenntnis nehmen, dessen Träger das Minarett und dessen Funktionär der Muezzin ist, werden wir uns der rechtlichen Relevanz des Gebets zuwenden, die für den Bau von Minarettmoscheen im westlichen Rechtsstaat von großer Bedeutung ist.

b) "Dialog" mit dem Muezzin

Der Begriff des "Muezzin" ist eine westliche Verbalhornung des arabischen *mu'adhdhin* für "Gebetsrufer", dessen Ruf wiederum - arabisch = *adhan* - obwohl nicht unbedingt erforderlich, möglichst von einem Minarett ausgehen soll. Dabei haben sich die Muslime selbst rasch von der Illusion verabschiedet, daß das Minarett die menschliche Stimme wesentlich weiter tragen könnte, als es Muhammads Urmuezzin vom Dach der ersten Moschee vermochte. Auch die in der Moderne durch Lautsprecher verstärkte Muezzinstimme änderte nichts mehr an der über Jahrhunderte verankerten Primärfunktion des Minaretts als optisch-ästhetisches Symbol islamischer Politmacht.

Dies erklärt die eilfertige Bereitschaft der muslimischen Repräsentanten überall in Europa, im "Dialog" mit den örtlichen Kommunalvertretern Kompromißbereitschaft hinsichtlich der zu vereinbarenden Zahlen zulässiger Dezibel und notwendiger Parkplätze zu demonstrieren, weil damit bereits die grundsätzliche Zustimmung zum Minarett bzw. zur Moschee gewährleistet ist. Bislang ist kein Fall bekannt geworden, in dem man offiziell die generell zweifelhafte Rolle beider Einrichtungen angesprochen hätte, wobei auf die Moschee noch einzugehen ist.

Ebenso fehlt jeder Hinweis auf die geringfügige Bedeutung der Muezzinstimme, wenngleich der Dezibelaspekt nicht unwichtig scheint. Denn immerhin kritisierten schon die spätantiken Mekkaner das Gebet der jungen Muhammad-Gemeinde, dessen ungenehme Lautstärke nach ihrem Eindruck nicht auf besonderen Respekt vor dem Heiligen schließen ließ (HI, 643).

Der Verkünder ließ sich davon allerdings nicht beeindrucken, sondern nutzte den Enthusiasmus seiner Anhänger, indem er ihn in einen disziplinierenden Rhythmus von täglich drei Gebeten einband, der sich schon etwa ein halbes Jahrhundert später auf die seither gültige Fünfzahl ausweitete (vier Gebete zwischen Morgen und Abend, eines nachts). Die gemeinsame Wurzel der beiden Begriffe - *mu'adhdhin/adhan* - ist *adhina*, was nicht nur "hören" und "erlauben", sondern auch "erfahren" und "von etwas Kenntnis haben" bedeutet.

Wenn der Muezzin also das Minarett besteigt und seinen Ruf erschallen läßt oder auch schlicht die Lautsprecher einschaltet, "hören" die Muslime ein Bekenntnis, von dem sie alle bereits Kenntnis haben. Erschallt der Ruf im Land der Ungläubigen, "erfahren" diese ein Bekenntnis, das sie um so besser kennen, je öfter sie es "hören", woraus ihnen allerdings eine kaum vermeidbare Pflicht entsteht. Denn nach dem Verständnis der Muslime kann sich derjenige, der erfahren hat, daß es Allahs Botschaft und das Bekenntnis zu ihr gibt, auf Dauer nicht der Pflicht entziehen, sich zu diesem Sachverhalt verbindlich zu äußern, sich also ausdrücklich zum Unglauben zu bekennen oder aber den Islam anzunehmen.

Letzteres erscheint dem Muslim ohnehin als unausweichliches Gebot der Vernunft, weil der Islam nicht nur die herrschende Religion, sondern diejenige ist, die mit Allah überhaupt den

einzigsten Gott hat. Denn der den Islam bekennende Gebetsruf lautet:

Allahuakbar - Allah ist der Größte; *Ashhadu an la ilaha illa llah* - Ich bezeuge, daß es keinen Gott außer Allah gibt; *Ashhadu anna Muhammad rasulu llah* - Ich bezeuge, daß Muhammad der Gesandte Allahs ist; *Haya alas-salat* - Auf zum Gebet; *Haya ala t-talah* - Auf zum Heil; *Allahu akbar* - Allah ist der Größte; *La ilaha illa llah* - Es gibt keinen Gott außer Allah.

Bei der schiitischen Variante wird den beiden Aufrufen zum Gebet und zum Heil ein dritter hinzugefügt, nämlich der "zum guten Werk", in dem eine für den Islam untypische, auf dem altiranischen Zarathustraglauben fußende Individualität zum Ausdruck kommt. Für die Sunniten gilt zudem eine Regel, die während des Gebetsrufs laut zu sprechen ist und den ohnehin problematischen, öffentlichen Gebetsruf für jede gastgebende Gesellschaft inakzeptabel macht: "Es gibt keine Kraft und keine Macht außer Allah".

Wenngleich die Aussagenfolge eine logische Unebenheit aufweist, weil wenn es außer Allah keinen Gott gibt, ihn man auch nicht als den "Größten" hervorheben muß, so bleibt für die westliche Betrachtung doch festzuhalten, daß es sich hier um ein Bekenntnis zu einem exklusiven Glauben handelt, dessen Gott das einzig mögliche Heil spendet, weil er schlicht die einzige Macht ist. Insofern läßt sich verstehen, wenn viele Muslime immer wieder darüber stauen, daß es offenbar sehr viele Menschen gibt - sogar die Mehrheit der Menschheit - denen ein Leben außerhalb der islamischen Gemeinschaft erträglich zu sein scheint.

Hier geht es um einfache Gläubige, die den Ungläubigen mit friedlichem Quietismus begegnen. Diese Menschen bleiben so ruhig, weil sie, wie islamkritische Zyniker behaupten, wenig über ihren Glauben wissen und oft auch weitab von den Zentren der islamischen Propaganda leben.

Der Zynismus ist indessen nicht unberechtigt, weil mit wachsendem Wissen über die Inhalte von Koran und Muhammad-Tradition auch das Wissen über die zahlreichen Freibriefe zu Gewalt wächst, die den Muslimen als Rechte und teilweise auch als Pflichten des Glaubens eingeräumt bzw. auferlegt werden, wenn es um die Behandlung der Ungläubigen geht.

Da es in dieser Hinsicht keine Beweisnot gibt und in dieser Expertise nicht wiederholt zu werden brauchen, haben die Nichtmuslime von den Muslimen um so größere Probleme zu erwarten, je gläubiger sie sind. Dies wirft das übergeordnete Problem der Religionsfreiheit auf, das gegen Ende der Abhandlung zur Sprache kommt. Das Problem stellt sich doppelt, weil der Islam selbst keine Religionsfreiheit kennt, sie aber in der westlichen Diaspora uneingeschränkt beansprucht, womit wiederum die Grundsätze der Reziprozität und der Gleichbehandlung in bezug auf die anderen Minderheiten in Gefahr geraten. ...

2. Die Moschee

a) Funktion des Gebets

"Zwischen den Menschen und Polytheismus und Unglauben liegt das Unterlassen des Gebets" (arabisch = salat), heißt es in einer berühmten Tradition des Islamverkünders (Muslim, Iman, 134), die gleich zwei Ebenen aktiviert: zum einen die fundamentale Bedeutung der regelmäßigen Gottesverehrung, zum anderen das rassistische Selbstverständnis der muslimischen Gläubigen, die allein als vollwertige Menschen gelten.

Dagegen handelt es sich bei den Nichtmuslimen um nicht näher definierte Wesen, die jedoch keinesfalls der Spezies der Menschen im Sinne von Muslimen zugerechnet werden können.

Fast noch berühmter ist Muhammads Aussage, der zufolge ihm "Weiber und Parfüm am liebsten" waren, aber das Gebet ihm zum "Augentrost" gereichte. Mit letzterem war die spirituelle Innenschau gemeint, die dem Muslim im regelmäßigen Rhythmus des Ritus den Ausgleich mit den Anfechtungen der profanen Welt verschaffen soll. Um letztere in erträglichem Rahmen zu halten, hat Allah die Vorschriften der Scharia gespendet, die wenn genau und ungestört befolgt, den Gläubigen vor Irrtümern und Verfehlungen, vor allem vor Kompromissen mit den minderwertigen Regeln und Gesetzen der Ungläubigen bewahren.

Wenngleich man überall beten kann, die Moschee also nicht unbedingt braucht und die Muslime ohnehin die besseren Menschen sind, eignet sich dennoch nur ihr geringerer Teil dazu, das Gebet allein zu verrichten und ohne Kontrolle jenen Grad an Verinnerlichung zu erreichen, den man im Islam als Maßstab für eine stabile Menschenbildung voraussetzt.

Von der Masse wird daher erwartet, sich möglichst oft in die Moschee zu begeben, um dort das Gemeinschaftsgebet zu verrichten. Für alle Männer verbindlich und für Frauen verboten ist das Freitagsgebet, bei dem des Verkünders Muhammad in besonderer Weise gedacht und die politische Loyalität zur Umma gepredigt wird.

Im Freitagsgebet findet eine permanente Versinnbildlichung, Erneuerung und Bestätigung der Herrschaft Allahs über das Diesseits statt, wie sie einst von Muhammad eingerichtet und mit den ersten Siegen des Islam auf den Weg gebracht worden war. Der deutsche Orientalist Tilman Nagel schreibt dazu in seiner Muhammad-Biographie:

"Der Vollzug der Glaubenspraxis ist zugleich der Vollzug der Herrschaft in eigentlichem Sinn: Die Anordnungen Allahs werden in seinem Gemeinwesen genau nach den göttlichen Anweisungen ausgeführt ... Jedoch hat die Obrigkeit, angeleitet durch die Schariakenner, dafür Sorge zu tragen, daß die Annäherung des Handelns der Muslime an die göttlichen Normen unablässig vorangetrieben wird".

Es ist also der Ritus, der den Muslim zum besten Menschen und die Moschee, die das kollektive Gebet zum besten Ritus macht. Erneut kommt dabei der militärische Charakter des Islam zum Vorschein. Die Gläubigen treten in sauber geordneten Schlachtreihen an, die sich in ebenso formal gegliederter Weise niederwerfen und aufrichten. Schon seit der Gründerzeit gilt das Gebet in der Tat als Wurzel des Dihad, der sich nicht nur in der uniformen Gebetsordnung, sondern auch in der Gebetsrichtung (arabisch: *qibla*) ausdrückt.

Ihr Fokus ist die Mihrab, die nach Mekka ausgerichtete, architektonische Schmucknische, die ähnlich dem Minarett aus Einrichtungen der Vorgängerkulturen hervorging. Die christliche Kirchenapsis sowie die in Hinduismus und Buddhismus üblichen Götternischen standen hier Pate, wobei es wiederum die Umayyaden waren, die nicht nur das Äußere der Moschee um das Minarett, sondern auch ihr Inneres um die Nische erweiterten, um ihren Glauben im Sinne einer unverwechselbaren Kampfreigion von den anderen Religionen zu emanzipieren.

Wie so oft, trägt auch hier die Sprache ihr Übriges zur Aufklärung über den Islam und seine Spezialitäten bei. Der Begriff der Mihrab beruht auf der Wurzel *hariba*, die sich mit Zorn und Krieg verbindet, wobei die Variante *harba* nicht weniger als "Lanze" bedeutet und den Kreis zum Minarett schließt. Wie ein Brennglas bündelt die Gebetsnische das Dihad-Denken der betenden Reihen, das sich auf Mekka und die Urzeit des Verkünders projiziert.

Sie erneuert sich im laufenden Ritus und besonders im Freitagsgebet, um die latente Kampfbereitschaft in den aktuellen Dihad überleiten zu können, sobald es die Situation erfordert und die eigene Stärke ermöglicht. Mithin fungieren Moscheen - in westlicher Umgebung - als Kondensatoren virtueller Gewalt, die sich um so wahrscheinlicher in Realität umwandelt, je mehr Geltung die schariatistischen Bestimmungen erlangen, d.h. je "toleranter" deren Wirkbereich durch die westlichen Dialogführer ausgeweitet und - zum Beispiel mit Minaretten - verstärkt wird.

Weder kann die in diesem Sinne verstandene und genutzte Moschee ein sakraler Ort sein, noch sehen die Muslime sie als solchen. Sie verstehen die Moschee im wahren Wortsinne als "Kulturzentrum", das die kämpferische Tradition des Islam allgemein sowie den religiös inspirierten Kampfsinn der jeweiligen Gemeinde speziell pflegt. Mithin hat sich die Moschee seit weit über einem Jahrtausend insofern als "Gotteshaus" bestätigt, als sie der schariatistisch fixierten Anweisung Allahs folgt, sich als multiples Instrument zur Durchsetzung islamischer Interessen zu bewähren - als Versammlungsort, Zentrum der Kriegsplanung und -ausbildung sowie als Waffenlager.

In diesen Kontext gehört vor allem auch der elementare Einfluß, den das gänzlich andere Abraham-Bild auf die kollektive Psyche der Umma ausübt. Im Gegensatz zum jüdisch-christlichen Abraham, der das Opfer beendete, den seßhaften Landbau und ein würdigeres Begräbnis der Frauen begründete, bewahrte Muhammads Abraham sowohl das Opfer als auch die Verachtung des Landbaus und der Frau.

Die mangelnde Sublimierung des Opfers, die das innergesellschaftliche Gewaltpotential in besonderer Weise ableitet (Heinsohn, Erschaffung der Götter, 152 ff.), kann das islamische Markenzeichen der reflexhaften Aggression erklären, die sich historisch auf alles Nichtislamische gerichtet und den "Unglauben" zum kollektiven Daueropfer gemacht hat. Vor diesem Hintergrund erscheint das Klischee des "Dialogs" von den "drei abrahamitischen Religionen" als - je nach Sichtweise - abwegige Auslegung bzw. gelungene Täuschung.

Der profan-politische Charakter der islamischen Religion ergibt sich unmittelbar aus der Funktion Allahs, der im Gegensatz zu den ruhenden, jüdisch-christlichen Gottheiten die Welt in jedem Moment neu schafft. In diesem Sinne bedeutet "Islam" unausweichliche Hinwendung zu und Unterwerfung unter die Macht des islamischen Gottes, denn "nichts Geschaffenes kann auch nur für einen Augenblick der unmittelbaren Bestimmtheit durch Allah entrinnen" (Nagel).

Die Heilsbotschaft des Islam besteht in der Gewißheit, daß die Welt der stetigen Schöpfung und Lenkung Allahs unterliegt und durch alle Anfechtungen hindurch zum Sieg der Umma führen muß, solange die Scharia und das Vorbild Muhammads unangefochten bleiben. Alles was ist, bildet den göttlichen Willen ab, inklusive die Herausforderungen durch den Unglauben und seine menschengemachten Gesetze und Parlamente. Denen steht allerdings Allahs Gesetz entgegen, das wiederum auch und besonders die langfristige Kampfbereitschaft der Muslime vorschreibt.

Daraus ergibt sich, daß Allah den Muslimen hilft, wenn sie sich selbst helfen, d.h. die Vorschriften seines Gesetzes einhalten, möglichst große Moscheen und möglichst hohe Minarette bauen, die Lehrveranstaltungen in den "Kulturzentren" vor dem Einblick der Ungläubigen verbergen, die Inhalte der Predigten vor dem Mitschnitt durch die Sicherheitsbehörden schützen, ihnen wo immer möglich, den Eindruck des Wohlverhaltens vortäuschen, um sie schließlich langfristig mit ihren eigenen Gesetzen, insbesondere der uneingeschränkten Religionsfreiheit, zu überwinden.

Nur so läßt sich von der unendlichen Weisheit Allahs profitieren, der die vermeintliche Stärke des Unglaubens in Schwäche umwandelt, wenn er die Zeit für gekommen hält.

b) Konsequenzen im Rechtsstaat

Wie die Erfahrung überall in Europa, mithin auch in der Schweiz zeigt, nehmen die Verantwortlichen keine bzw. nur unzureichende Kenntnis von diesem islamtypischen Zentralaspekt, der nicht nur fundamental vom säkularen Religionsverständnis, sondern auch vom Selbstverständnis aller anderen zuwandernden Religionsanhänger abweicht.

In der irrigen Annahme, daß Muslime über ihre Religion genauso denken, sie also in der Weise privatisieren können, wie es der Geist der Schweizer Verfassung und im Grunde jeder anderen europäischen Gesetzgebung voraussetzen muß, entsteht ein ebenso grundlegender Mißbrauch der Religionsfreiheit. Diese wird nicht nur, sondern muß, indem sie den politischen Dominanzanspruch des Islam weiterhin undifferenziert schützt, die innere Sicherheit des Schweizer Staates zwangsläufig in Frage stellen - ein Kausalkontext zwischen modernem Relativismus und vormodernem Absolutismus, der nicht oft genug betont werden kann.

Dies um so mehr, als hier eine weitere Diskrepanz unbeachtet bleibt, die das Sicherheitsrisiko zusätzlich erhöht. Die Problematik bleibt nicht bei dem inzwischen auch breiteren Bevölkerungskreisen bekannten Defizit stehen, daß man im Islam die Grundrechte der Religionsfreiheit und weiblichen Gleichberechtigung nicht kennt, sie weitet sich insbesondere auch auf das

einziges Individualrecht aus, das es im Islam gibt, nämlich das auf Gewalt.

Die oben skizzierte Heilsbotschaft des Islam, der existentielle Erhalt der Umma durch Allahs Dauerschöpfung und die permanente, politische Lenkung der Gläubigen durch die Vorschriften der Scharia, gepredigt und erneuert in der Moschee, insbesondere in der Freitagsmoschee, verbinden sich zu einer Weltwahrnehmung, die sich vom säkularen Pluralismus und seinem demokratischen Gewaltmonopol diametral unterscheidet.

Sie verpflichten den einzelnen Muslim nicht nur auf die bloße Teilnahme an Ritus und eine latente Kampfmentalität, sondern auch auf das aktive, im Zweifel auch gewaltsame Engagement gegen innere Abweichungen, z.B. sich westlich gebärdende, unregelmäßigen oder gar keinen Moscheedienst leistende Muslime und ungehorsame Frauen, sowie natürlich solche Kreise des Nichtislam, welche durch öffentlich verbreitete Analyse und Kritik die Realisierung islamischer Interessen behindern.

Inzwischen läßt sich nicht nur in der westlichen Politik, sondern auch in den Medien ein breiter Mainstream feststellen, der parallel zum "Dialog" eine in diesem Sinne eher islam- als sachorientierte Information betreibt und kritische Analysen meidet bzw. als die bereits erwähnte "Islamophobie" bzw. "Rechtsradikalismus" bekämpft, insofern also selbst aktiver Teil des Dihad wird. Indem die betroffenen Politiker und Journalisten den Islam als Friedensreligion propagieren und seine Gewaltpotentiale aggressiv leugnen, befinden sie sich in implizitem Einklang mit den genannten Autoritäten in Kairo, Medina und Qatar.

Denn diese haben in den letzten Jahren, angeführt vom ägyptischen Großmufti, mehrfach das individuelle Recht auf Gewalt gegen alle Kräfte hervorgehoben, die sich weigern, das islamische System undifferenziert anzuerkennen.

Sie stießen weder bei den anderen Autoritäten des Islam, noch bei den Eliten im Westen allgemein bzw. in der Schweiz speziell auf Widerspruch, als sie in den letzten Jahren den "Dialog" mit Ungläubigen wiederholt als Abfall vom Glauben einstufen, der seinerseits - bei anhaltender Uneinsichtigkeit - die koranisch angeordnete Tötung nach sich zieht.

Dieser Logik entspricht ihre darauf aufbauende Einschätzung, daß die extreme Umkehrung des "Dialogs", der bewaffnete Kampf und insbesondere das Wegsprengen jüdischer Frauen und Kinder, die Zukunft des Unglaubens allgemein und der israelischen Zumutung speziell schwächt und somit als allahgerechtes Handeln gilt, das unter geeigneten Umständen sogar direkt ins islamische Paradies führt.

Daß eine solche Propaganda eine innere Konkurrenz um die islamisch korrekte Anwendung von Gewalt aktiviert, ist inzwischen auch größeren Kreisen der westlichen Öffentlichkeit bekannt.

Denn der männliche Muslim ist als Geschöpf und Stellvertreter Allahs in Gemeinschaft und Familie nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, für die Einhaltung der Ordnung, d.h. der göttlichen Vorschriften - insbesondere gegenüber den Frauen - zu sorgen. Dies unterscheidet ihn graduell, nicht substantiell, vom ausgewiesenen Islamisten, der sich auf die gewaltorientierten Handlungsanweisungen in Koran und Tradition verengt, um seine Terrortaten zu legitimieren.

Aus der absoluten Dominanz der Scharia und des individuellen Rechts auf ihre Durchsetzung ergibt sich nicht nur die Pflicht, sondern die göttlich verordnete Glaubenspflicht des Muslim, sich dem Gewaltmonopol des westlichen Staates zu entziehen, anderenfalls er sich selbst des Glaubensabfalls schuldig macht und des islamischen Heils verlustig geht.

In diesem Sinne untergräbt die Religionsfreiheit nicht nur das moderne Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, sondern konserviert und verstärkt auch innerislamisch die für alle zum Extremismus neigenden Systeme typische Kontrollmentalität. Gerade unter dem glaubenswidrigen Druck der westlichen Diaspora kommt es hier - weit mehr als in der islamischen Region - zu strikten Strukturen der Überwachung und Denunziation, zumal fast alle Muslimgemeinden

in Europa, damit auch in der Schweiz, unter islamistischer, also besonders orthodoxer Führung stehen.

Um so mehr sind sie als Sachwalter Allahs in der Gemeinschaft berechtigt und verpflichtet, möglichen Schaden von ihr abzuwenden, indem sie verfassungstreue Politiker, rechtstreue Richter, glaubenstreue Kleriker bzw. kritische Wissenschaftler und Journalisten bedrohen und bei hinreichend niedrigem Eigenrisiko auch beseitigen.

Insofern müssen sich die Eliten, soweit sie die Volksinitiative als "Sicherheitsrisiko" sehen, eine dreiteilige Frage gefallen lassen: ob sie gedankenlose Opfer einer inkompetenten Toleranzideologie sind, ob sie korruptiert oder erpreßt werden oder ob sie den Islam als Herrschaftsinstrument nutzen wollen, um sich von lästigen Mitspracherechten in der Demokratie zu befreien.

Obwohl sich die drei Möglichkeitsbereiche in einer westlichpluralen Informationsgesellschaft ständig dynamisch mischen, zumal diese unter wachsendem Einfluß islamischer Investoren steht, ist es in aller Regel nicht allzu schwer, bei näherem Hinsehen auszumachen, in welchem Fall welcher Aspekt die wesentliche Rolle spielt. Dabei läßt sich in der Regel feststellen, daß die Parteinahme für islamische Interessen um so ausgeprägter ausfällt, je klarer der/die Betroffene den maßgeblichen Eliten angehört und in deren Herrschaftsinteressen eingebunden ist.

Dies zieht erneut ihre verfassungsmäßige Legitimation in Zweifel, da ihre Position sie zwingt, sich an der Durchsetzung des Absolutheitsanspruchs des islamischen Gesetzes zu beteiligen, bestätigt durch den häufigen Einwand, unnötige "Sondergesetze" vermeiden zu wollen. Zwar läßt sich die Gesetzgebungsaktivität in der Schweizer Direktdemokratie keineswegs mit der Gesetzesflut in den EU-Nachbarländern vergleichen, doch ist allen eines gemeinsam: die unzulässige Weigerung, mit der Scharia ein Problem zu prüfen, das die Zukunft des Landes und seiner Menschen nachhaltig und unabweisbar beeinflusst.

3. Die Scharia

a) Die Totalität des Gesetzes

Um gemäß der dieser Expertise zugrunde liegenden, ganzheitlichen Betrachtung auch weiterhin die Konsequenzen hervorzuheben, die sich aus der vom Minarett über die Moschee angestoßenen Wirkungskette ergeben, ist ein abschließender Blick auf die Scharia, das Gesetz Allahs zu werfen, dessen Bedeutung für die muslimische Existenz, wie zunehmend erkennbar wird, kaum überschätzt werden kann.

In diesem Regelwerk sehen die Muslime nicht nur den irdischen Niederschlag der göttlichen Offenbarung, der das individuelle und kollektive Leben steuert, sondern auch ein umfassendes Modell, das alle Erscheinungen des Diesseits erklärt sowie die Probleme der Welt früher oder später löst und somit die natürliche Verfassung des islamischen Gemeinwesens bildet.

Die Scharia ist den Muslimen unwiderlegbarer Beweis für die Allmacht Allahs und die Wahrheit des Koran, wo die Dominanz des Islam in vielen Varianten festgeschrieben ist: "Ihr seid die beste Gemeinschaft, die je für die Menschen gestiftet wurde. Ihr gebietet, was recht ist, und verbietet, was verwerflich ist" (3/110).

In der Einleitung zu der in Kairo erscheinenden, rechtsverbindlichen "Enzyklopädie des islamischen Rechts" steht u.a. zu lesen: "Die Scharia ist der Königsweg, die gerade Straße. Allah hat sie aus seinem Wissen gestiftet; er hat die Kenntnis von ihr auf den letzten seiner Propheten ... herabgesandt und ihr so viel Kraft und Beständigkeit zugemessen, daß sie ewig bleiben wird, geschützt davor, sich zu Nichtigem oder zum Irrtum zu neigen ...

So wurde den Menschen deutlich, daß die Scharia alle Angelegenheiten des Lebens, die überhaupt auftreten können, umfaßt, seien es solche des Glaubens und des Ritus, seien es solche der Beziehungen (der Menschen untereinander), der Verwaltung, ... der Politik, der Gesellschaft, seien es die unterschiedlichen Bindungen zwischen den Individuen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft (*umma*) oder zwischen ihr und anderen ihr friedlich oder feindlich

gesonnenen Gemeinschaften ..."

Dieses totale Gesetz, dessen regulative Saugnäpfe jede erkennbare bzw. erkennbar werdende Einzelheit des Denkens und Handelns erfassen und an sich ziehen, gilt als das Manifest, als der Inbegriff dessen, was Allahs pausenloses Schöpfungswerk in der laufenden Geschichte verwirklicht. Dabei bestreiten die islamischen Gelehrten keineswegs, daß die Scharia eine außerordentliche Belastung darstellt, die ihrerseits allerdings - und dies gilt es für das westliche Denken nachzuvollziehen - genau jenen alleinigen Seinsgrund bildet, der die muslimische Existenz aus allen anderen heraushebt.

Denn gerade weil bzw. indem das Gesetz den Menschen so umfassend belastet, füllt es den Verstand absolut aus und verunmöglicht bzw. erspart ihm, überhaupt irgendwelche alternativen Denkwege beschreiten zu können, suggeriert ihm indessen zugleich, seinen Status, solange er die Angst vor der strafbewehrten Abweichung nicht verliert, als paradiesträchtiges Privileg zu betrachten.

Dieser Sachverhalt erfüllt nach Kriterien der westlichen Ideologiekritik den Tatbestand des Totalitarismus und nach Freudscher Analyse den des klassischen Sodomasochismus. Ganz ähnlich den westlichen Links-Rechts-Gewaltideologien kann hingegen auch nach islamischen Kriterien die Belastung abfallen und sich zu glückspendender Leichtigkeit des Seins wandeln. Einzige Bedingung ist, daß die minutiöse Befolgung der Vorschriften als der Heilsweg erkannt wird, der bereits im Diesseits auf das Jenseits vorbereitet, seinerseits jedoch wiederum den Gehorsam gegenüber der islamischen Obrigkeit voraussetzt, deren Legitimation ihrerseits allein auf der Durchsetzung der Scharia beruht.

So verstanden, klingt das koranische Versprechen logisch, nach dem es "keinen Zwang im Glauben" gibt (2/256), oder anders ausgedrückt: Der Muslim lebt, um Regeln zu befolgen, die um so verbindlicher sind, je effizienter sie dem Bestandserhalt dienen - ein Zusammenhang, der an biologische Schutzmechanismen erinnert und in der elektronischen Netzwerktechnik "Schwarmlogik" heißt.

In der islamischen Variante dieser Logik hat Allah den Verstand des Menschen geschaffen, um sein Gesetz zu erfüllen, was ihn wiederum dazu befähigt, ein effizientes Modul im schariatischen Netzwerk zu sein, aber eben nur dort und nicht anderswo, insbesondere nicht dort, wo Religionsfreiheit herrscht.

Ästhetisch sehr eindrucksvoll schlägt sich die Schwarmlogik in der uniformen Verhüllung der Frauen nieder, die durch das vom Mann bewachte, optische Signal bestätigen, kein Individuum zu sein, zumindest keines, das Rechte über den Status hinaus beanspruchen kann, Teil des biologischen Bestandserhalts der Umma zu sein. So tritt die Scharia auch als eine Art Naturgesetz hervor, das die muslimischen Männer dazu zwingt und unter westlicher Religionsfreiheit weiter zwingt, wie Kopisten der Bienenkönigin zu handeln.

Im Kreislauf von Werden und Vergehen, von Zeugung und Tod bilden sie eine interessante Umkehrung, die männliche Version eines "Bienenkönigs", dem das gesamte islamische System funktional und sexuell zuarbeitet. Harem, Polygamie, Konkubinat, Zeitehe sind bis heute wirksame Einrichtungen, die unter Nutzung der jeweils verfügbaren Finanzkraft die kollektive Sexualkraft zur optimalen Fortpflanzung der Gemeinschaft zum Einsatz bringen.

Dieser Form von biologisch bestimmter Schwarmlogik entspricht um so leichter verständlich die Regel, der zufolge der Koitus - noch vor dem Gebet - die oberste Priorität des Gottesdienstes bildet. Ungläubige Reaktionen der "Ungläubigen", die sich nicht vom "Dialog", sondern von Muslimen über ihren Glauben informieren lassen, werden rasch durch die zusätzliche Aussage zerstreut, der zufolge es sich bei Frauen um "Saatfelder" handelt, denen nach koranischer Anweisungen der Samen in jeder Lebenslage "einzupflanzen" ist.

Auch hier bestätigt sich das Bienenbeispiel, indem die weibliche Sexualität und ihr Geburtsmonopol unter die unbeschränkte Verfügungsgewalt des männlichen "Bienenkönigs" gestellt

werden. So wie die Bienen im eigenen Interesse Honig sammeln und damit das Bestäubungssystem der Natur unterstützen, so sorgt im Rahmen des islamischen Sexualsystems und Umma-Erhalts das auf Nachkommen fixierte Koitusinteresse für eine umfassende Befruchtungsökonomie, die ihre aktuelle Wirksamkeit durch den Grad der Verhüllung signalisiert.

Der Universalgelehrte Al-Ghazali (gest. 1111), auch auf diesem Gebiet bis heute anerkannte Autorität, hatte mit genialem Blick die politische Bedeutung der Sexualität als Netzwerk bzw. "Apparat" erkannt, in dem sich Mann und Frau rasterartig "und ohne Rückhalt" aufeinander zuordnen, "denn der Geschlechtstrieb ist nur geschaffen als wirkender Anreiz, welcher gewissermaßen die Aufgabe hat, beim männlichen Teil die Ausstreuung des Samens und beim weiblichen dessen Aufnahme ins Erdreich zu veranlassen ...

Wenn also Allah den ausdrücklichen Befehl gegeben *und ohne Rückhalt* gesprochen hat, so gilt von jedem, der das Heiraten unterläßt, daß er die Bestellung vernachlässigt, das Saatkorn verderben und den von Allah geschaffenen Apparat unbenutzt läßt" (Mernissi, *Geschlecht-Ideologie-Islam*, 9 ff.).

Diese so technische wie bei der Masse "naturgemäß" zumeist unbewußte Verhaltensweise rechtfertigt im Grunde alles, mithin auch den Inzest. Da die bestrafende Vergewaltigung - im Zweifel auch Tötung - selbstbewußter Töchter bzw. Schwestern zum vom Recht abgesicherten Brauchtum des Islam gehört, bildet der Inzest im Arab Human Report der UNO regelmäßigen und statistisch ansteigenden Anlaß zur Sorge.

b) Islamisches Wissen und die Grundrechte

Abgesehen davon, daß ein solch lückenloses Modell wenig Platz für alternative Ethik- bzw. Staatssysteme zuläßt, geschweige denn solche mit schrumpfender Reproduktion, kann nicht verwundern, daß es auch mühelose Lösungen für alle Fragen der Wissenschaft bereithält, die im Westen erst durch eine jahrhundertelange Entwicklung der Forschung erarbeitet werden mußten.

Da in Koran und Tradition alles jemals mögliche Wissen bereits vorgeformt angelegt ist, entstand die Doktrin vom optimalen Glaubenswissen, das den Islam zum Maß aller Religionen und die Umma zum Maß aller Gesellschaften machte.

Im Gegensatz zu den im Westen - zumindest nominell - geltenden Regeln des Menschen- und Völkerrechts haben alle anderen Kulturen somit keinen Eigenwert, der irgendeinen Respekt, geschweige denn juristische Anerkennung verdient, weil ihre Weltsichten vom Islam abweichende und damit schlicht falsche Kriterien zugrunde legen. In dem Maße allerdings, in dem eine Kultur sich politisch unterwirft bzw. Errungenschaften hervorbringt, die aus Islamsicht wichtig und nützlich sind, stimmt diese Kultur mit eben jenem ewigen Wissensgrund des Islam überein, in dem Allah bekanntlich alles Wissen niedergelegt hat.

Alle nichtislamischen Erkenntnisse, Erfindungen und Produkte, soweit sie sich als islamisch nützlich erweisen, ergeben sich also nicht aus der Kreativität der jeweiligen Kultur, sondern konnten nur entstehen, indem diese sich unbewußt den islamischen Wissensgrund zunutze machte. Aus solcherart fixierter Perspektive erscheint jede fremde Kulturleistung als Plagiat, das Allah allerdings gezielt durch die Ungläubigen zustande kommen läßt. Denn um so deutlicher kann der Islam als Höchst- und Herrenstufe der Kultur hervortreten, der die anderen Kulturen als tributpflichtige Unterformen dienen und zuarbeiten.

Mit anderen Worten: So wie der spätere Organismus genetisch im befruchteten Ei präexistiert, und - als westliche Beispielsvariante - die "Vorsehung" der Geschichte die Nazis als genetische "Herrenrasse" der Welt programmiert hatte, so ist auch die Entwicklung der Welt von Adam bis zum Endgericht im Islam angelegt und ihre Beherrschung durch die Scharia "vorgeesehen". Bei einer derart aprioristischen Universalität, die sich jeder anderen Existenzform vorschaltet und durch nichts und niemanden beschränkbar ist, erscheint kaum erstaunlich, daß sich ihrem politischen Anspruch auch die islamische Wissenschaft selbst beugen mußte.

Im Hinblick auf die frühen Eroberungen und die zentrale politische Bedeutung der erweiterten "4M-Wirkungskette" Minarett - Muezzin - Moschee - Mihrab erstaunt ebenso wenig, daß sich die islamischen Gelehrten ganz besonders intensiv mit Fragen der Gebetszeit und Gebetsrichtung beschäftigt haben. Der islamische Tag beginnt mit dem Abend, genauer mit dem Sonnenuntergang, weil der Mondkalender gilt und der Monat mit dem ersten Erscheinen des Neumondes nach Sonnenuntergang anfängt.

Das bedeutet auch, daß sich die Gebetszeiten nach dem Stand der Sonne bzw. bestimmter Gestirne richten und somit nach Jahreszeiten und geographischen Zonen variieren. Zu weit verbreiteten Einrichtungen wurden das Astrolabium und die Sonnenuhr, deren Schattenwurf die örtliche Gebetszeit anzeigte.

Dieser Zeitbegriff, den man auch "Temporalzeit" nennt, entspricht der Dauer des Tageslichts und zentriert sich um das Mittagsgebet (*zuhr*), dem das Morgengebet (*duha*) um etwa drei "Temporalstunden" vorangeht und das Nachmittagsgebet (*asr*) um den gleichen Zeitraum verzögert nachfolgt. Da die Zeiten des Lichts und der Dunkelheit in der Regel ungleich sind, entwickelten die Inder - nicht die Araber - eine Formel, welche die Zeit der Temporalstunden vor dem Aufgang bzw. nach dem Untergang der Sonne in ein Verhältnis zur Schattenverlängerung durch das Gnomon (Zeigerstab der Sonnenuhr) bringt.

Das Gebot der Uniformität förderte bis zum 13. Jahrhundert zwar eine hochentwickelte Kartographie und Astronomie, die aber den Nachteil mit sich brachte, den örtlichen Machthabern das Mittel der Gebetskontrolle zu beschneiden. Es entstand der Berufstand des "Zeitmessers", der in ihrem Auftrage den jeweiligen, regionalen Muezzinen vorgab, wann sie die Gläubigen zum Gebet zu rufen hätten. Dabei zogen sie eher magische Praktiken der Astrologie vor, mit denen sich das Volk mehr beeindrucken und führen ließ als mit komplexen Abstraktionen.

So mußten detaillierte Zeitzonenlisten mit Hunderttausenden von Raum-Zeit-Einträgen weitgehend ungenutzt bleiben, die große Geister des Islam, u.a. auch Al-Khwarizmi (gest. 850), der Entdecker der Quadratgleichungen, entwickelt haben. Der Grund war damals schon wie auch heute der gleiche: die Abneigung gegen nichtislamische Wissenschaft, vor allem solche, die nichtislamischen Zwecken dient.

Daraus machte der jemenitische Jurist Al-Asbahi vier Jahrhunderte nach Al-Khwarizmi keinerlei Hehl: "Man soll die Gebetszeiten nicht vom Astrolab ablesen oder durch Astronomen berechnen lassen; nur ein Blick (zum Himmel) kann sie bestimmen ... Die Astronomen gründen ihr Wissen auf Euklid, die Ausleger des *Sindhind* (indisches Astronomie-Handbuch), Aristoteles und die Philosophen - alle waren Ungläubige". (King, Astronomie und Mathematik als Gottesdienst - das Beispiel Islam in: Brüning/Knobloch (Hrsg.), Die mathematischen Wurzeln der Kultur).

David King schreibt an vorstehend zitierter Stelle: "Der Islam kann mehr als jede andere Kulturreligion auf wahrhaft bedeutende wissenschaftliche Errungenschaften zurückblicken, die auf die Erfordernisse der Religionsausübung ausgerichtet waren". Da die Religion indessen immer auch politisches Machtmittel war und weiterhin ist, waren es zu allen Zeiten die Autoritäten des Rechts als des dominanten Bereichs des Islam, die darüber befanden und nach wie vor befinden, ob und inwieweit eine "Neuerung" zugelassen werden konnte bzw. kann.

Die weltweite Umma besteht inzwischen aus weit über einer Milliarde Menschen, deren große Mehrheit nach wie vor vom Tageslicht strukturiert wird und sich somit in täglich um die Erde rollenden, gemeinsam auf die Kaaba richtenden Wellen vor Allahs Natur- und Gesetzeskraft niederwirft. Nach den hier vorgestellten Bedingungen ist es leicht vorstellbar, daß ihre Anhänger einen um so wichtigeren Machtfaktor bedeuten, je ungestörter ihr Gesetz mit der Wirkungskette Minarett, Muezzin, Moschee, Mihrab zur Geltung kommen kann. Ebenso läßt sich verstehen, wieso Muhammad als der universalen Zentralfigur im Laufe der letzten Jahrhunderte eine besonders stark ansteigende Verehrung zugewachsen ist.

Um die Frustrationen durch die europäische Wissenschaft und Waffentechnik zu kompensieren, nahm er in der Moderne um so gottähnlichere Formen an, je weiter der Islam hinter die Entwicklung des Westens zurückfiel. Als Beweis für die unübersteigbare Weisheit des Verkünders wird aus dem riesigen Bestand der Überlieferungen oft die vielen Gläubigen geläufige "Fliegen-Tradition" zitiert.

Danach soll jeder, dem eine Fliege ins Getränk fällt, diese ganz hineintauchen. Muhammads wissenschaftliche Erkenntnis, die mit wachsender Bedeutung des Islam auch generell wieder an Aktualität gewinnt, kommt hier aus den zwei Flügeln der Fliege, die der Überlieferung zufolge einerseits Krankheit und andererseits Heilung bringen. Wer also - aus welchen Gründen auch immer - das Eintauchen verabsäumt, schlägt die hygienische Expertise des Verkünders in den Wind, die garantiert die Gefahr der Infektion verringert, und macht sich mithin eines ersten Frevels schuldig, der allenfalls durch verstärkte Gebetsaktivität ausgeglichen werden kann (vgl. Nagel, Allahs Liebling, 27).

Erst wenn die strenge, aus westlicher Sicht absurde Kasuistik des islamischen Rechtsdenkens verstanden ist, das in alle möglichen und auch unmöglich erscheinenden Winkel des menschlichen Lebens vordringt, lassen sich auch die Probleme erahnen, die sich für den gläubigen Muslim im "Dialog" mit anderen Kulturen aufbauen.

Wenn schon die eigenen Kulturleistungen verworfen und viele ihrer Urheber in den Kerker geworfen oder einfach getötet wurden, weil sie Allahs Einzelvorschriften verallgemeinerten - wie vehement muß dann erst der Widerstand werden, wenn es um fremde, z.B. westliche Gesetze geht, also um die Vorschriften der "Ungläubigen", die Allahs Wissensgrund und Verfügungsgewalt in Frage stellen oder zumindest einschränken?

Al-Biruni (gest. 1048), einem der größten Astronomen und Geographen des Islam überhaupt, war das Dilemma sehr geläufig, das seiner Wissenschaft aus dem Unterschied zwischen objektiver Erkenntnis und ihrer subjektiven Anwendung durch die politischen Machthaber ebenso entstand, wie es sich heute in der proislamischen Gleichschaltung des "Dialogs" wiederholt:

"Wir möchten hervorheben, wie wichtig es ist, die Gebetsrichtung zu ermitteln, damit das Gebet - die Säule des Islam - nach den Vorschriften verrichtet werden kann ... Manche Gelehrten beschäftigen sich mit nebensächlichen Fragen, etwa aus welcher Richtung der Wind blase, in welchem Haus der Mond aufgehe. Wenn schon die Astronomen die Gebetsrichtung schwer bestimmen können, wie viel schwerer muß dies den Laien fallen" (King, 119).

Dabei ist erneut auf das muslimische Geschichtsbewußtsein zu verweisen, das sich das "Modell von Medina", die Urgemeinde des Verkünders, ständig vergegenwärtigt. In dieser Hinsicht verähnlichen sich auch die Akteure des westlichen "Dialogs" mit ihrem politreligiösen Vorbild. Denn ihr Denken erschöpft sich nicht in der permanenten Suche nach Verordnung des islamischen Guten, sondern erstreckt sich auch auf die Suche nach dem westlichen Bösen, die fast ebenso weit in die Geschichte zurückgreift und ihre zeitlose Vergegenwärtigung in den Kreuzzügen findet.

Gleichwohl entgehen auch sie dem Humor der islamischen Art nicht, solange sie auch nur die geringsten Abstriche am islamischen Dominanzanspruch machen. Diese Humorform besteht darin, sich über den grotesken Versuch lustig zu machen, die plagiatorische Forschung mit dem unermesslichen Vorsprung eben dieses von Allah geschaffenen Wissens vergleichen, geschweige denn seine Gemeinschaft unter fremde Verfügungsgewalt stellen zu wollen, die sich nicht allen Forderungen beugt, also gar keine Verfügungsgewalt sein kann.

Wer die Muslime ernst und ihren politischen Glauben zur Kenntnis nimmt, wird durchaus auch die Berechtigung für diese Art von Belustigung sehen. Denn ausschlaggebend für das Verständnis des Islam ist die zentrale Botschaft Allahs, niedergelegt in Muhammads Tradition, nicht nur der Herr der Geschichte, sondern *die Zeit selbst* zu sein (EI II, 95). Zeit gibt es

jedoch nur im Bewußtsein der Menschen, so daß wer an ihn glaubt, unmittelbar integraler Bestandteil seiner Botschaft und Teilhaber seiner Macht- und Gewaltlegitimationen wird.

Im Gegensatz zum westlich-säkularen Menschen, der die Zeit aktiv zu verwalten glaubt, ist der Muslim weiterhin von der Temporalzeit der Gebetsstruktur erfaßt, über die ihn Allahs Gesetz steuert. "Ich habe keine Zeit", im Westen die wohl häufigste Bemerkung, ist für den gläubigen Muslim schlicht undenkbar, weil er damit über Allah verfügen würde.

Genau das will und kann er jedoch nicht, weil er damit als Individuum der Heilsmöglichkeit und im Kollektiv der Machtsicherheit hinsichtlich der Dominanz des Islam über den Unglauben verlustig ginge.

Daraus folgt auch und besonders, daß da der Islam Politik und Religion nicht trennt, alle nichtislamischen Systeme nicht nur als politisch und kulturell, sondern auch als religiös minderwertig einzustufen sind. Dies schlägt sich in einer inzwischen auch breiteren Bevölkerungskreisen bewußt werdenden Abwertung des Juden- und Christentums nieder, die sich auf deren säkulare Nachfolgerin, die grundrechtsorientierte Demokratie, übertragen hat. Obwohl sich die Europäer längst von ihrer Religion als primären Deutungssystem getrennt haben, sehen die Muslime sie weiterhin als "Christen", weil Koran und Tradition keine andere Wahrnehmungsebene zulassen.

Der gängige "Dialog" interpretiert diesen Vorgang als "Toleranz", weil nach koranischer Doktrin Juden und Christen ihre Tötung durch demütige Zahlung einer Steuer vermeiden können, ein "Privileg", das den "normalen" Ungläubigen verweigert wird. Der proislamischen Verähnlichung entsprechend, folgen die Dialogführer auch hier ihren muslimischen Taktgebern, indem nicht wenige von ihnen die westliche Forderung nach demokratischer Integration der Muslime als "christlichen Fundamentalismus" einstufen.

Wenngleich die koranischen Regeln natürlich nicht zu allen Zeiten gleichmäßig beachtet wurden, so haben sie doch zu einer generellen, islamweiten Unterdrückung und Dezimierung dieser Minderheiten geführt.

In den arabischen Ländern schlug sie sich in einer schleichenden und in der "säkularen" Türkei in einer eliminatorischen Juden- und Christenverfolgung nieder, die im Armeniergenozid kulminierte und im vergangenen Jahrhundert die Juden in den Untergrund und den Anteil der christlichen Bevölkerung von einem Viertel auf nahe Null drückte.

Indem das islamische System alternative Denk-, Kultur- und Religionswege weitgehend verschließt, damit aber in der westlichen Diaspora besonders intensiv konfrontiert wird, spielt die Frage der Freiheit von Religion und Gewalt sowie insbesondere auch der Gleichheit der Frau eine entsprechend wachsende Rolle.

Das fundamentale Konfliktpotential der Scharia läßt sich also nach allem, was hier vorgelegt wurde, kaum dadurch entspannen, daß man seine Bestätigung, Ausbreitung und ständige Verschärfung durch Minarette, Moscheen und Kulturzentren fördert, deren Islamizität sich zwangsläufig gegen die nichtislamische Umgebung richten muß.

Ganz im Gegenteil: Mit der Toleranz für die islamische Unfreiheit, die sich in der totalitären Reglementierung durch die politische Religion niederschlägt, unterlaufen die westlichen Dialogführer die von der Verfassung garantierten Grundrechte. Sie bestärken die orthodoxen Eiferer in der Verfolgung jener Muslime, die ihre Religion privatisieren oder zumindest in liberalerem Sinne auslegen wollen, damit aber bereits als "Apostaten" gelten, als Abtrünnige vom Glauben.

Da die Scharia - als Reaktion auf den westlichen "Unglauben" und ermuntert durch den "Dialog" mit einer demokratiefernen Politik - nicht nur in der Schweiz, sondern überall in Europa vital auflebt, geraten immer mehr Muslime der liberaleren Art unter den Gesinnungsdruck, nicht selten auch physischen Druck ihrer "Glaubensbrüder". Diese können sich auf die gesamte Wucht ihrer Tradition stützen, wenn sie die Bestrafung der "laschen Heuchler" oder gar

offen Abtrünnigen verlangen.

Während der Koran die Bestrafung ins Jenseits verschiebt, weil "alles Gold dieser Erde" den Abfall auch nur eines einzigen Muslim nicht aufwiegen kann (111/85), leitete man in der Tradition schnell zur Todesstrafe über. "Wer seine Religion verläßt, den tötet", lautet eine viel zitierte Anweisung Muhammads, die wie alles andere in der Überlieferung auch rechtlich verbindliche Bedeutung erlangt hat.

Neben der offiziellen Tötung durch Enthaupten, Hängen oder Steinigen hat in jüngerer Zeit wieder die islamtypische Selbstjustiz durch Erstechen oder Erschießen zugenommen, wobei vereinzelt auch die einst von Muhammads Lieblingsgattin Aischa empfohlene Kreuzigung vorkommt. Der "Ehrenmord" ist eine Sonderform dieser nicht nur legitimen, sondern obligatorischen Selbstjustiz, die den Status des Mannes als Stellvertreter Allahs und damit als Ankläger und Richter in einer Person mehr als eindringlich deutlich macht.

Im Westen eher zögernd zur Kenntnis genommen und gerichtlich oft unter, wie es heißt "kulturbedingten", mildernden Umständen geahndet, genießt auch die innerislamische Selbstjustiz und Mißachtung des rechtstaatlichen Gewaltmonopols den zumindest impliziten Schutz der Religionsfreiheit.

Er wird in dem Maße explizit, in dem die Scharia sich auf westlichem Rechtsboden etabliert und ihre Dominanz durch Minarette und überdimensionierte Prachtmoscheen optisch verkündet, entsprechend im Bewußtsein der Menschen verankert, durch die "Freitags-Gebete" als aggressive Politik verstetigt und sich innerhalb des westlichen Rechtssystems als unverkürzte, souveräne Gewaltform legitimiert, wie sie seit Muhammad legitim ist.

Einer zunehmend islamorientierten Westpolitik könnte sie dagegen willkommen sein, weil sie sich - oft als "Mißbrauch des Islam" verschleiert - zum Mittel der kombinierten Drohung und Täuschung eignet, das den Eliten undemokratische Machtkompetenzen gegenüber den Grundrechten der nichtmuslimischen Mehrheit verschafft. Da man sich dabei ständig auch auf die UNO beruft, wird allerdings unfreiwillig deren grundsätzliche Achillesferse erkennbar. Denn die Eliten der "Völkergemeinschaft" haben sich inzwischen - unter dem wachsenden Einfluß der nichtwestlichen Staaten allgemein sowie der islamischen Staaten speziell - von ihrem ursprünglichen Konzept des universalen Menschenrechts weit entfernt.

Nach dem Scheitern ihrer "Menschenrechtskommission" 2006 soll nun der ersatzweise gegründete "Menschenrechtsrat" dafür sorgen, daß sich die Staaten auf "Augenhöhe" und in "gegenseitigem Respekt" darauf verständigen, was unter Menschenrechten zu verstehen ist. Mit derlei Floskeln setzt sich allerdings nur die bewährte "Dialog-Tradition" fort, die eine neue Phase der Wahrnehmung islamischer Interessen einläutet.

Nun sind es die Menschenrechte, die nicht mehr in der Unantastbarkeit der Person, sondern in der wachsenden Unantastbarkeit partikularer Interessen bestehen sollen. Nachdem bereits der Wirtschaft generelle Mitsprache darüber eingeräumt wurde, inwieweit Menschenrechte zu hinterfragen sind, wenn sie in unzumutbarer Weise die Investitionen beeinträchtigen, melden sich immer mehr Staaten zu Wort, die sich durch die "Menschenrechtsarroganz" des Westens in ihrer Souveränität eingeengt sehen.

Sie übernehmen die oben angesprochene Strategie der Kairoer Scharia-Orientierung von 1991, werden darin allerdings auch durch westliche Politikerinnen unterstützt, auf deren Schweizer Variante wir in der abschließenden Wertung eingehen.

Unschwer erkennbar ist die Scharia und ihr Absolutheitsanspruch nicht nur der perfekte Prüfstand, auf den das islamische Menschenrecht auf Gewalt zu stellen ist, sie ist auch das Paradeponier dessen, was die funktionalistische Gesellschaftsanalyse "Kontingenzbewältigung" nennt. Indem Allah die Welt permanent neu schafft, kann zwar die Kontingenz, d.h. die Unübersichtlichkeit der Welt, nicht beseitigt, aber doch auf jenes überschaubare Maß an Kontinuität reduziert werden, das sich durch die Einordnung in das schariatische Regelsystem ge-

währleisten läßt. Mithin wird der vehemente Widerstand der Muslime gegen Menschenrechte und Wissenschaft verständlich, die beide auf jeweils unterschiedlich universalistische Art dem Universalismus des Islam Konkurrenz machen.

Insofern erscheinen auch die westlichen "Dialog-Eliten", welche die "authentische" Installation des Islam predigen und seine demokratische Integration als "Fundamentalismus" ablehnen, als eine Art Neo-Missionare, die ihrerseits nun im Islam eine Chance sehen, ihre eigene, in pluralistischer Kontingenzangst gebrochene Weltsicht zu stabilisieren. Darauf deutet nicht zuletzt ihre extrem vereinfachte Sprache hin, die mit dem "Frieden des Islam", "Respekt vor dem Islam" etc. sowie durch die strikte Vermeidung von "Feindbildern", "Generalverdächtigungen" und "Sondergesetzen" die Welt hinsichtlich der islamischen Gewaltpotentiale offenbar bewältigbarer machen soll.

Notwendigerweise bedingt diese Art von proislamischer Privilegierung eine steigende diskriminatorische Energie gegenüber der Gesamtbevölkerung, die bei weiter anhaltender Unterdrückung der offenen, politischen Diskussion das herkömmliche Konzept des Menschen- und Völkerrechts sowie damit die Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aushöhlt.

Da den Muslimen dieser Vorgang als der unmittelbare Beweis für Allahs unbeschränkbare Weisheit und Macht gilt, verstärken sie auch ihre Anstrengungen, das Zurückweichen der westlichen Institutionen und Verwaltungen durch immer weiter gesteigerte Forderungen zu nutzen.

Um so klarer kann sich somit auch ihr tausendjähriges Glaubenswissen bestätigen: Außerhalb des Islam gibt es weder das Heil noch irgendeine alternative Wissensquelle, welche die Realität "vernünftig" beschreiben könnte. Demgemäß gibt es auch außerhalb der Scharia keinerlei Staatssystem, das in irgendeiner Form dem Menschen mehr Halt, geschweige denn Würde verleihen könnte.

Es ist ausschließlich der Islam, der mit der wahren Lehre auch den wahren Menschen formt, der somit allen anderen Menschen turmhoch - oder eben minaretthoch - überlegen ist.

Jede(r) westliche Politiker(in), der/die sich mit der Frage der Integration muslimischer Menschen beschäftigt, muß dieses aus islamischer Sicht unverrückbare Faktum berücksichtigen. Wer für die demokratische Integration der Muslime eintritt, muß die fundamentale Bedeutung der Scharia verstanden haben, wenn er/sie sich nicht durch undifferenzierte Religionsfreiheit zum muslimischen Missionar machen und zugleich als gewählte(r) Volksvertreter(in) delegitimieren will. ...

III. Fazit und Wertung

... Gegenstand dieser Untersuchung war es, darzustellen, welche Gründe, Motive und Bedingungen es sind, die die innerislamische Dynamik bestimmen, inwieweit sie sich im Minarett unzulässig manifestieren und welche Konsequenzen sie für die Geltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie das Begehren der Volksinitiative haben.

Da die offizielle Politik diese Themen bislang nicht nur restriktiv, sondern in einer die Öffentlichkeit fortgesetzt desinformierenden Weise behandelt hat, waren sie in gutachterlich besonders detaillierter Form darzustellen.

Nach den hier vorgestellten Ergebnissen steht fest oder sprechen zumindest hinreichend bedeutsame und nachhaltige Aspekte dafür, daß ein Staat bzw. von ihm beauftragte Institutionen, die eine öffentliche Diskussion über und Mitsprache bei staatlich relevanten Widersprüchen unterbinden, wie sie der Islam in sich seit Jahrzehnten steigernder Weise aufwirft, sich von ebenso fundamentalen Grundsätzen der eigenen Verfassung entfernen müssen, indem sie sich in gleichem Umfang von der Absolutheit des theokratischen Deutungsmodells, vorliegend der koranischen Staatsverfassung, erfassen lassen.

In Würdigung dieses Sachverhalts und unter Berücksichtigung des UNO-induzierten Menschenrechtsdilemmas ist die Beweislast umzukehren:

Nicht die Volksinitiative hat zu beweisen, daß ihr Begehren des Minarettverbots bestimmte Grundrechte verletzt, sondern die Regierung der Schweiz hat zu beweisen, daß eine etwaige Ablehnung dieses Begehrens drei Hauptbedingungen erfüllt: die Übereinstimmung mit der Schweizerischen Verfassung, die sich daraus ergebende, nachhaltige Sicherung des inner-schweizerischen Friedens sowie die Kompatibilität mit dem ursprünglichen Text und Geist der UNO-Charta, d.h. nicht mit dem Gesinnungsopportunismus, den sich der "Menschenrechtsrat" zur Grundlage gemacht hat.

Dieser Nachweis hat vor allem den unabweisbaren Beleg dafür zu enthalten, daß es sich beim Islam - wie vom "Dialog" unentwegt behauptet - um eine Religion des Friedens handelt, der weil ihr von Anbeginn eingewurzelt, nicht nur eine kulturelle Bereicherung, sondern auch eine unverzichtbare Stütze des inneren Friedens darstellt. Denn deren authentische, d.h. unveränderte Installation wäre politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich nur dann vermittel- und verantwortbar, wenn sie qualitative Verbesserungen in diesen Bereichen, vor allem auch für das innerstaatliche Verfassungsverständnis, bewirken könnte.

Um so notwendiger würde es, den Beleg dafür durch Erläuterungen zu ergänzen, die den Bürgern verständlich machten, warum es in den islamischen Staaten bislang - nach über einem Jahrtausend - weder historisch noch aktuell gelungen ist, den Qualitätsnachweis einer überlegenen, d.h. insbesondere gewaltarmen Gesellschaftspraxis zu erbringen. Der in diesem Kontext oft vorgebrachte Einwand, auch der Westen habe seine Gewalttradition, die von den Kreuzzügen bis zum US-Irakkrieg reiche, ist von gleicher Qualität wie der "Eurozentrismus": Er ersetzt die argumentative Sachdiskussion durch Ideologie.

Das wichtigste Ergebnis der Umkehrung der Beweislast besteht nicht darin, den Vertretern des Islam undemokratisches Dominanzstreben nachzuweisen, sondern darin, den Repräsentanten des Schweizerischen Staates nachzuweisen, die Souveränität ihrer Verantwortung nicht auf alle Bürger gleichermaßen anzuwenden, sondern in bezug auf die Interessen des Islam selektiv auf dessen Vertreter zu übertragen.

Sollten sie auf dieser Strategie beharren, hätten sie den Bürgern ebenso zu erklären, warum sie die Verfassung - zumindest in bezug auf die Minderheiten allgemein und den Islam speziell - als für sich nicht mehr verbindlich betrachten. Der in diesem Kontext oft vorgetragene Grund des erwähnten "Eurozentrismus" geht natürlich in dem Maße ins Leere, in dem man glaubt, letzteren durch einen Islamozentrismus oder sonstigen "Ismus" aufheben zu können, es sei denn, es gelänge, den Bürgern zu erläutern, warum wie der Schweiz z.B. von Saudi-Arabien, Mauretanien und Iran vorgeworfen, es "Rassismus" ist, wenn man die muslimischen Zuwanderer nach geltendem Recht integrieren will.

Die Regierung wäre daher gut beraten, die Volksinitiative als eine Möglichkeit zu nutzen, das Schlagwortarsenal des "Dialogs" als das zu erkennen, was er nach den bisherigen Ergebnissen und auch nach den nominellen Maßstäben der UNO ist: eine staatsbürgerliche Farce, die eine seriöse Sachdiskussion verhindert, ausgewiesenen Islamisten ein Forum bietet, das sie der Mehrheitsbevölkerung zugleich verweigert, damit die soziale Ausgewogenheit blockiert und insgesamt die Sicherheit des Landes gefährdet.

An diesem Befund wird sich nichts ändern, solange man nicht fähig und bereit ist, den Muslimen ihre Rechte im Sinne einer Zweibahnstraße zu erklären. Vorausgesetzt, die Schweizer Demokratie ist intakt, sind die Verfassungsrechte nicht ohne die Beachtung verbindlicher Pflichten - Dominanzverzicht, Religionsfreiheit, rechtsstaatliches Gewaltmonopol, Frauenrechte - zu haben.

Wie der oben zitierte Orientalist Nagel schreibt, "fehlt den Wortführern der muslimischen Zuwanderer natürlich jeglicher Beweggrund, der Abneigung ihrer Glaubensgenossen gegen den Säkularismus entgegenzuwirken und auf die Anpassung islamischen Denkens und Fühlens an den Grundkonsens der aufnehmenden Gesellschaft hinzuarbeiten.

Denn je weniger dies geschieht, desto sicherer können sie die Rolle der Schiedsmänner zwischen der - angeblich von der Mehrheitsgesellschaft mißverstandenen - muslimischen Minderheit und den einheimischen politischen, kirchlichen und publizistischen Führungsschichten behaupten. Den Vorstehern der Moscheevereine, den Leitungsgremien der vielfältigen muslimischen Vereinigungen wächst auf diese Weise eine öffentliche Bedeutung zu, deren sie sich in ihren Ursprungsländern schwerlich erfreuen könnten" (Allahs Liebling, 29).

Gleiches trifft auch auf die Führer des westlichen "Dialogs" zu: Sie könnten sich schwerlich ihrer Bedeutung erfreuen, wenn sich die Öffentlichkeit nicht mit pauschalen Vorurteilen und Toleranzkommandos abspeisen ließe, sondern ihrerseits die Kompetenz besäße, ihnen die Maßstäbe der politischen und intellektuellen Redlichkeit abzuverlangen. Ohne eine kontroverse Dialogkultur, die sich auf Argumente der Sache und der Logik einläßt, hätte sich das heutige Europa weder als politisches Gebilde, noch als zentraler Impuls des Westens in Wissenschaft, Philosophie und Kunst entwickeln können.

Wenn den Eliten an einem regulären Machterhalt gelegen ist, müssen sie sich auch auf die Grundregel der Macht einlassen, die immer auf Güterabwägungen hinausläuft, vorliegend zwischen der aufgeklärten Kulturtradition Europas in Gestalt ihrer Schweizerischen Version und einer diktatorischen Islam-Moral, die dazu zwingt, zumindest teilweise zu vormodernen Herrschaftsmethoden zurückzukehren. Letztere passen zwar in das Holzschnitt-Denken der saudischen Wahhabiten und iranischen Mullahs, sind aber zum Beispiel den ebenso machterprobten Emiratseliten eher unangenehm, weil sie ihre Absichten zu durchsichtig erkennen lassen.

Ihre langfristig angelegte Strategie der scheinbaren Verwestlichung, die mit bombastischen Hotelbauten und ins Meer geschütteten Inseln in Palmenform den Golf zum Touristenmekka der Zukunft stilisieren, den "Respekt" vor dem Islam durch schieren Reichtum und Luxus anstreben und dabei den Dihad weiterhin verdeckt subventionieren, gerät durch die aggressive Ungeduld der "Glaubensbrüder" ins Zwielficht. Aus der "gemäßigten" Golf-Sicht bleibt zu hoffen, daß diese Trübung wieder durch den aktuellen Superbau aufgehellt wird, durch den Tausendmeter-Turm von Dubai, der das Mega-Minarett des Weltislam werden soll.

Wer im Westen ungeprüfte Religionsfreiheit für den Islam gewährleistet sowie Moscheen und Minarette errichtet bzw. ihre Errichtung fördert, ohne die Funktion der islamischen Religion und ihres schariatischen Rechtskodex als politisches Lenkungssystem zu berücksichtigen, leistet der Rechtsspaltung und damit einem Staat im Staate Vorschub.

Da die Religionsfreiheit für den Islam auch dessen gegen jede nichtislamische Kultur gerichtete Aggression fördert, verstößt sie gegen die immer hohler klingenden Grundregeln des interkulturellen Dialogs, eignet sich aber andererseits - hinreichend verschleiert und über gleichgeschaltete Medien oft genug wiederholt - als Machtinstrument für Eliten, die mit dem Diktat einer exklusiv islambezogenen Toleranz die demokratischen Mitspracherechte ihrer Bevölkerungen aushebeln wollen.

Ein vitales Beispiel für diesen Politikstil lieferte die Schweizerische Bundesrätin Madeleine Calmy-Rey. Sie machte sich im Mai 2008 zum Sprachrohr jener Tendenz, die den innergesellschaftlichen Interessenausgleich außer Kraft setzen will. Sie stufte nicht nur die Volksinitiative als "Sicherheitsrisiko", sondern auch die muslimische Minderheit als "Gefahr" ein, weil hier jede Einschränkung "falsch verstanden" werden könne.

Wie sie weiter ausführte, gehe es um die Vereinbarkeit der Initiative mit den Bestimmungen der Bundesverfassung. Dort seien die Glaubensfreiheit und das Recht auf freie Religionsausübung gewährt.

Klarer hätte die Bundesrätin ihr Dilemma speziell und das der Eliten allgemein nicht formulieren können. Offensichtlich geht es darum, den Muslimen uneingeschränkte Glaubensfreiheit einzuräumen, auch und gerade um den Preis der verfassungsrechtlich garantierten Volks-

mitsprache. Weil eine Minderheit zur Gefahr wird, wenn man ihren absoluten Geltungsanspruch in Frage stellt, läßt sie also aus "Respekt" vor dem kurzfristigen Erpressungsdruck diesen Anspruch unangetastet und nimmt auf längere Sicht für ihr Land soziale Unruhen billigend in Kauf.

Damit befindet sie sich in Harmonie mit der Herrschaftsideologie des Islam, denn wie sich aus der vorstehenden Analyse ergibt, würde nach islamischer Auffassung der Frieden gefährdet, wenn die Nichtmuslime ihre Verfassungsrechte durchsetzen wollten. Daraus ergibt sich direkt auch, daß sich die Bundesrätin der Scharia unterwirft, indem sie sich weigert, die Legitimität der Volksinitiative zu überprüfen.

Insofern kann sich tatsächlich der "Frieden des Islam" bestätigen, indem sich die Politik zu Lasten ihrer Wählermehrheit eine perspektivische Zuordnung auf die Scharia aneignet und die Zukunft des Staates auf islamisches Design zuschneidet.

Um so mehr bestätigt sich die wesentliche Konsequenz dieser Expertise, nämlich die Forderung, die Beweislast umzukehren. Als Folge hätte die Politik die tatsächlichen Schwerpunkte ihrer Loyalität offenzulegen, d.h. sich vorbehaltlos zur Verfassung zu bekennen oder aber dem Volk zu erklären, inwieweit sie das Recht spalten und eine gruppenbezogene Hierarchie schaffen will, in der sich - nach dem Muster des "Menschenrechtsrats" - bestimmte Gruppen aus welchen Gründen mehr bzw. weniger Rechte haben sollen als andere.

Wenn ein solches dominantes Design zu Gunsten des Islam angestrebt sein sollte, müßte die Schweizerische Politik dessen Inhalte und Ziele weiterhin - bei wachsendem Widerstand des Volkes mit ebenso wachsendem Druck - vor Analyse schützen und weiterhin sicherstellen, daß die Wirkungskette Minarett - Moschee - Scharia / Umma nicht unterbrochen wird.

Bislang scheint ihr dies mit der simplen Behauptung zu gelingen, daß der Islam eine Religion wie jede andere sei, ihm daher eine durch nichts verkürzbare Glaubensfreiheit zustehe und jeder der Verfassung folgende Integrationsversuch als "Verstoß gegen die Menschenrechte" zu bekämpfen sei.

Daß die Muslime dem zustimmen, dabei jedoch strikt abstreiten müssen, einer normalen Durchschnittsreligion anzugehören, ist aus dem hier angebotenen Material, insbesondere aus dem Dominanzsignal des Minaretts und dem militärischen Charakter des Gebets, hervorgegangen. Darüber hinaus hat die Untersuchung bestätigt, daß der Deutungsgehalt der Moschee eine Diskrepanz zwischen Selbstverständnis der Muslime und westlicher Wahrnehmung offenlegt, die eine politische Klärung unerlässlich erscheinen läßt, wenn man am Erhalt der Demokratie interessiert ist.

In einer säkularen Gesellschaft, die der metaphysischen Ebene entwöhnt ist, kann kaum genug an das ganz besondere, geschichtsmächtige Selbstverständnis der Muslime erinnert werden.

Von der Warte der islamischen Politreligion bzw. aus der Perspektive der muslimischen Heilsbestimmung, sind die Schweizerische Bundesrätin und ihre Ratgeber des bisherigen "Dialogs" nichts anderes als von diesem Heil inspirierte Geschöpfe Allahs, deren Zeit gekommen ist, seinen Willen zu vollenden.

Denn offensichtlich könnte den islamischen Interessen kaum etwas nützlicher sein, als Grundlagen und Ziele ihrer Heilsbotschaft ungeprüft zu lassen und die islamwidrige, westliche Verfassung einem graduellen Prozeß der Aushöhlung und Delegitimierung zu überlassen. Auch diesem Erfordernis hat Frau Calmy-Rey exakt entsprochen, indem sie "Sondergesetze" für Minarette und Moscheen für überflüssig und die einschlägigen Bauvorschriften für durchaus ausreichend erklärte, den Umgang mit dem tausendjährigen Machtanspruch einer politischen Weltreligion regeln zu können.

Ihr innerer Kontrollzwang führt die muslimischen Gemeinden und ihre Führungen ihrerseits in eine ständige Konkurrenz um die Ausnutzung der westlichen Toleranz, im Rahmen derer die Verantwortlichen vor Ort immer weiter gehende Zugeständnisse machen bis hin zu der

Einlassung, mit der auch die Bundesrätin keine Ausnahme bildet, nämlich daß die Bevölkerung zum "Sicherheitsrisiko" wird, wenn sie ihre verfassungsmäßig verbrieften Rechte einfordert.

In der Schweiz steht mit der eidgenössischen Direktdemokratie eine besonders ausgeprägte, über sieben Jahrhunderte gewachsene Form der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung zur Disposition. Sie hat ein in Europa einmaliges, politsoziales Erfahrungswissen hervorgebracht, das von selbstbewußten und zugleich ideologiekritischen Bürgern getragen wird. Wenn die Eliten dort fortfahren, sich im Stile der Bundesrätin einer entsprechend aufgeklärten Diskussion zu entziehen, machen sie sich zu Kollaborateuren einer politischen Strategie, die dem Schweizer System diametral zuwiderläuft.

Die Menschen des Islam sind und bleiben unfähig zur Integration und werden ihrerseits zu immer weiter gesteigerten Forderungen ermuntert, wenn sie die Vorgaben nicht zu erfüllen brauchen, wie sie - zumindest noch nominell - im Sinne des innerstaatlichen und interkulturellen Ausgleichs formuliert sind.

Zu diesen Vorgaben gehört primär, daß nicht der Schweizerische Staat sich nach dem Gesetz Allahs, sondern die Muslime sich nach den Grundrechten und -pflichten der Verfassung zu richten haben. Um einen solchen Prozeß einzuleiten, sind Denkanstöße erforderlich, die den Muslimen den wesentlichen Unterschied zwischen dem monologischen Allahs-System und dem pluralistischen Staatssystem systematisch und nachhaltig näher bringen.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Diskussion über das Minarett, das wie erläutert, im demokratischen, bekenntnisfreien Staat ein Symbol unzulässiger Dominanzansprüche darstellt und nicht nur das Prinzip der negativen Glaubensfreiheit aller anderen Gesellschaftsteile verletzt, sondern die Muslime zu ständig verstärkten Autonomieaktivitäten antreibt.

Der offene, kompetente Diskurs ist um so wichtiger, als er nicht nur auf diesen Sachverhalt, sondern darüber hinaus auch auf die damit integral verbundenen Anschlußaspekte der Moschee und Scharia verweist. Wenn sie undiskutiert und mithin undifferenziert weiterwirken können, signalisieren sie den Muslimen, daß sie einen legitimen Konflikttherd bilden können, der von den westlichen Verantwortlichen nicht nur geduldet, sondern stringently gefördert wird, und somit Allahs Auftrag erfüllen, der über die Geltung der Scharia die Umwandlung islamfremden Landes in Islamland fordert.

Sollten sich die Schweizer Volksvertreter sich hingegen nicht zu Allahs Erfüllungsgehilfen machen wollen, müßten sie einen klaren politischen Willen formulieren.

Eine solche Willensbildung hätte sich von ihrer derzeitigen, quasi-religiösen Motivation zu lösen und zu einer strikt säkularen, d.h. an der Verfassung orientierten Basis zurückzukehren. Mithin hätten die Verantwortlichen vorbehaltlos deutlich zu machen, daß sie auf den Grundlagen des Schweizerischen Staatswesens stehen, indem sie die gleichberechtigte Integration aller Minderheiten anerkennen und somit die bisher praktizierte, verfassungswidrige Intoleranz gegenüber dem demokratischen Mehrheitsprinzip beenden.

Dieser Verpflichtung, die auf dem Papier noch besteht, aber in der politischen Praxis seit geraumer Zeit mit der pauschalen Propaganda des "Dialogs" ausgehebelt wird, versuchen die Vertreter der Politik und des "Dialogs" zu entgehen, indem sie der "populistischen" Volksinitiative unterstellen, den Muslimen das Verfassungsrecht der Religionsfreiheit zu verweigern. Wie hier aus diversen Perspektiven erläutert, geht es dagegen zunächst um die immer dringender werdende Klärung einer strategisch ausgeblendeten und zunehmend aggressiv abgewehrten Diskussion.

Es geht um die konkrete, sich zunehmend abzeichnende Möglichkeit, daß zentrale politische Merkmale und Ansprüche des Islam - Minarett, Moschee, Scharia - die Verfassung und den inneren Frieden überlasten bzw. brechen müssen, weil der systematische Mißbrauch der Religionsfreiheit den gruppenbezogenen Dominanzanspruch des Islam schützt und somit flagrant

gegen das Diskriminierungsverbot verstößt.

Niemand verweigert den Muslimen das Recht, ihren Glauben zu praktizieren, der mit den berühmten "Fünf Säulen" dem westlichen Religionsverständnis durchaus entspricht, doch haben sich die verantwortlichen Eliten bislang geweigert, sich einer kompetenten Debatte darüber zu stellen, welche Eigenschaften die Religion im Sinne der Religionsfreiheit eigentlich enthalten und welche sie eben nicht enthalten soll.

Den Verdacht, die Verfassung in bezug auf den Islam bewußt zu umgehen, können sie nur vermeiden, wenn sie auf ideologische Diffamierung verzichten, das noch geltende Schweizer Recht anwenden und im eigenen, "wohlverstandenen Interesse" die Volksinitiative als Chance auffassen, diese offene und seit langem überfällige Frage konstruktiv, d.h. auf direktdemokratische Weise, zu klären.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>**Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument**

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."

Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen.

Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen - weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. Dem totalitären Druck in der SBZ und DDR gelang gegen manchen Widerstand die weitgehende Durchsetzung der sowjetischen Staatsideologie.

Die Westdeutschen benötigten in ihrer großen Mehrheit nicht der Nachhilfe durch die amerikanische Umerziehung, um den totalitären Charakter der NS-Diktatur und ihre Verbrechen zu erkennen. Die erste frei gewählte westdeutsche Regierung verfolgte ihren Kurs der Westoption und der Wiedergewinnung der Bündnis- und Politikfähigkeit zielstrebig und selbstbewußt. Gegen den Druck der Sowjetunion, die bis vor die Tore Hamburgs und in die deutsche und europäische Mitte vorgedrungen war, wuchs hier ein antikommunistischer und antitotalitärer Konsens, der weit in die Sozialdemokratie hineinreichte.

In Westdeutschland entfaltete sich eine gründliche "Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Vergangenheit. Der KZ-Häftling Eugen Kogon unterrichtete als erster die Deutschen über den SS-Staat und sein Konzentrationslagersystem schon 1947. Der Historiker Gerhard Ritter, im Dritten Reich im Widerstand aktiv, ließ in seinen Büchern, Vorlesungen und zahlreichen Vorträgen keinen Zweifel an den "scheußlichen Untaten" des "Abenteurers" Adolf Hitler. In einem vierbändigen Werk gab er eine kritische Gesamtdarstellung der Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus.

Wie er arbeitete auch der aus dem amerikanischen Exil zurückgekehrte Hans Rothfels über "Die deutsche Opposition gegen Hitler" (1949) und vermittelte ganzen studentischen Generationen ein umfassendes Bild der Zeitgeschichte seit dem Ersten Weltkrieg. Ludwig Dehio entwarf in seinem Werk "Gleichgewicht oder Hegemonie" (1948) das große Panorama der europäischen Staatengeschichte in der Neuzeit. In Westdeutschland wurden die NS-

Verbrechen ernsthaft und kritisch aufgearbeitet, ohne daß es dazu bestimmter ideologischer Antriebe und Vormünder bedurfte.

Ein Wendepunkt kündigte sich an, als in den Weihnachtstagen 1959 Unbekannte Hakenkreuze und Naziparolen an Synagogen in Köln, Frankfurt und anderen westdeutschen Orten schmierten. Die Kommunisten in Ost-Berlin und Moskau nahmen die Vorfälle sogleich zum Anlaß einer intensiven Kampagne gegen die Bundesrepublik, wo sich angeblich "nazifaschistische" und "antisemitische" Kräfte wieder zu Wort meldeten.

Eilfertig griffen nun auch viele Medien in Westdeutschland die "antifaschistischen" Parolen aus dem Osten auf. Das Hamburger Medienkartell um Spiegel, Stern und Zeit bis hin zum Westdeutschen Rundfunk und zur Süddeutschen Zeitung knüpften daran die Forderung, endlich mit der "Bewältigung" der "braunen" Vergangenheit Ernst zu machen.

Es war die Geburtsstunde jener penetranten Geschichtspolitik, die fortan die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik bestimmen sollte. Rasch ordneten die westdeutschen Kultusminister eine verstärkte Beschäftigung mit der NS-Geschichte im Unterricht der Schulen an. Es begann eine nicht immer sachgerechte öffentliche und pädagogische Debatte über die bisher angeblich unterbliebene Vergangenheitsbewältigung.

Als einige Jahre später durch Überläufer bekannt wurde, daß die Vorfälle zu Weihnachten 1959 vom tschechoslowakischen Geheimdienst im Auftrag des sowjetischen KGB organisiert worden waren, war die inzwischen angelaufene Geschichtspolitik längst zum Selbstläufer geworden, und kaum jemand erinnerte noch an ihre Auslösung durch die sowjetkommunistische Agitation.

Der Vorgang lieferte das Paradigma aller nachfolgenden geschichtspolitischen Kampagnen in der Bundesrepublik, die als Schuld kult oft exzessiv betrieben werden und schon dadurch ihre Glaubwürdigkeit untergraben. Am Beginn stand Ende der fünfziger Jahre das Interesse der Sowjetunion, die Bundesrepublik als immer noch "faschistisch" zu diskreditieren und dadurch nach innen und außen zu schwächen.

Neben diese sowjetmarxistische trat auch eine westliche, vor allem amerikanische Variante der sich in den sechziger Jahren ausbreitenden Geschichtspolitik. Sie knüpfte an die Umerziehung der ersten Nachkriegszeit an und reifte zu ihrem zweiten kritischen Stadium heran.

Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik. Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuld kult.

Historiker wie Fritz Fischer mit seinem Werk "Griff nach der Weltmacht" (1961) über die Kriegsziele der deutschen Eliten im Ersten Weltkrieg öffneten vielen in der nachwachsenden Generation den Weg zu geschichtspolitischem Eifer ohne die für das historische Urteil nötige Allseitigkeit und Differenzierung.

Einige führende Aktivisten der Studentenbewegung wie Gerd Koenen oder Götz Aly haben später eingeräumt, daß hier - kaum 20 Jahre nach dem Untergang des Nationalsozialismus, nur diesmal unter "antifaschistischen" Vorzeichen - ein neuer totalitärer Staats- und Gesellschaftsmythos entstand mit seinem "Sieg der Gesinnung über die Urteilskraft, neuen Zentren politischer Heilsgewißheit, wirklichkeitsüberlegener Besserwisserei von penetrantem Moralismus und eifernder Intoleranz" (Hermann Lübke).

Treffend hatte Hans Rothfels das Wesen der Geschichtspolitik schon in seiner Auseinandersetzung mit dem Versailler Vertrag und seinem Artikel 231 über die deutsche Alleinschuld am Ersten Weltkrieg bloßgelegt. Rothfels erkannte den Vertrag als geschichtspolitisches Doku-

ment par excellence, denn hier versuchten die alliierten Sieger von 1918, so Rothfels, "in pharisäischem Selbstbewußtsein" Geschichte nach den moralischen und juristischen Kategorien von "Unschuld und Verbrechen" zu bewerten.

Doch die zentralen Kategorien geschichtswissenschaftlicher Erkenntnis seien nun einmal nicht Schuld und Sühne, sondern "Ursache und Wirkung". Moralische Urteile sollten nur als Ergebnis einer eingehenden Analyse des ganzen Netzwerkes der Akteure, ihrer Handlungen und Motive sowie der damit verbundenen Wechselwirkungen getroffen werden.

Ganz ähnlich haben sich 2008 französische Historiker in ihrem "Appell von Blois" für die Freiheit der Geschichtsforschung und gegen "die retrospektive Moralisierung der Geschichte" ausgesprochen und festgestellt, "daß es in einem freiheitlichen Staat keiner politischen Autorität zusteht, die historische Wahrheit zu definieren". Diese Grenzziehung wird auch deutschen Politikern zur Beachtung empfohlen, wenn sie sich öffentlich etwa zur angeblichen deutschen Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 oder - ebenso leichtfertig - über 1945 als Datum der "Befreiung" der Deutschen durch die Alliierten äußern.

Auch der sogenannte "Historikerstreit" im Jahr 1986 war alles andere als ein Inhalts- oder Methodenstreit unter Historikern, wie sein Name suggerierte, sondern eine prinzipielle Konfrontation zwischen der modisch gewordenen Geschichtspolitik und angesehenen deutschen Historikern. Der Sozialphilosoph Jürgen Habermas bezichtigte nicht nur Ernst Nolte, Andreas Hillgruber und Michael Stürmer, in ihren Werken mehr oder weniger "Apologie" des Nationalsozialismus zu betreiben.

Er vertrat mit vehementem Selbstbewußtsein auch seine ideologische Position des Universalismus, die subjektive Vision der mit historischer Notwendigkeit heranwachsenden universellen ökonomischen, kulturellen und politischen Einheit der Welt, die die bisherigen "partikularen" nationalen, ethnischen und kulturellen Ordnungen hinter sich lassen werde.

Der Zeitgeist des Jahres 1986 sprach Habermas zwar den Siegeslorbeer im Historikerstreit zu. Doch schon drei Jahre später begann jener welthistorische Umbruch, der zunächst als Sieg des Westens im Kalten Krieg gedeutet wurde, der sich indessen aber immer deutlicher als der Beginn einer neuen weltgeschichtlichen Epoche im Zeichen des Wiederaufstiegs Asiens erweist und die geschichtspolitischen Spekulationen des deutschen Sozialphilosophen widerlegt beziehungsweise die Positionen der Historiker bestätigt.

Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit historisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:

"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."

Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<

Im Verlauf des schwersten Erdbebens in der Geschichte Japans überflutete am 11. März 2011

ein Tsunami (durch Seebeben erzeugte Flutwelle) große Gebiete der japanischen Nordostküste. In den Wassermassen ertranken fast 20.000 Menschen. Im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ereignete sich aufgrund dieser Flutwelle ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Am 19. März 2011 begann der Libyenkrieg (Kriegsende: 23. Oktober 2011). Während des Krieges führte die NATO etwa 10.000 Angriffsflüge durch, die etwa 70.000 Bombenopfer forderten.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Libyen-Krieg von März bis Dezember 2011 (x348/60-62):

>>Sex, Lügen und Videos

_von Raphael-Maria Grünwald/Andrea Ricci

Libyen: Im Krieg gegen den "irren Gaddafi-Clan" griff die westliche Propaganda auf bewährte Muster zurück. Ein kleiner Streifzug durch die Bomben-Argumente.

Der Libyen-Krieg war genau drei Tage alt, da meldete sich am 22. März 2011 Joseph ("Joscha") Fischer in der Süddeutschen Zeitung zu Wort. "Westerwelle", so Fischer, habe "den Schwanz eingezogen", als es im UN-Sicherheitsrat zur Abstimmung kam und Deutschland sich der Stimme enthielt. Angeblich seien in Libyen "unmittelbare deutsche und europäische Sicherheitsinteressen" berührt...

Wie sich die Debatte im Nachgang zu Deutschlands Stimmenthaltung in der UNO entwickelte, steht exemplarisch für die das Strickmuster der Kriegslegitimation, das sich im Westen nach dem Zusammenbruch des Ostblocks durchgesetzt hat. An zentraler Stelle steht das "Appeasement- beziehungsweise München-Argument", also der Verweis auf das britische Gewährenlassen der reichsdeutschen Annexion des Sudetenlandes im Münchner Abkommen 1938.

Natürlich funktioniert das Argument dann besonders gut, wenn der jeweilige Schurke gleich zum "Wiedergänger Hitlers" aufgeblasen wird, wie es Hans Magnus Enzensberger 1991 bei Saddam Hussein gemacht hat. Später wurde der Braune Peter an Slobodan Milosevic, Osama bin Laden und Mahmud Ahmadinedschad weitergeschoben.

Ähnlich beliebt sind Zuschreibungen aus der klinischen Psychiatrie. Nach dem "Irren von Bagdad", dem "Irren von Belgrad" und dem "Irren von Pjöngjang" tat sich die Bild-Zeitung mit Schlagzeilen wie "Das ist der irre Gaddafi-Clan" (23.2.2011) oder "Bereitet der irre Despot seine Flucht vor?" (23.3.2011) hervor.

Auch die evangelische Theologin Margot Käßmann bekannte: "Wir müssen die Libyer vor einem irrsinnig gewordenen Diktator schützen." (Zeit, 20.3.2011) Selbst Noch-Bundespräsident Christian Wulff brillierte mit ferndiagnostischen Fähigkeiten: "Gaddafi ist ein Psychopath". (Welt, 25.2.2011)

Arabischer Frühling

Der erste NATO-Krieg gegen ein muslimisches Land seit Afghanistan war leicht zu verkaufen, weil der Beschlußfassung in der UNO eine Resolution der Arabischen Liga vorausgegangen war, die ebenfalls die Durchsetzung einer Flugverbotszone gefordert hatte.

Für den flüchtigen Medienkonsumenten mochte es so aussehen, als ob der sogenannte arabische Frühling, der in anderen Ländern der Region wie Tunesien und Ägypten zum Rücktritt altgedienter Despoten geführt hatte, nun auf Libyen übergegriffen habe. Die NATO erschien nicht als Aggressor, sondern als Helfer einer Demokratiebewegung. ...

Doch im Unterschied zu den bis dahin gewaltfreien Rebellionen in Kairo und Tunis waren die libyschen Rebellen von Anfang an aggressiv vorgegangen. Bereits im Februar 2011 wurden vielerorts nicht nur Polizeistationen, sondern alle Arten öffentlicher Gebäude niedergebrannt. Besonders empörend: In der Großstadt Al-Baida wurden am "Tag des Zorns" fünfzig als "Söldner" bezeichnete Schwarzafrikaner exekutiert - eine Form rassistischer Gewalt, an der sich die Menschenrechtsfreunde im Westen aber nicht störten. Ende März 2011 meldete die

New York Times, daß die CIA die Rebellen bereits "seit Wochen mit verdeckten Aktionen" unterstützte.

Die Rebellen verübten in zahlreichen Fällen Lynchjustiz an Schwarzafrikanern, in ihren Augen "Söldner Gaddafis".

Und: Der Beschluß der Arabischen Liga (AL), mit dem die USA, Frankreich und Großbritannien Druck auf den UN-Sicherheitsrat ausübten, war herbeigetrickt: Wie die Asia Times berichtete, waren von den 22 AL-Vollmitgliedern nur 11 bei der Abstimmung anwesend. Sechs von ihnen waren Mitglieder des Golf-Kooperationsrates (GCC), dem von den USA unterstützten Club von Königreichen oder Scheichtümern: Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, Qatar, Oman und Vereinigte Arabische Emirate (VAE).

Es war der GCC, der zuerst für eine Flugverbotszone stimmte und mit diesem Votum zur Sitzung der Arabischen Liga marschierte. Saudi-Arabien hatte nur drei weitere Mitglieder zu "verführen", um neun Stimmen zu bekommen. Syrien und Algerien stimmten dagegen. Im Klartext: Von 22 Mitgliedern der Arabischen Liga stimmten nur neun für die Flugverbotszone. Qatar profitiert unmittelbar: Seine zwei Mirages machen bei der Bombardierung Libyens mit, während sich sein Hafen Doha auf die Vermarktung Ost-libyschen Öls vorbereitete.

Lügen um Bengasi

Um die westliche Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen, wurde im Februar/März 2011 besonders Bengasi zum Opfersymbol aufgebauscht. Die ostlibysche Stadt war am 20. Februar von den Rebellen erobert worden und wurde in der Folge von Regierungstruppen belagert.

Daniel Cohn-Bendit, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Europaparlament, trommelte: Wenn man "nicht etwas macht, dann wird Gaddafi zum Beispiel zum Einnehmen der Stadt Bengasi bereit sein, zum Beispiel Giftgas anzuwenden".

US-Außenministerin Hillary Clinton sprach später von "einem zweiten Srebrenica an einem Ort namens Bengasi". In einer Ansprache am 1. April 2011 stellte US-Präsident Barack Obama den Krieg als Rettung in letzter Minute dar: "Wir sind eingeschritten, um ein Massaker zu verhindern."

Dabei hatte selbst US-Verteidigungsminister Robert Gates der Greuelpropaganda zunächst widersprochen: "Gates sagte, daß das Pentagon keine Bestätigung dafür habe, daß Revolutionsführer Gaddafi seine Bevölkerung tatsächlich aus der Luft habe beschießen lassen. Er habe das bisher nur Presseberichten entnommen." (FAZ, 3.3.2011) Auch der Bundesregierung lagen "keine detaillierten Informationen über Angriffe der libyschen Luftwaffe auf Zivilisten vor", so ihre Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dagdelen vom April 2011.

Am 7. März 2011 sendete der russische Fernsehsender Russia Today (RT) eine Reportage aus der angeblich todgeweihten Rebellenhochburg. Die Bilder aus Bengasi zeigten eine Urlauberstadt am Meer, in der Kinder am Strand spielten und die Geschäfte voller Kunden waren. Das Leben auf den Straßen und Plätzen war gelöst, Angst vor Luftangriffen herrschte augenscheinlich nicht.

Allerdings konnten die RT-Reporter beobachten, wie ein Team des qatarischen Senders Al Djazeera auf einer etwas erhöhten Terrasse seine Kamera aufbaute und die Menschen auf dem Platz auffordert, nach vorn zu kommen um Anti-Gaddafi-Parolen zu rufen. Ein Al Djazeera-Mitarbeiter führte wie ein Dirigent Regie, während seine Kameramänner die "Wut" auf den Diktator filmten, die kurz darauf in die Wohnzimmer Europas und Amerikas flimmerten.

Wie dreist die Unkenntnis der westlichen Medienkonsumenten über Libyen von den Medien ausgenutzt wurde, zeigt ein weiteres Beispiel aus Bengasi. Die amerikanische UN-Botschafterin Susan Rice behauptete Ende April 2011, an libysche Regierungstruppen werde Viagra verteilt. Prompt titelte der Kölner "Express": "Gaddafi-Soldaten mit Viagra vollgepumpt". Das Schweizer Boulevard-Blatt Blick setzte noch einen drauf: "Gaddafis Schergen

vergewaltigen Frauen und Kinder." Einzige Quelle der ganzen Viagra-Geschichte: ein angeblicher Arzt namens Chalifa al Scharkassi. Wer dieser Scharkassi und wie glaubwürdig er ist, wollte niemand wissen.

Wie fadenscheinig die Behauptung ist, zeigt sich selbst beim flüchtigen Lesen des Blick-Artikels: "In Bengasi, so der Arzt, seien mehr als 100 Frauen von den Soldaten des Regimes vergewaltigt worden - während ihre Männer an der Front kämpften." Gaddafi-Soldaten sollen Massenvergewaltigungen ausgerechnet in Bengasi vorgenommen haben - also der Stadt, die seit Beginn des Bürgerkrieges die wichtigste Hochburg der Rebellen und mittlerweile Sitz ihrer Gegenregierung war?

Einseitigkeiten

Ende Mai 2011 kam dann eine neue Beschuldigung von Massenvergewaltigungen, die angeblich libysche Soldaten begangen hätten. Die in Großbritannien ausgebildete Psychologin Seham Sergewa behauptete bei CNN, sie habe 70.000 Fragebögen an Libyer verschickt, davon seien rund 60.000 zurückgeschickt worden und mehr als 200 davon hätten ein Kreuz bei der Frage gemacht, ob sie von Regierungstruppen vergewaltigt oder sexuell mißbraucht worden seien. Luis Moreno Ocampo, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofes ICC in Den Haag, behauptete daraufhin, er habe nun eindeutige Hinweise darauf, daß Gaddafi Massenvergewaltigungen angeordnet habe.

Keine einzige dieser Anschuldigungen konnte durch Fakten gestützt werden - sogar bei Amnesty International reagierte man verwundert. Auch von einem "Genozid" könne nicht die Rede sein, so Amnesty International. Eine offizielle Delegation des UN-Menschenrechtsrats unter Leitung von Cherif Bassiouni - einem der Gründerväter des ICC - ging den Vorwürfen von Massenvergewaltigungen nach. Ohne Erfolg. Er und seine Ermittler konnten keine Beweise für die Anschuldigungen finden. (Frankfurter Rundschau, 11.6.2011)

Typisch auch das Desinteresse der Leitmedien an Berichten über Greuelthaten der Rebellen. Immerhin ein Augenzeugenbericht schaffte es am 15. April 2011 in Die Welt. "Vor unseren Augen wurden so viele Menschen erstochen und geköpft." Zum Beweis zeigte der Zeuge ein Video, das er mit seinem Handy aufgenommen hatte. "Darin wird einem am Boden liegenden Mann mit einem langen Messer der Kopf abgeschnitten, was normalerweise nur radikale Islamisten mit ihren Feinden tun. Grausame Bilder, die man kaum ansehen kann."

Aber Die Welt läßt die Leser an ihren Zweifeln teilhaben, "ob das Video tatsächlich aus Misrata stammt, der eine Rebell und der andere ein Soldat der libyschen Armee ist". Diese - journalistisch selbstverständliche - Quellenkritik konnte man allerdings höchst selten bemerken, wenn Videos der Gegenseite über die "Verbrechen Gaddafis" verbreitet wurden.

"Kollateralschäden"

Den NATO-Bomben fielen nicht nur viele Zivilisten, sondern in einigen Fällen "versehentlich" sogar Aufständische zum Opfer. Solche "Kollateralschäden" wurden fallweise Gaddafi in die Schuhe geschoben. So meldete die Tagesschau am 27. März 2011: "Die USA werfen dem libyschen Machthaber Muammar Gaddafi die Inszenierung ziviler Opfer vor. Es gebe zahlreiche Geheimdienstberichte, nach denen Gaddafis Truppen von ihnen getötete Menschen an Angriffszielen der westlichen Allianz plaziert hätten, sagte Verteidigungsminister Robert Gates in einem Interview mit dem TV-Sender CBS News."

Anders sah es offensichtlich der Vatikan, der Ende März schwere Vorwürfe gegen die Alliierten erhob, nachdem bei Luftangriffen auf Tripolis mindestens 40 Zivilisten getötet worden waren.

Daß mit einem "Menschenfeind" wie Gaddafi kein Waffenstillstand geschlossen werden sollte, zeigte die rigorose Ablehnung von Vorschlägen, die er oder auch die Afrikanische Union gemacht hatten.

So hatte sich Gaddafi Ende April 2011 an die NATO gewandt und Verhandlungen angeboten.

Die Libyer bräuchten, so Gaddafi, die Chance, ihre Konflikte selber zu lösen. Falls der Westen das libysche Öl wolle, könne man mit ihren Ölfirmen Verträge abschließen, betonte er. Die NATO und die Rebellen schmetterte diese Initiative mit dem Hinweis ab, daß man erst über Verhandlungen nachdenken werde, wenn die Regierungstruppen wieder in den Kasernen seien. Auf dem letzten Treffen der Libyen-Kontaktgruppe Anfang Mai forderten die USA schließlich, Verhandlungen mit Gesandten Gaddafis generell abzulehnen.

In der Nacht zum 1. Mai 2011 unterstrich die Allianz mit ihrem Luftangriff auf den von Gaddafi bewohnten Bab-al-Azizyah-Komplex in Tripolis - es war bereits der dritte dieser Art -, was sie von seinen Angeboten wirklich hielt. Bei diesem Angriff wurden einer seiner Söhne und weitere Familienmitglieder getötet. Spätestens hiermit haben Washington, London und Paris deutlich gemacht, daß ihr Ziel nicht der von der UN-Resolution 1973 geforderte "Schutz der Zivilbevölkerung", sondern der "Regime-Wechsel" war.

Als Gaddafi selbst am 20. Oktober 2012 gefangen genommen wurde, folterten und exekutierten ihn die Rebellen - so der Abschlußbericht von Human Rights Watch zum ersten Jahrestag des Verbrechens. Peter Scholl-Latour behauptet sogar, gestützt auf französische Militärkreise: "Gaddafi ist mit einer Eisenstange gepfählt worden." (Welt, 14.12.2011) Keiner der Schuldigen wurde vor das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag gestellt.<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (12/2011) berichtete am 21. März 2011: >>**ENERGIE außer Kontrolle**

Unter dem Eindruck der Nuklearkatastrophe in Japan versucht die Kanzlerin eine 180-Grad-Wende in der Atompolitik: Die Regierung will schneller aus der Kerntechnik aussteigen als einst Rot-Grün und die erneuerbaren Energien beschleunigt ausbauen. Ist Merkels neuer Kurs glaubwürdig?

Es ist der übliche Empfang, den die Anti-Atom-Bewegung der Kanzlerin bereitet. "Abschalten", rufen die Demonstranten, als Angela Merkel am vergangenen Mittwoch im badischen Offenburg aus ihrem Dienstwagen steigt.

Keine zwei Wochen sind es mehr bis zur wichtigen Landtagswahl in Baden-Württemberg. In Japan steht ein Kernkraftwerk am Rande des Super-GAU, und in der badischen Provinz richtet sich der Zorn der Ausstiegsaktivisten gegen eine Kanzlerin, die sie für eine willige Gehilfin der Reaktorindustrie halten. Trillerpfeifen schrillen, Anti-Atom-Plakate werden in die Luft gereckt, Buhrufe sind zu hören. Lautstark ist die Begrüßung, und wenn es nach den Demonstranten geht, soll das für den Rest des Abends so bleiben.

Es kommt anders.

Als die Protestler im Saal ihre Fahnen entrollen, präsentiert sich ihnen eine CDU-Chefin, die sie noch nicht kennen. Aus Merkel, der Kernenergie-Befürworterin, ist Merkel, die Ausstiegskanzlerin geworden. Die "besorgniserregenden Ereignisse" hätten "manches verändert", sagt sie. Sie spricht von der Kernkraft als "Brückentechnologie", von "Vorsorge" und vom "Zeitalter der erneuerbaren Energien". Die Schmährufe werden spärlicher, und dann sagt Merkel einen Satz, der den Saal endgültig zum Schweigen bringt. "Rot-Grün wollte einen Ausstieg bis 2020", ruft sie. "Wenn wir das Ziel schneller erreichen können, um so besser."

Die Republik erlebt eine atemberaubende politische Kehrtwende. Keine sechs Monate ist es her, daß die schwarz-gelbe Koalition die Laufzeiten der deutschen Kernreaktoren um bis zu 14 Jahre verlängert hat. Von einer "Revolution" sprach damals die Kanzlerin, und ihr Stellvertreter Guido Westerwelle lobte: Eine verantwortungsvolle Politik könne "nicht auf Kernkraft verzichten".

Jetzt will Merkel noch schneller aus der Risikotechnologie aussteigen als selbst ihre rot-grünen Amtsvorgänger. Offiziell sollen die sieben ältesten deutschen Atommeiler lediglich für eine dreimonatige Überprüfung abgeknipst werden. Doch intern ist längst klar, daß mindestens drei Reaktoren endgültig vom Netz müssen.

Es ist, als würde der Papst plötzlich für den Verkauf von Antibabypillen werben. Einst waren die Spitzen der schwarz-gelben Koalition angetreten, das Atomzeitalter zu verlängern. Jetzt liefern sie sich einen bizarren Wettlauf, wer am schnellsten sein Ende einläutet.

Noch ist ungewiß, wie das Reaktordrama im japanischen Fukushima ausgeht. Sicher ist dagegen, daß es die politische Landschaft in Deutschland verändern wird. Die Grünen wollen mit dem Rückenwind der neu aufgeflammt Atomdebatte die SPD als Führungskraft im linken Lager ablösen, vielleicht schon am nächsten Sonntag in Baden-Württemberg. Umweltminister Norbert Röttgen, dem der Verlängerungsbeschuß die schlimmste Niederlage seiner Amtszeit beschert hatte, darf auf einen Wiederaufstieg als Merkels oberster Abschaltstrategie hoffen. Und die Union gibt eines ihrer letzten verbliebenen politischen Alleinstellungsmerkmale auf. Deutschland, einig Ausstiegsland.

Es ist ein riskantes Spiel, das Merkel begonnen hat, und derzeit spricht wenig dafür, daß sie am Ende als Gewinnerin den Platz verläßt. Zu abrupt ist der Schwenk, zu schlecht ist er vorbereitet. In den eigenen Reihen fürchten viele, daß Merkels sogenanntes "Moratorium" juristisch schwach unterfüttert ist, und sie sorgen sich um die Glaubwürdigkeit des bürgerlichen Lagers. Kann sich eine Partei, die Kernkraft noch vor kurzem als "Ökoenergie" gefeiert hat, glaubwürdig an die Spitze der Anti-Atom-Bewegung stellen?

Wahrscheinlich nicht, so zeigen erste Umfragen. Fast 70 Prozent der Deutschen halten Merkels Kurswechsel für ein Wahlkampfmanöver, und in Baden-Württemberg könnte der Fukushima-Schock Schwarz-Gelb die Mehrheit kosten. Eine Woche vor der Wahl, so ermittelte Infratest dimap, verlor die CDU drei Prozentpunkte an die Grünen.

Das Mißtrauen ist groß, aber Merkel sieht keine Alternative. Daß in einem Hochtechnologie-Land wie Japan eine Reaktorkatastrophe dieses Ausmaßes möglich ist, sieht sie als "Einschnitt für die ganze Welt". Weiter so? Unmöglich. Und so löst Merkel unter dem Eindruck der Schreckensbilder aus Fukushima eine politische Kettenreaktion aus, von der sich noch nicht sagen läßt, ob sie unter Kontrolle bleibt.

Der Prozeß beginnt am Freitag der vorvergangenen Woche, als in Japan um 6.45 Uhr deutscher Zeit die Erde wackelt, ein Beben der Stärke 9,0, rund vier Stunden später ruft die japanische Regierung den atomaren Notfall aus.

Während das Ausmaß der Verheerungen klar wird, sitzt Umweltminister Röttgen in einer Besprechung mit Abteilungsleitern seiner Behörde in Bonn. Die Runde wird unterbrochen, man stellt einen Krisenstab zusammen, der Informationen sammeln und die Lage analysieren soll.

Angela Merkel ist an diesem Tag nach Brüssel geflogen. Während der Sitzung des Europäischen Rats schickt ihr das Newscenter in Berlin eine SMS nach der anderen auf ihr Handy, zusätzlich surft die Kanzlerin im Internet. Intuitiv, erzählt eine Vertraute, sei Merkel bereits Freitagabend klar gewesen, "daß die ganzen Antworten, die man nach bestem Wissen und Gewissen in der Atompolitik gegeben hat, jetzt nicht mehr reichen". Davon merkt man zunächst nichts.

Am Samstag spitzt sich die Lage in Japan zu, im ersten Reaktor gibt es eine Explosion, die Angst schwappt nach Deutschland. Umweltminister Röttgen und Kanzleramtschef Ronald Pofalla bekommen diese Angst auf dem Parteitag der NRW-CDU in Siegen zu spüren - von der eigenen Basis. Röttgen spürt, daß auch in der CDU die Stimmung kippt. Früher war das Bekenntnis zur Kernkraft stets ein emotional bejubelter Programmpunkt bei solchen Veranstaltungen. Jetzt nicht mehr.

Merkel telefonierte am Mittag mit CSU-Chef Horst Seehofer, sie erörtern mehrere Varianten, darunter auch die Option, in der Atompolitik alles beim Alten zu belassen. Aber sie testet auch erstmals die Idee eines Moratoriums, einer kurzzeitigen Aussetzung der Laufzeitverlängerung. "Behalt es erst mal für dich", bittet Merkel.

Am frühen Abend kommen die Spitzen der Koalition im Kanzleramt zusammen. In Baden-

Württemberg, wo diesen Sonntag gewählt wird, gehen zu dieser Zeit 60.000 Menschen gegen die Atomkraft auf die Straße. Wieder wird die Idee eines Moratoriums erörtert. Doch vor allem FDP-Chef Westerwelle sperrt sich gegen eine Abkehr vom alten Kurs. Man dürfe jetzt nichts übertreiben, nicht vorschnell reagieren. Die Runde geht ohne Entscheidung auseinander. Noch deutet wenig auf eine 180-Grad-Wende der Bundesregierung hin.

Zur gleichen Zeit hat der baden-württembergische Ministerpräsident Stefan Mappus seine wichtigsten Berater und Mitarbeiter zum Krisentreffen in Stuttgart versammelt. Mappus schwitzt dieser Tage viel, er war der raubeinigste Verfechter der Atomkraft in der Union, nun fürchtet er um seine Wahl am kommenden Sonntag. Die Runde beschließt, sich an Berlin zu wenden. Von dort müsse ein klares Zeichen kommen, daß die Ereignisse in Japan eine Zäsur darstellen.

Ein Moratorium wird verkündet

Den Sonntag verbringt Merkel zu Hause, sie guckt fern, scannt das Internet, telefoniert viel. Als Merkel am frühen Abend dem ARD-Journalisten Ulrich Deppendorf Rede und Antwort steht, ist sie noch ganz auf alter Linie. "Ich kann heute nicht erkennen, daß unsere Kernkraftwerke nicht sicher sind, sonst müßte ich ja mit meinem Amtseid sie sofort abschalten", sagt Merkel.

Wenig später gilt diese Linie nicht mehr. Gegen 21 Uhr versammelt sich die Koalitionsrunde im Kanzleramt. Die Teilnehmer entscheiden, die Laufzeitverlängerung auszusetzen. Bis Dienstag soll die Moratoriumsidee jedoch geheim bleiben. Dann will Merkel ihre Ministerpräsidenten davon überzeugen. Ein Kabinettsmitglied der Union wird diesen Beschluß später als "politische Panikreaktion" bezeichnen.

Während in Japan die Lage am Atomkraftwerk Fukushima weiter eskaliert, tritt am Montagmorgen das CDU-Präsidium zusammen. Umweltminister Röttgen kommt gleich zur Sache und wiederholt seine alte Forderung nach einem schnellen Ausstieg aus der Atomkraft. Er warnt vor einem "Tsunami", der die Union einzuholen drohe, falls sie jetzt kein klares Signal setze. Merkel widerspricht, auch Fraktionschef Volker Kauder und Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier sind anderer Auffassung.

Dann wird ihr die Nachricht in die Sitzung gereicht, daß Vizekanzler Westerwelle den Moratoriumsplan in Grundzügen bereits ausgeplaudert habe. Merkel ist stocksauer, eigentlich wollte sie die Idee erst am Dienstag nach ihrem Treffen mit den Ministerpräsidenten verkünden. Jetzt ist sie gezwungen, den Plan im Präsidium vorzustellen.

Einige Mitglieder sind skeptisch, Energiekommissar Günther Oettinger hat Zweifel, ob sich die Atomwende juristisch halten läßt. Begründet werden soll das Moratorium mit dem Notstandsparagraphen 19 Absatz 3 des Atomgesetzes, die Idee stammt aus Röttgens Umweltministerium. "Auf welche Rechtsgrundlage wollt ihr das denn stellen?", fragt Oettinger. "Wo kein Kläger, da auch kein Richter", antwortet die Kanzlerin.

Merkel nimmt Kontakt zu einigen Chefs der großen Stromkonzerne auf und fragt, ob sie vielleicht bereit seien, jeweils auf einen Meiler zu verzichten, zumindest vorübergehend. Das wären dann vier oder fünf, die zunächst stillgelegt würden. Die Antworten sind ausweichend.

Als die Kanzlerin am Dienstagvormittag in Berlin mit den Ministerpräsidenten jener Länder zusammentrifft, in denen Atomkraftwerke stehen, entwickelt sich eine eigenwillige Dynamik. Plötzlich wollen alle ihre alten Meiler loswerden. Zunächst möchte der Baden-Württemberger Mappus Neckarwestheim 1 dichtmachen. Als Nächstes regt der Bayer Seehofer die Stilllegung seines Kraftwerks Isar 1 an. Dann sieht sich auch der Hesse Bouffier genötigt, sich von Biblis A zu trennen. So werden aus der eigentlich geplanten Stilllegung von vier oder fünf Kraftwerken plötzlich sieben.

Auf der anschließenden Pressekonferenz sagt Merkel, die Regierung wolle die "Energiewende beschleunigen". Es soll wie ein durchdachter Plan klingen, wie kontinuierliche Politik. In

Wahrheit ist es eine Notgeburt, hastig entworfen, undurchdacht, ohne Konzept.

Das soll nun Umweltminister Norbert Röttgen liefern, der eigentliche Wende-Gewinner. Im vergangenen September war er beim entscheidenden Atomgipfel im Kanzleramt mit seiner Linie noch krachend gescheitert. Er wollte den Konzernen damals höchstens sechs Jahre zusätzliche Laufzeit zugestehen und alle Meiler gegen Flugzeugabstürze sichern lassen. Ein solcher Schutz sei zu teuer, hielten ihm Kanzlerin und Konzerne entgegen. Am Ende stand eine Laufzeitverlängerung um durchschnittlich zwölf Jahre.

Nach Fukushima läßt der Umweltminister jeden spüren, wie falsch das damals war. "Für ihn steht das jetzt unter der Überschrift Rückspiel", sagt ein Teilnehmer der Runde.

Kaum war die Sitzung vorüber, rief Röttgen in seinem Ministerium am Alexanderplatz zwei Arbeitsgruppen zusammen:

Ein Team um Staatssekretär Jürgen Becker kümmert sich um den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien. Die andere Gruppe, unter Leitung des Abteilungsleiters Reaktorsicherheit, Gerald Hennenhöfer, arbeitet am beschleunigten Atomausstieg.

Statt Kungelrunden mit Konzernen will Röttgen einen gesellschaftlichen Konsensprozeß initiieren, an dem Gewerkschaften, Kirchen und Umweltverbände beteiligt sein sollen. Der Minister will das Atomgesetz ändern, um ein schnelles Abschalten zu verankern.

Der zweite Ausstieg

Mehrere der älteren Reaktoren, die entweder bereits stillstehen oder in den kommenden drei Monaten zu Prüfzwecken stillgelegt werden, sollen nach seinem Willen dauerhaft vom Netz. Die verbleibenden Meiler sollen dann bis Anfang der zwanziger Jahre stillgelegt werden. Röttgen will auch zahlreiche "Nachrüstmaßnahmen" für die deutschen Atommeiler vorschreiben, wie aus einem Papier seines Ressorts hervorgeht: verbunkerte Notsteuerstellen, neue Kühlsysteme, besserer Schutz vor Wasserstoffexplosionen - lauter Maßnahmen, mit denen die Sicherheit der Reaktoren verbessert werden soll.

Zur Debatte stehen Milliardeninvestitionen, die Kernkraft in Deutschland sofort unrentabel machen würden. "Es gibt historische Momente, die man ergreifen muß, wenn man etwas will", heißt es in seinem Hause. Von einem "Todesstoß" sprechen Vertreter der Atombranche. Zugleich will Röttgen am kommenden Dienstag einen Plan vorlegen, wie Atomstrom rasch von Ökostrom verdrängt werden kann.

Das Konzept könnte zum tiefsten Eingriff in den Energiemarkt seit Jahrzehnten werden. Röttgens Ministeriale bereiten ein Anreizprogramm für neue Stromleitungen vor, sie wollen mehr Bundesgelder zur energetischen Gebäudesanierung bereitstellen, Investitionen in Stromspeicher fördern und Vorfahrtsregeln für neue Energie-Investitionen erlassen. Unter anderem sollen die Klagemöglichkeit gegen Stromtrassen eingeschränkt und der Bau unterirdischer Kohlendioxidspeicher erleichtert werden.

Die Botschaft ist unmißverständlich: Ab sofort wetteifert das Kabinett Merkel mit Rot-Grün darum, wer der effizientere Atomausstieger ist. In so eine scharfe Kurve hat sich in der Energiepolitik noch keine Regierung zuvor begeben.

Die Eile führt zu handwerklichen Fehlern. Zuerst sagte Kanzlerin Merkel, das Atomgesetz werde ausgesetzt. Dann fiel ihr auf, daß nur das Parlament dazu befugt ist. Zuerst dachte die Regierung, das Moratorium werde kein Geld kosten. Dann rechneten Juristen vor, daß Schadensersatz fällig werden könnte, wenn Konzerne gegen die Anweisung klagen.

Die große Schwachstelle ist der Paragraph, den Röttgens Atomstrategen zum Ausgangspunkt des neuen Kurses gemacht haben. Kernkraftwerke können laut Paragraph 19 des Atomgesetzes ganz oder zeitweilig vom Staat stillgelegt werden, wenn "Gefahren für Leben, Gesundheit oder Sachgüter" bestehen.

Doch ist das so? Schließlich hat die Koalition denselben Anlagen noch kürzlich attestiert, sicher zu sein. Selbst im Bundesumweltministerium gibt es Zweifel. "Da legen wir das Atomge-

setz sehr weitgehend aus", heißt es intern.

Nun wächst die Sorge, daß die Stromindustrie auf eine finanzielle Kompensation drängen könnte. Der Stillstand der Meiler kostet die Branche rund 500 Millionen Euro. Deshalb begann schon kurz nach der Verkündung ihres Plans ein Schwarzer-Peter-Spiel. Röttgens Chefstrategie Hennenhöfer schrieb am 16. März an die Atomländer, er "bitte" sie, die vorübergehende Stilllegung auf den umstrittenen Paragraphen 19 zu gründen. Die Länder hatten mit einer knallharten Weisung gerechnet, weshalb der niedersächsische Ministerpräsident David McAllister in der ungewöhnlich höflichen Formulierung eine Falle witterte: Der Bund, so seine Vermutung, wolle mögliche Folgekosten auf die Länder abwälzen.

Am vergangenen Donnerstag intervenierte er bei Kanzleramtschef Pofalla. Der versprach, der Bund werde das Land nicht hängenlassen, wenn es Probleme gebe. Schließlich erklärte sich Niedersachsen doch bereit mitzumachen. Im Gegenzug erwartet McAllister nun in der kommenden Woche beim Treffen mit der Kanzlerin Zusagen für ein stärkeres finanzielles Engagement des Bundes bei der Asse-Sanierung oder bei den Castortransporten nach Gorleben.

Zahlen müßte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), dem ein beschleunigter Ausstieg ohnehin Einbußen bescheren würde. Wenn Reaktoren dauerhaft abgeschaltet werden, könnten die Einnahmen aus der Brennelementesteuer künftig um etwa ein Fünftel zurückgehen, schätzen CDU-Finanzpolitiker.

Und ausgerechnet das Programm zur CO₂-Gebäudesanierung könnte auf der Kippe stehen. 500 Millionen Euro, gut die Hälfte des Budgets in diesem Jahr, stammen aus dem Sonderfonds Energie, den die Konzerne speisen. Kein Wunder, daß in der Unionsfraktion Kritik laut wird. Ihr Chef, Volker Kauder, beruhigt seine Truppen mit der Prognose, daß in drei Monaten schon wieder alles anders sein könnte. "Ich lehne es ab, daß wir zum Start des Moratoriums schon wissen, was rauskommt", sagt er. Und der frühere CSU-Parteichef Erwin Huber warnt: "Die Union darf nicht so tun, als wäre die Energiepolitik, die sie seit Jahrzehnten vertreten hat, plötzlich alter Käse."

Noch hitziger ist vergangenen Dienstag die Stimmung in der FDP-Fraktion. Die Kanzlerin ist da, sie stellt das neue Konzept für die Euro-Rettung vor, doch die Atomdebatte dominiert. Schon wieder, so empfinden es viele Abgeordnete, wird die Fraktion von der Regierung vor vollendete Tatsachen gestellt. Das sofortige Abschalten der sieben Meiler sei "ohne ein gesamtwirtschaftliches Konzept nicht zu machen", sagt der Berliner Abgeordnete Martin Lindner. Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle läßt durchblicken, daß er die Vorbehalte teilt. Es sei typisch für die Deutschen, daß sie jetzt so "hysterisch" reagierten, sagt Brüderle. Keine Nation habe so hektisch Beschlüsse gefaßt wie Deutschland.

Andere frühere Atomkämpfer machen dagegen ihren Frieden mit der neuen Lage. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Georg Nüßlein, hat das Kernkraftwerk Gundremmingen im Wahlkreis stehen. Er hat es immer verteidigt. Nun sagt er: "Wenn dein Pferd tot ist, dann steig ab." Es gebe zwar noch ein paar Kollegen, die auf dem toten Gaul weiterreiten wollten. "Jetzt geht es aber um die Frage, wann und wie die Beerdigung stattfindet."

Die Meinungen in der Koalition gehen weit auseinander. Wie daraus ein konsistenter Kurs werden soll, weiß auch die Kanzlerin nicht. Das Risiko besteht, daß sich ihre Wende als Schnellschuß erweist: juristisch, finanziell und politisch.

Rot-grüne Spannungen

Der Atomausstieg war nie ein Anliegen von Unionspolitikern, er war das identitätsstiftende Projekt der ersten rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder. Bis heute feiern es Sozialdemokraten wie Öko-Aktivisten als einen ihrer größten Erfolge, den mächtigen Stromkonzernen ein Enddatum für die Kernenergie abgetrotzt zu haben.

Verständlich, daß die beiden Parteien nun daran anknüpfen wollen. Am 27. März, das ist die

Botschaft ihrer Parteiführungen, wird in Baden-Württemberg nicht mehr nur über eine neue Landesregierung abgestimmt, sondern über die Energiewende in Deutschland. Über die Rückkehr zum Atomausstieg.

Um zu gewinnen, müssen Rote und Grüne vor allem bürgerliche Wähler gewinnen. Und die, so lautet die Analyse in den Parteizentralen von SPD und Öko-Partei, schätzen es nicht, wenn Politiker allzu rechthaberisch auftreten, schon gar nicht im Angesicht einer Jahrhundertkatastrophe. Deshalb lautet die neue rot-grüne Parole: nur nicht übertouren.

Die Grünen bemühten sich vorige Woche besonders darum, bloß nicht zu viel Triumph zu zeigen. Fraktionschef Jürgen Trittin gab sich im Bundestag betont staatsmännisch und sagte, auch für die Grünen werde es wegen der vielen neuen Stromleitungen, die nötig sind, "unbequem" werden. Man wolle sich als "Stimme der Vernunft" präsentieren, so die interne Ansage. Die Umfragen verzeichneten nach längerer Flaute wieder einen steigenden Zuspruch für die alte Anti-Atom-Partei. Der Grünen-Führung war das Beleg dafür, daß die Kraft in diesen Tagen vor allem in der Ruhe lag.

Das sollte auch der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hans Christian Markert erleben. Der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Landtagsfraktion mailte vorigen Donnerstag einen Neun-Punkte-Plan zum beschleunigten Ausstieg aus der Atomwirtschaft nach Berlin, der radikaler war als das rot-grüne Vorläuferkonzept.

Dem Bundesvorstand ging das entschieden zu weit. Dessen Antrag für den kleinen Parteitag am Wochenende in Mainz blieb wesentlich vager. Danach wollen die Grünen den Ausstieg zwar bis 2017, aber sie "streben" ihn lediglich an - wenn bis dahin genügend Alternativenenergien zur Verfügung stehen.

Die SPD kann sich über die neue politische Großwetterlage ebenfalls nicht ungetrübt freuen. Die Genossen plagt eine begründete Angst: Im Zweifel wählen die Leute das Original, und das sind in diesem Fall die Grünen. Um so lauter muß die SPD klappern. "Die Bundesregierung hat mutwillig den Energiekonsens zerstört, den SPD und Grüne in Deutschland hergestellt hatten", sagt Thüringens SPD-Wirtschaftsminister Matthias Machnig. "Die Regierung ist gut beraten, zu diesem Energiekonsens zurückzukehren, damit spätestens 2021 das letzte Atomkraftwerk vom Netz geht."

So könnte die lautstarke Atomdebatte der vergangenen Woche paradoxerweise zu einem neuen politischen Konsens im Lande führen, mit dem rot-grünen Ausstiegsgesetz als Kompromißlinie. Die Angst vor dem Atom könnte zudem den Weg bahnen in eine grünere Energiezukunft, mit mehr Windrädern, neuen Elektrizitätsnetzen, aber auch höheren Strompreisen.

Noch ist nicht sicher, ob die Bundesbürger bereit sind, die Konsequenzen eines beschleunigten Atomausstiegs zu tragen. Höchst wahrscheinlich ist dagegen, daß es viele Europäer nicht sind.

Als die Kanzlerin vergangene Woche forderte, das Thema Atomkraft auf die Tagesordnung des europäischen Gipfels diese Woche in Brüssel zu setzen, meldeten die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens Vorbehalte an. "Frankreich unterstrich die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Wahl des Energiemix", heißt es in einem Drahtbericht der Ständigen Vertretung Deutschlands in Brüssel. Noch größer war der Widerstand der Briten, wie aus der Depesche hervorgeht: "Großbritannien", heißt es in dem Bericht, warne "vor übereiltem Aktionismus".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 2. April 2011 (x887/...):

>>**Was wußten die Deutschen?**

Alfred M. de Zayas belegt, daß der Holocaust ein Staatsgeheimnis war

Noch ein Buch über das, was die Deutschen von Hitlers Mega-Verbrechen wußten oder nicht wußten! Dieser Seufzer kommt dem Kenner der Literatur über die Lippen angesichts der Vielzahl einschlägiger Veröffentlichungen, zuletzt Peter Longerich: "Davon haben wir nichts ge-

wußt" und Frank Bajohr/Dieter Pohl: "Der Holocaust als offenes Geheimnis".

Wer dennoch zu "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich" von Alfred M. de Zayas greift, bereut es nicht. Das Buch ist das Ergebnis von mehr als 35 Jahren Forschung in amerikanischen, britischen, deutschen und schweizerischen Archiven sowie Hunderten von Interviews mit Zeitzeugen, Beamten, Diplomaten, Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichtern sowie auch Anklägern und Verteidigern beim Manstein-Prozeß.

So dokumentiert de Zayas, ein US-amerikanischer Völkerrechtler und Historiker, der Standardwerke über die Vertreibung und über die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts veröffentlicht hat, viel Neues und geradezu Sensationelles.

Doch zunächst zur Gliederung: Nach einer Skizze der zeitgeschichtlichen Forschung und der zeitgeschichtlichen Mängel bietet de Zayas Porträts namhafter Funktionäre des Dritten Reiches immer mit Blick auf die Frage, ob ihnen nach Kriegsende Mitwisserschaft nachzuweisen war. Einer aus dieser Galerie der Schwerstbelasteten ist Hitlers Nachfolger als Staatspräsident, Karl Dönitz, dem die Sieger in Nürnberg keine Mitwisserschaft hinsichtlich der Judenmorde anlasten konnten, und den de Zayas zweimal interviewte. Ein weiterer ist ein SS-Richter. Gönnen wir uns eine kurze Leseprobe:

"Vielleicht erscheint die Haltung Dönitz' ... (er hatte 1945 die Verfolgung der NS-Mörder angeordnet) erstaunlich ... Aber was ist unwahrscheinlicher als die Tatsache, daß die deutsche Gestapo in Lublin es war, die im Jahre 1943 die Morde in Lublin-Maidanek entdeckte und um eine Aufklärung der Morde ersuchte, und daß es der mit der Untersuchung von Korruptionsfällen beauftragte SS-Richter Dr. Georg Konrad Morgen war, der auf die Spur der Morde in Auschwitz kam und Verfahren einleitete, unter anderem gegen ... Rudolf Höß und SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann."

Was wußte der Widerstand? Sogar ein Mann wie Hellmuth James Graf von Moltke wußte nur Bruchteile. So lautet eine Einsicht, die wir der Lektüre verdanken.

Natürlich hat es über die Täter hinaus Mitwisser gegeben, nach de Zayas' Schätzung: ein Prozent Beteiligte und fünf Prozent Mitwisser. Doch Wissen allein begründet noch keine Schuld. Die beste Freundin der Mutter des Rezensenten hatte drei Söhne. Der älteste wurde, weil geistig behindert, Opfer der "Euthanasie" wie Hunderttausend andere. Also von Hitler ermordet! Das wußte die Mutter, das wußten der Vater und die Brüder (und auch wir). Dennoch taten die Männer als Soldaten weiter ihren Dienst. Was wäre die Alternative gewesen? Hätten sie den Dienst verweigert, hätte die leidgeprüfte Frau alle Söhne und ihren Mann verloren.

Gab es bei anderen Völkermorden Befehlsverweigerung in großem Umfang? Konnten die Verbrechen geheimgehalten werden, zum Beispiel die Liquidierung der Armenier? Lange Zeit ja. Und bis heute wissen es Millionen nicht oder wollen es nicht wissen.

De Zayas hat seine Forschung vollkommen unbefangen begonnen. Er hat gefragt und hinterfragt. Er stellt den Deutschen keinen Persilschein aus, lehnt aber die Kollektivschuldthese nicht nur als unhistorisch, sondern vor allem als menschenverachtend ab. Das Buch gehört in jede Bibliothek.

Alfred de Zayas: "Völkermord als Staatsgeheimnis - Vom Wissen über die 'Endlösung der Judenfrage' im Dritten Reich", ... München 2011 ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 16. April 2011 (x887/...):
>>Ohne Wahrheit keine Versöhnung

Heinz Nawratil über die in der Öffentlichkeit gern verdrängten Fakten zur deutsch-polnischen Vergangenheit

Die beiden zentralen Thesen des Buches "Die Versöhnungsfalle - Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein" von Heinz Nawratil sind:

Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten fand zwar infolge des Zweiten Weltkriegs-

ges statt, war aber nicht nur zur kollektiven Bestrafung der NS-Verbrechen gedacht, sondern vielmehr die Ausführung eines Planes, der schon auf die Zeit vor Hitler zurückgeht. Daraus ergibt sich die zweite These:

Der frühere polnische Chauvinismus steht dagegen, für die Vergangenheit die Polen ausschließlich als Opfer und die Deutschen ausschließlich als die Täter der historischen Verbrechen im gegenseitigen Verhältnis zu bezeichnen.

Nawratils Thesen sind in der öffentlichen Debatte unerwünscht. Doch in seinem Buch lassen sich zahlreiche Belege finden. Diese werden gekrönt durch ein Zitat aus den Schriften des Historikers Andreas Hillgruber, an dessen wissenschaftlicher Reputation nichts zu rütteln ist:

"Die Komplexität des Geschehens (im Zweiten Weltkrieg) wurde auf unzulässige Weise ausschließlich - fast monokausal - als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der hitlerischen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlage interpretiert, ohne daß die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Doch war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung, es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch gelangten."

Und das Niveau unserer deutschen Verantwortlichen in dieser Thematik wird in diesem Buch aus einem Zitat des Bundeskanzlers Helmut Schmidt von 1979 deutlich:

"Wenn man ein bißchen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war - 20, 30, 100 oder 200 Jahre - dann gibt es Gebiete, in denen haben nacheinander Wenden und slawische Völker, dann Polen, Russen, dann Deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt - ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes willen, laßt uns da nicht wieder anfangen."

Unsere Staatsmänner haben "verinnerlicht", wie man seit ungefähr 1968 sagt, daß in der deutschen Politik nationale Akzente nach außen im Zweifel nicht konsensfähig sind und nach innen nichts bewirken, als der jeweiligen Opposition die Revanchismuskeule in die Hand zu drücken. So vorsichtig verhält sich auch unsere aktuelle Bundeskanzlerin. Anders ist es nicht erklärlich, daß sie die von Polen her rüde beleidigte Erika Steinbach schlicht im Stich ließ.

Wohlgemerkt: Dem Autor geht es keinesfalls um die nachträgliche In-Frage-Stellung der Oder-Neiße-Grenze. Denn ebenso wenig wie man von denjenigen, der über politische Merkwürdigkeiten bei unseren französischen Nachbarn berichtet, deswegen gleich behaupten kann, er wolle Elsaß-Lothringen zurückfordern, darf derjenige, der einige Einzelheiten über polnischen Chauvinismus zum Besten gibt, als Polenfeind abgestempelt werden.

Eines bleibt allerdings bestehen: In Polen scheint man sich insgeheim dessen bewußt zu sein, daß die deutschen Ostgebiete durch blutiges Unrecht, das gemäß manchen Völkerrechtlern sogar den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, erworben worden sind. An diesem fortwährenden Bewußtsein ändern auch die unverrückbarsten Verträge mit den deutschen Nachbarn nichts. Also muß es nach Kräften verdrängt werden, weshalb man zum Beispiel behauptet, man hätte 1945 die deutschen Ostgebiete gar nicht haben wollen.

Aber die West-Ideologen vor 1945, etwa Dmowski, hatten deren Gewinnung als eine "Rückkehr" ehemals piastischer Gebiete gefordert, die von den Deutschen nur entfremdet worden seien. Schon auf dem Prager Slawenkongreß von 1848 waren Stimmen laut geworden, die Slawen mußten die Germanen kräftig nach Westen zurückdrängen, denn auf beiden Seiten, auf "germanischer" (deutscher) und auf slawischer, begann man damals, sich in eine Art gegenseitiger Endkampf-Stimmung hineinzusteigern.

Es ist einzuräumen - das tut der Autor allerdings nicht -, daß eine polnische West-Expansion über die 1918/19 erreichten Grenzen hinaus zwar viele publizistische Befürworter fand, aber nicht offizielle polnische Außenpolitik gewesen ist. Der Fall ist ähnlich wie mit der Außenpolitik der Zaren im 19. Jahrhundert, die man nicht für alle Grotesken des in der Intelligenz des Reiches grassierenden Panslawismus in Haftung nehmen kann. Offen bleibt jedoch dabei die

Frage, wie expansiv die polnische Deutschland-Politik geworden wäre, wenn die Machtverhältnisse es gestattet hätten.

Nach der Lektüre des Buches entsteht der Eindruck, daß, da man doch nun in Europa friedlich zusammenleben muß, nach 1945 auf deutscher Seite weitaus mehr an selbstkritischer Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hat als auf polnischer.

Der Autor zitiert Josef Ratzinger, der 1979 sagte, eine Liebe, die den Verzicht auf Wahrheit voraussetze, sei keine Liebe. Diese Anhebung auf die theologische Ebene ist gerade bei den Polen gerechtfertigt, da bei ihnen schon länger die Vorstellung umgeht, sie seien ein "messianisches" Volk, das eigentlich dazu da sei, eine Art göttlicher Harmonie unter den Völkern zu garantieren. Bei Papst Johannes Paul II. wurde daraus die Vorstellung, Polen müsse der EU beitreten, um diese von innen heraus moralisch zu läutern.

Mit Geschichtsklitterungen kommt man auf diesem Wege jedoch nicht vorwärts, siehe Ratzinger. Auch nicht mit dem in Polen unleugbaren Antisemitismus. Der berüchtigte Madagaskar-Plan zur Abschiebung der europäischen Juden war eine polnische, keine deutsche Erfindung! Das hat damit zu tun, daß ein "messianisches" Volk sich in Konkurrenz empfinden muß zum "auserwählten" Volk ...

Heinz Nawratil: "Die Versöhnungsfälle - Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein", ... München 2011 ...<<

In zahlreichen syrischen Städten ereigneten sich am 22. April 2011 große Demonstrationen Präsident Assad. Während der gewaltsamen Auseinandersetzungen wurden vermutlich über 70 Demonstranten getötet.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete später (im Jahre 2013) im COMPACT-Spezial Nr. 2 über den Syrischen Bürgerkrieg ab 2011 (x348/63-65): >>Syrien:

Wie alles anfang

Ein Konflikt in der Beduinenstadt Daraa im Frühjahr 2011 war der Zündfunke, der Syrien in Brand setzte. Obwohl Präsident Assad alle Forderungen der Bewohner erfüllte, begannen ausländische Kämpfer mit dem Schießen.

_ von Dorothea Schäfer

Geplant war es schon lange. Angefangen aber hat es in Daraa, einer Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern an der Grenze zu Jordanien. Obwohl Daraa eine Beduinenhochburg ist wie Homs und Hama, hat man es anfangs im Westen so dargestellt, als sei es der Beginn einer Studentenrevolte. Das war falsch, denn den Studenten ging es in Daraa wie überall in Syrien durch die Bank gut. Es war ganz anders: Da war eine Gruppe Jugendlicher, fast noch Kinder, die Anfang Februar 2011 verantwortlich zeichneten für eine Aktion, bei der es zu Personen- und Sachschaden kam. Die Fast-noch-Kinder landeten im örtlichen Gefängnis, wo man ihnen un- gut mitspielte.

Es waren Tage vergangen, bis die Väter und Onkel und Scheichs einen Termin beim Bürgermeister erreicht hatten. Sie wurden vorstellig und baten: "Gebt uns unsere Söhne und Neffen zurück. Es sind Tage vergangen, sie hatten Strafe genug - und es sind Kinder, einige unter ihnen sind gerade erst sechzehn Jahre." Der Disput ging hin und her.

In dieser Gegend tragen die Beduinen traditionelle Bekleidung: den langen Kaftan und als Kopfbedeckung Kufiya, ein weißes oder farbiges Baumwolltuch, gehalten von einer meist schwarzen Baumwollkordel, dem Aqal. Außer im ganz privaten Umfeld gehört es sich nicht, sich ohne Kopfbedeckung zu zeigen; es wäre nicht ehrenvoll. Die Kopfbedeckung ist ein Symbol für die Ehre, insbesondere die Aqal.

"Gib uns unsere Kinder zurück - sie sind das Kostbarste, das wir haben. Wir ergeben uns Dir - sag, was Du willst. Und als Pfand unserer Unterwerfung geben wir unsere Ehre!", sagten die Väter und Onkel und nahmen - welch ein Schritt! - zum Zeichen, wie ernst es ihnen war, vor dem Bürgermeister ihre Kufiyas und Aqals ab und legten sie auf seinen Schreibtisch. Welch

Geste!

Assad stoppt die Bürokraten

Und der Bürgermeister? Der machte eine wegwerfende Geste mit dem Arm und fegte seinen Schreibtisch leer: "Weg mit diesem dreckigen Zeug..." und mit einer Handbewegung ließ er den in Kufiyas und Aqals manifestierten Stolz der Beduinen im nächstbesten Papierkorb entsorgen. Nun... daraufhin ging es recht heftig zu. Nicht nur auf dem Bürgermeisteramt - das ganze Städtchen Daraa probte den Aufstand.

Die Kunde drang ziemlich schnell zum Präsidenten, der umgehend reagierte: Die Kinder kamen, wenn auch etwas lädiert (und wie gemunkelt wird, soll wohl auch eines gefehlt haben) umgehend aus dem Gefängnis frei. Der Bürgermeister, wie auch der ebenfalls in die Affäre verwickelte Gouverneur, wurden ihres Amtes enthoben und zur Verantwortung gezogen. Und - geübt im Umgang mit all den Ethnien in seinem Land - schickte der Präsident seine Entschuldigung an die Väter, Onkel und Scheichs, einhergehend mit einer Einladung zum Gespräch im Präsidentenpalast. Ganz im Sinne der Beduinentraditionen hieß es in der präsidentialen Nachricht: "Nur ihr und ich - keiner dazwischen!"

Kaum war die Nachricht überbracht, trafen Reisebusse aus Damaskus ein, und nicht nur die Väter, Onkel und Scheichs nahmen Platz, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims. Der Präsident entschuldigte sich: Es hätte niemals vorkommen dürfen. Und er hörte dem zu, was ihm die Beduinen berichteten, und man diskutierte, was für die jungen Leute getan und was verbessert werden konnte. Es wurde auch erörtert, wie es überhaupt zu den Vorfällen kommen konnte - Graffiti und mutwillige Zerstörung an Gemeinschaftseigentum werden in der Region bei der jungen Generation nicht nur kaum praktiziert, sondern sind eher ziemlich unbekannt.

Zwei- bis dreimal am Tag wurde von ver mummt von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal.

Die Spur führte zu einer Lehrerin, die den Jugendlichen ausführlich geschildert hatte, wie es im Westen zugeht und sie zu ihrem Tun ermutigt hatte. Von ihr hatten sie erfahren, daß dies "Revolution" sei. Ein im gegebenen Kontext eher skurril anmutendes Detail, dem man zu jenem Zeitpunkt nicht übermäßig Aufmerksamkeit schenkte - das kam erst später, als ein anderer Zusammenhang da war.

Irgendwann dann ging es im Gespräch um Wiedergutmachung. "Was wollt ihr?", fragte Assad. Das Entrichten von Blutgeld oder ähnlichen Wiedergutmachungen ist in Beduinenkreisen auch heute nichts Ungewöhnliches, sondern eine nützliche und heutzutage zunehmend praktizierte Technik, die Blutrache und ähnliche Dinge vermeiden hilft.

Da war Verschiedenes, das sie sich zum Teil lange schon für ihr Städtchen, für ihre Gemeinschaft, für die Familie gewünscht hatten. Der Präsident sagte: Ja. Und: Ja. Und dann kam ein merkwürdiger Wunsch, der zentrale Wunsch: Man habe aufgrund der Vorfälle derzeit das Vertrauen in die Obrigkeit verloren, man brauche Zeit und Abstand, um dieses wiedergewinnen zu können.

Aus diesem Grund wolle man für einen näher zu bestimmenden Zeitrahmen keine Staatspräsenz, insbesondere keine Polizei mehr in Daraa. Der Präsident war verblüfft: Keine Polizei? Was sei denn bei kleinkriminellen Vorfällen wie Diebstahl, Einbruch, Betrug? - "Wir schützen uns selbst", lautete die Antwort. Und die Regelung des zeitweise nicht unerheblichen Verkehrsaufkommens an zentralen Brennpunkten der City? - "Wir regeln das selbst". Assad zögerte: Für wie lange solle die Regelung denn gelten? Ein paar Wochen nur ... Nun gut. Er gewährte auch dies.

Die Väter, Onkel und Scheichs, auch die Schulleitung, die Lehrer und der Vorstand des Jugendfreizeitheims nahmen ihre Plätze in den Bussen wieder ein und fuhren heim. Dort gab es viel zu berichten von der Reise nach Damaskus, und zunächst ließ sich alles erstaunlich gut

an: Man organisierte sich selbst und es funktionierte, sogar der Straßenverkehr soll, nachdem die Beduinen die Regelung übernommen hatten, reibungsloser funktioniert haben.

Ankunft der Terroristen

Es waren keine zwei Wochen ins Land gegangen, da tauchten Fremde auf in Daraa. Erst einige, dann viele, und immer mehr. Zunächst aus Jordanien und dem Libanon, dann aus Saudi-Arabien und Ägypten. Erst einfach nur Fremde, die sich unter die Bevölkerung mischten:

"Ihr seid doch wohl nicht zufrieden, nach all dem, was hier passiert ist! Ihr habt euch mit wenig abspeisen lassen! Schön blöd - reingefallen! Habt euch von der Regierung einwickeln lassen, typisch Beduinen - einfache Gemüter. Wann werdet ihr lernen, euch zu wehren? Laßt euch das doch nicht gefallen. Ihr wart doch mal Krieger - die Herren der Wüste! Und jetzt? Jetzt kuschelt ihr!"

Daraa ist ein Grenzstädtchen ganz im Süden. Israel ist nicht weit, es sind nur 50 Kilometer Luftlinie nach Tiberias und 75 nach Nazareth. Nach dem sogar nur 25 Kilometer entfernten Idlib auf der jordanischen Seite ist es lediglich ein Katzensprung, ein schmaler Streifen Wüste, durch den die Grenzlinie verläuft. Wer will sie kontrollieren?

Bald kamen Hunderte und Aberhunderte, darunter ein Trupp jordanischer Krimineller und Outlaws. Die syrische Regierung beschwerte sich, Jordanien entschuldigte sich, aber die Leute blieben. Man hatte ihnen Sold gegeben und sie mit Waffen ausgestattet. Auch einige Militärs aus Nachbarländern. Zwei Generäle recht unterschiedlicher Herkunft und ohne Visum wurden festgenommen. Aus Ägypten kamen Spezialistentrupps, ebenfalls besoldet. Dieselben, die bereits erfolgreich die ersten Anstöße des "Frühlings" in Ägypten losgetreten hatten, ehe im zweiten Schritt dann die Studenten und die Jugend mobilisiert wurden.

Und dann, kurz vor Ostern 2011, ging es los: sinnlose Gewalt, Übergriffe, Schüsse, Bomben. Zwei- bis dreimal am Tag wurde von ver mummt en Trupps von den Dächern auf alles, was sich bewegt, gefeuert - Männer, Frauen, Kinder, Katzen, Hunde, Vieh - egal. Dann kamen die Panzer. Jürgen Todenhöfer beschreibt in einem seiner Augenzeugenberichte, wie er selbst bei seinen Recherchen in einen solchen Kugelhagel aus dem Hinterhalt geriet. Er schildert auch, wie ihn die Menschen auf der Straße anhielten und ihm Vorwürfe machten, weil auf Druck des Westens die Panzer abgezogen wurden und seither mehrmals täglich wieder das Kreuzfeuer hemmungslos von den Dächern prasselt.

Scheichs und Agitatoren

Schon bald breiteten sich die Unruhen in die umliegenden Beduinengebiete aus. Selbst in den Tiefen der Wüste schwanden die Chancen auf Frieden und Glück. Dörfer, die bisher gut zusammengelebt hatten, gerieten in Feindschaft. Ein Beispiel: In einem sunnitischen Dorf gab es Gerede über Waffen in großen Mengen, die in ein alawitisches Dorf in der Nachbarschaft geliefert worden seien. Die betagten Scheichs aus beiden Ortschaften, die ein Leben lang freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Stämmen gepflegt hatten, trafen sich. "Was soll das? Wir hören schlechte Nachricht, daß ihr euch bewaffnet!", sagt der eine. "Ja", sagt der andere, "denn wir wissen, daß es bei euch ebenso ist."

Und auch durch diese entlegenen Gegenden zogen die Trupps der Agitatoren. "Geht nach Homs, geht kämpfen, laßt eure Brüder nicht alleine, gemeinsam werdet ihr siegen!" Immer wieder ziehen sie durch die Dörfer, und immer wieder finden sich junge Leute, die zum einen gern ein bißchen Geld für die Familie annehmen und zudem glauben wollen, was man ihnen erzählt: daß es ehrenvoll sei, für eine gute Sache zu kämpfen, daß es gut sei, den alten Kampfgeist ihrer Vorfahren aufleben zu lassen, daß sie gute Chancen hätten, ins Fernsehen zu kommen - nicht nur in Al Jazeera, sondern sogar ins europäische Fernsehen -, daß sie zum Ruhm ihres Stammes an der neuen Regierung beteiligt sein würden und vor allem, daß die arabischen Landsleute endlich, endlich die Leistung der Beduinen anerkennen würden. ...

Was nützt es schon, dagegen zu halten und zu erklären, daß im Westen zwar täglich über Sy-

rien berichtet wird, doch keiner ahnt, was es mit den Beduinen auf sich hat, mit den Agitatoren, mit der im Westen verherrlichten Splittergruppe der Exil-Opposition, die nicht mal einen Plan hat, wie es nach dem Sturz weiter gehen soll. Braucht sie auch nicht - da hilft der Westen dann sicher gerne aus.

Ebenso nutzlos ist es, hierzulande zu hinterfragen, warum die Medien in China und der Sowjetunion so unterschiedlich zu unseren berichten, daß man kaum glauben mag, daß vom selben Land die Rede ist. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß wir die Guten sind und am besten wissen, was gut für jedermann ist. Wir, der Westen, helfen gerne - sei es zum eigenen Vorteil, sei es aus uninformatem Gutmenschentum. Man nenne nur ein einziges Land in der Region, wo die Folgeschäden dieser "Hilfe" reparabel wären.

_ Dorothea Schäfer bereist das syrische Kernland, so auch Homs, Hama, Daraa und die Umgebung seit vielen Jahren. Berichte ihrer dortigen Freunde haben den obigen Artikel möglich gemacht. - Erstveröffentlichung in COMPACT 9/2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. April 2011 (x887/...):

>>**Frieden schaffen**

von *Max Klaar*

Die immer noch aufrechterhaltene Feindstaatenklausel der UN gegen das Deutsche Reich ist abzulösen. Die ehemaligen Kriegsgegner sollen zum Wohle ihrer Völker auf der Grundlage eines Friedensvertrages als souveräne, gleichberechtigte Partner den Weg der Sicherheit und Zusammenarbeit durch friedlichen Interessenausgleich beschreiten.

Dazu schlägt der Verband deutscher Soldaten e.V. vor:

1. Gegenseitiges auf ewig gültiges Verzeihen aller aneinander begangener Völkerrechtsverbrechen im Zuge der Kriegshandlungen.
2. Gegenseitiger und endgültiger Verzicht darauf, sich diese Verbrechen wechselseitig vorzuwerfen und Ansprüche daraus geltend zu machen. Die unselige und rückwärtsgewandte Kriegsschulddebatte ist nach den beiden Weltkriegen zu beenden. Dazu halten wir für erforderlich:
3. Öffnung aller Archive der ehemaligen Kriegsgegner zur Erforschung der wahren Gegebenheiten in den Abläufen 1910 bis 1950 und Rückgabe der beschlagnahmten, unverfälschten Archivstücke auf Gegenseitigkeit.
4. Berufung einer Wahrheitsfindungs-Kommission von unabhängigen Historikern zur Auswertung der bisher geheimgehaltenen Dokumente aus verschlossenen Archiven und Übernahme ihrer Ergebnisse in die Bildungsarbeit. Der Frieden soll zwischen den Vertragspartnern unumkehrbar gemacht werden. Das ist zu erreichen durch:
5. Beendigung aller Besatzungen und Auflösung militärischer Fremdstationierungsstützpunkte im Vertragsgebiet.
6. Unverletzlichkeit aller Staatsgrenzen der Vertragspartner.
7. Rückgabe beschlagnahmten Eigentums; wo das nicht möglich ist, wird über eine Regelung Einigkeit hergestellt.
8. Verpflichtung zur Öffentlichkeit der Diplomatie.
9. Umwandlung der Nato zur Neso (Northern Earth Security Organisation). Diese soll als politische Organisation und zugleich reine Verteidigungsgemeinschaft gewährleisten, daß kein Mitglied im Bunde mit anderen Mitgliedern dieser Organisation gegen einen dritten Staat der Gemeinschaft aus Eurasien und Nordamerika koalieren kann.
10. Die Neso soll den freien Welthandel sichern. Sie erklärt dazu die Offenheit der Handelswege zu Land, Luft und See.
11. Piraterie wird geächtet. Alle Nationen haben zur Abwehr der Piraterie das Notwehrrecht.
12. Die Neso-Staaten erklären den Verzicht auf Gewalt als Mittel ihrer Politik. Sie werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker respektieren und nie wieder als erste Waffen einsetzen. Nur die UN haben das Gewaltmonopol, gegen Staaten vorzugehen, die Völkerrechtsverbrechen wie Völkermord und/oder Vertreibung begehen.
13. Die Neso-Staaten werden keinen anderen Staat unterstützen, der sich künftig des Völkerrechtsverbrechens der Vertreibung und/oder des Völkermordes schuldig macht.

14. Die Neso-Staaten garantieren religiöse Toleranz und werden keine religiösen Dominanzbestrebungen zulassen.

Auf der Grundlage dieser Punkte sind die Regierungen aller betroffenen Staaten zu einer Friedenskonferenz nach Münster und Osnabrück einzuladen, um den Zweiten Weltkrieg abzuschließen und dadurch künftigen Generationen die Perspektive einer friedlichen Zukunftsordnung in gegenseitiger Achtung und Verantwortung zu ermöglichen.

Nachdruck aus "Soldat im Volk". Max Klaar ist Oberstleutnant a.D. und Bundesvorsitzender des Verbandes deutscher Soldaten e.V.<<

Der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TAB) berichtete am 27. April 2011 dem Deutschen Bundestag über die Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften - am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung. Drucksache 17/5672 (x1.066/...): >>**Vorwort des Ausschusses**

Als Lebensadern hochtechnisierter Industrienationen gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energieversorgung, funktionierende Wasserver- und Abwasserentsorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und Transportwege sowie eine jederzeit zugängliche Informations- und Telekommunikationstechnik.

Deshalb beauftragte der Ausschuß für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) zu untersuchen, wie sich ein langandauernder und großflächiger Stromausfall auf besonders kritische Infrastrukturen wie z.B. Trinkwasser, Abwasser, IuK-Systeme, Finanz- und Gesundheitsdienstleistungen auswirken könnte, insbesondere im Fall eines Kaskadeneffekts über Länder- und nationale Grenzen hinweg.

Die Abhängigkeit von solchen (kritischen) Infrastrukturen hat sich in Deutschland in der Folge von Naturkatastrophen und technischen Störungen in den letzten Jahren bereits mehrfach gezeigt (Elbe- und Oderhochwasser 2002/2005, Stromausfall Münsterland 2005, Sturm Kyrill 2007). Versorgungsengpässe, Störungen der öffentlichen Sicherheit und Beeinträchtigungen im Straßen- und Schienenverkehr haben einen Eindruck von der Verletzbarkeit moderner Gesellschaften gegeben sowie höchste Anforderungen an das Gesundheits-, Notfall- und Rettungswesen gestellt.

Aufgrund der großen Abhängigkeit nahezu aller Kritischen Infrastrukturen von der Stromversorgung, kommt dem Szenario eines großflächigen und längerfristigen Stromausfalls mit der Folge massiver Versorgungsstörungen, wirtschaftlicher Schäden sowie Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit eine zentrale Bedeutung zu. ...

Berlin, den 7. April 2011

Zusammenfassung

In modernen, arbeitsteiligen und hochtechnisierten Gesellschaften erfolgt die Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen durch ein hochentwickeltes, eng verflochtenes Netzwerk "Kritischer Infrastrukturen". Dazu zählen u.a. Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Energieversorgung oder das Gesundheitswesen. Diese sind aufgrund ihrer internen Komplexität sowie der großen Abhängigkeit voneinander hochgradig verletzlich.

Terroristische Anschläge, Naturkatastrophen oder besonders schwere Unglücksfälle haben nicht erst im zurückliegenden Jahrzehnt offenkundig gemacht, welche weitreichenden Folgen die Beeinträchtigung oder der Ausfall Kritischer Infrastrukturen für das gesellschaftliche System insgesamt haben können.

Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle Kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern.

Trotz dieses Gefahren- und Katastrophenpotentials ist ein diesbezügliches gesellschaftliches Risikobewußtsein nur in Ansätzen vorhanden. ...

Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls

Als Ursachen für einen langandauernden und regional übergreifenden Stromausfall kommen u.a. technisches und menschliches Versagen, kriminelle oder terroristische Aktionen, Epidemien, Pandemien oder Extremwetterereignisse in Frage. Vielfach wird erwartet, daß künftig die Ausfallwahrscheinlichkeit größer wird, u.a. deshalb, weil die Gefahr terroristischer Angriffe und klimabedingte Extremwetterereignisse als Ursachen eines Netzzusammenbruchs zunehmen werden.

Aufgrund der Erfahrungen mit bisherigen nationalen und internationalen Stromausfällen sind erhebliche Schäden zu erwarten. Bisherige Stromausfälle dauerten höchstens einige Tage, einige verursachten jedoch geschätzte Kosten von mehreren Mrd. US-Dollar. Für den Fall eines mehrwöchigen Stromausfalls sind die Schäden zu erwarten, die um Größenordnungen höher liegen.

Die verschiedenen Sektoren Kritischer Infrastrukturen sind umfassend von einer kontinuierlichen Stromversorgung abhängig. Unterstellt man das Szenario eines mindestens zweiwöchigen und auf das Gebiet mehrerer Bundesländer übergreifenden Stromausfalls, kämen die Folgen einer Katastrophe nahe. ...

Lebensmittel

Der Sektor Lebensmittel umfaßt die komplexe Versorgungskette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher. Als Folge des Stromausfalls ist die Versorgung mit Lebensmitteln erheblich gestört; deren bedarfsgerechte Bereitstellung und Verteilung unter der Bevölkerung werden vorrangige Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängt nicht nur das Überleben zahlreicher Menschen ab, sondern auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

Aufgrund fehlender Klimatisierung und Durchlüftung kommt es innerhalb der ersten Tage zu Schäden in der Unterglasproduktion von Obst und Gemüse sowie an Lagergut. In der Tierhaltung werden die für Leben und Gesundheit der Tiere wichtigen Funktionen in der Stalltechnik zunächst durch (vorgeschriebene) NSA aufrechterhalten. Der Ausfall der weiteren Stall- und Melktechnik beeinträchtigt jedoch das Wohlbefinden der Tiere und kann bei Milchvieh zu Euterentzündungen und in der Folge zum Tod führen.

Sobald der Treibstoffvorrat für die NSA erschöpft ist, was zumeist nach 24 Stunden der Fall ist, leiden die Tiere unter der manuell nicht zu leistenden Versorgung mit Futter, Wasser und Frischluft. Am problematischsten ist die Versorgung von Schweinen und Geflügel in Beständen mit mehreren Tausend Tieren. Unter diesen Bedingungen überleben die Tiere oft schon die ersten Stunden nicht.

Die weiterverarbeitende Lebensmittelindustrie fällt zumeist sofort aus, so daß die Belieferung der Lager des Handels unterbrochen wird. Diese halten zwar umfangreiche Lebensmittelbestände vor, allerdings überwiegend in Form von (Tief-)Kühlprodukten. Nur wenige Lager können die erforderliche Notstromversorgung länger als zwei Tage aufrechterhalten. Dadurch werden auch der Warenumschlag und damit die Versorgung der Filialen massiv beeinträchtigt. Dort leeren sich die Regale innerhalb weniger Tage.

Verletzbarkeit und Bewältigungskapazitäten

Der Lebensmittelhandel erweist sich angesichts der erhöhten Nachfrage als das schwächste Glied der Lebensmittelversorgung. Schon nach wenigen Tagen ist mit ernsthaften Engpässen bei der Lebensmittelversorgung zu rechnen. Mit dem Ziel der Katastrophenbewältigung könnten die Behörden u.a. folgende Maßnahmen ergreifen:

- Auf Grundlage des Ernährungsvorsorgegesetzes wird die rationierte Freigabe der Bestände der "Zivilen Notfallreserve" und der "Bundesreserve Getreide" veranlaßt. Diese werden, wo

möglich, weiterverarbeitet und über sogenannte Sammelverpflegungseinrichtungen ausgegeben.

- Auf der Basis des Verkehrsleistungsgesetzes (VerkLG) werden Transportkapazitäten bereitgestellt. Ergänzend wird eine intensivierete übergebietliche Belieferung der betroffenen Region durch den Handel in Gang gesetzt.

- In ausgewählten Filialen des Lebensmittelhandels werden Ausgabestellen für Lebensmittel eingerichtet.

Diese werden mit NSA ausgestattet und bei der Treibstoffzuteilung berücksichtigt. Die entsprechenden Unternehmen koordinieren in Abstimmung mit den Behörden die erforderliche Logistik.

- Da ein großer Teil der Bevölkerung über keine Möglichkeit zur Zubereitung warmer Mahlzeiten verfügt, werden, z.B. durch THW, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Bundeswehr, Großküchen errichtet bzw. warme Mahlzeiten ausgegeben.

Trotz größter Anstrengungen kann aber mit hoher Wahrscheinlichkeit die flächendeckende und bedarfsgerechte Verteilung der Lebensmittellieferungen nur ungenügend gewährleistet werden. Eine Kommunikation über Vorrat und Bedarf zwischen Zentrale, Lager und Filiale ist wegen des Ausfalls der Telekommunikationsverbindungen erheblich erschwert. Das behördliche Katastrophenmanagement leidet erheblich unter dem Fehlen eines einheitlichen Lagebilds, so daß auch eine länderübergreifende Planung und Koordinierung von Maßnahmen drastisch erschwert sind. ...

Gesundheitswesen

Nahezu alle Einrichtungen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung sind von Elektrizität unmittelbar abhängig. Das dezentral und hocharbeitsteilig organisierte Gesundheitswesen kann den Folgen eines Stromausfalls daher nur kurz widerstehen. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation derart, daß selbst bei einem intensiven Einsatz regionaler Hilfskapazitäten vom weitgehenden Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. Krankenhäuser können mit Hilfe von NSA noch einen eingeschränkten Betrieb aufrechterhalten, Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime aber müssen zumindest teilweise geräumt werden und Funktionsbereiche schließen. Die meisten Arztpraxen und Apotheken können ohne Strom nicht mehr weiterarbeiten und werden geschlossen.

Arzneimittel werden im Verlauf der ersten Woche zunehmend knapper, da die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im vom Stromausfall betroffenen Gebiet nicht mehr möglich sind und die Bestände der Krankenhäuser und noch geöffneten Apotheken zunehmend lückenhaft werden. Insbesondere verderbliche Arzneimittel sind, wenn überhaupt, nur noch in Krankenhäusern zu beziehen. Dramatisch wirken sich Engpässe bei Insulin, Blutkonserven und Dialysierflüssigkeiten aus. ...

Versorgung mit Treibstoff und Notstrom

Für das Katastrophenmanagement ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung. Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;

- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;

- NSA, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrhäuser, mobile Funkstationen) funktionsfähig halten.

Grundsätzlich bieten trotz der ungünstigen Randbedingungen - wie insbesondere der Ausfall von Tankstellen - die existierenden Bewältigungskapazitäten in Form von Treibstoffvorräten

notwendige Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität der Akteure des Katastrophenmanagements.

Beispielsweise stehen durch die gesetzlich vorgeschriebene Erdölbevorratung erhebliche Treibstoffreserven zur Verfügung, die den Bedarf auch während eines langandauernden Stromausfalls decken könnten. Da Benzin und Diesel vor allem in oberirdischen Tanklagern vorgehalten werden, können dort die Tankwagen oder -züge nach dem Schwerkraftprinzip befüllt werden, falls Strom nicht zur Verfügung steht.

Trotz dieses Potentials ist es fraglich, inwieweit diese Kapazitäten und Ressourcen bei einem Stromausfall aktiviert und genutzt werden können. So dürften angesichts der Beeinträchtigungen der Verkehrsinfrastrukturen die Transportfahrzeuge nicht schnell und umfassend genug einsetzbar sein, um Treibstoffengpässe insbesondere in den urbanen Zentren zu verhindern.

Schließlich ist die Koordinierung und bedarfsgerechte Verteilung von Treibstofflieferungen eine äußerst komplexe Aufgabe - selbst wenn es gelänge, ausreichend Tankfahrzeuge von Mineralölkonzernen und Logistikdienstleistern auf der Basis des VerKLG einzubinden: Da ein großflächiges Gebiet betroffen ist, sind Probleme bei der Abstimmung von Zuständigkeiten sowie logistische Herausforderungen zu erwarten.

Problemverstärkend wirken die defizitären Kommunikationsmöglichkeiten, so daß es vielerorts zu Situationen der Fehl- oder Unterversorgung kommen wird.

Insgesamt wird deutlich, daß umfangreiche Vorkehrungen zur Gewährleistung von Transportdienstleistungen für die Versorgung mit Treibstoff im Krisenfall bestehen. Jedoch wird unter den spezifischen Bedingungen eines Stromausfalls die zeitnahe und gutkoordinierte Aktivierung und Verteilung der Treibstoffreserven ein kritischer Faktor für die Folgenbewältigung sein.

Ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Resilienz des Sektors bestünde in einer Verbesserung der unmittelbar vor Ort verfügbaren Ressourcen. Beispielsweise könnte vorgesehen werden, ausgewählte Tankstellen mit NSA auszustatten und kontinuierlich mit Treibstoff zu versorgen. Unter der Prämisse, daß diese prioritär für die Zwecke der Behörden und der Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, wären der Zeitdruck bei der Zuführung von Treibstoffreserven gemindert und die Mobilität und Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte für eine gewisse Zeit sichergestellt. Zugleich wäre es zum kontinuierlichen Betrieb von NSA erforderlich, an ausgewählten relevanten sicherheitskritischen Standorten zeitgerecht den notwendigen Brennstoff nachzuführen. ...

Information und Sensibilisierung der Bevölkerung

Hinsichtlich der Informiertheit und der Einstellung der Bevölkerung ist ein erhebliches Defizit zu konstatieren. Die Stromversorgung als Kritische Infrastruktur ist für die Bevölkerung kein Thema, die Möglichkeit von Stromausfällen und die Folgen einer Unterbrechung der Stromversorgung werden ausgeblendet. Erlebte Stromausfälle werden meist schnell vergessen.

Katastrophen wie Stromausfälle werden meist mit Extremwetterereignissen und Terrorismus assoziiert. Da Naturereignisse als unvermeidbar wahrgenommen werden und dem Terrorismus mit einer Art Fatalismus begegnet wird, meint man, als Privatperson diesen vermeintlich alleinigen Ursachen nicht vorsorgend begegnen zu können.

Dementsprechend gibt es keine nennenswerte Vorbereitung der Bevölkerung auf einen Stromausfall, und die Fähigkeiten zur Bewältigung seiner Folgen sind in dieser Hinsicht ungenügend. Angesichts der geringen Sensibilität für das Risiko und die Gefahren eines Stromausfalls sollte darüber nachgedacht werden, wie das Interesse der Bevölkerung durch Informationen und Beratung zu wecken und aufrechtzuerhalten wäre, um in Krisensituationen die Bürger in geeigneter Weise ansprechen zu können.

Dazu wäre zunächst eine wissenschaftlich fundierte Strategie für die Risikokommunikation mit der Bevölkerung vor einem Stromausfall zu erarbeiten. Dabei sollten die Bürger nicht als

passive Katastrophenopfer, sondern als kompetente und aktiv handelnde Akteure betrachtet werden.

Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein.

Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelösten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern.

Weitere Anstrengungen sind deshalb auf allen Ebenen erforderlich, um die Resilienz der Sektoren Kritischer Infrastrukturen kurz- und mittelfristig zu erhöhen sowie die Kapazitäten des nationalen Systems des Katastrophenmanagements weiter zu optimieren. Der Stromausfall als ein Paradebeispiel für "kaskadierende Schadenswirkungen" sollte deshalb auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft weiterhin hohe Priorität haben, auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen. ...

I. Einleitung

1. Verletzlichkeit moderner Gesellschaften

Als Lebensadern der modernen, hochtechnisierten Gesellschaften gelten ihre Infrastrukturen wie sichere Energietransportnetze, funktionierende Wasserversorgung, leistungsfähige Verkehrsträger und -wege sowie eine jederzeit zugängliche und nutzbare Informations- und Telekommunikationstechnik.

Sie bilden zusammen mit weiteren Sektoren (wie Behörden und Verwaltung, Gesundheitswesen) die "Kritischen Infrastrukturen" moderner Gesellschaften. Diese stellen die kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung mit (lebens)notwendigen Gütern und Dienstleistungen sicher. ...

2.3 Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Wasser ist als nichtsubstituierbares Lebensmittel und Garant für hygienische Mindeststandards eine unverzichtbare Ressource zur Deckung menschlicher Grundbedürfnisse.

Zugleich ist Wasser auch für Gewerbe, Handel, Industrie und öffentliche Einrichtungen von substantieller Bedeutung. Es ist zum Beispiel als Kühl-, Lösch- und Prozeßmittel sowie als Rohstoff ein notwendiger Input und Produktionsfaktor.

Wasserinfrastruktursysteme, also Systeme zur Wasserver- und Abwasserentsorgung, sind komplexe technische Systeme zur simultanen Erbringung verschiedener Dienstleistungen.

Sie dienen u.a. der Bereitstellung von Trink und Löschwasser sowie der Ableitung von Schmutz- und Regenwasser aus privatem und öffentlichem Raum, der Siedlungshygiene und dem Gewässerschutz. Die im vergangenen Jahrhundert in Deutschland errichteten Wasserinfrastrukturen sind in der Regel Systeme von zentralem Aufbau. Verteilung und Ableitung erfolgen über weitverzweigte Leitungsnetze. Die Dimensionierung des Versorgungsleitungsnetzes richtet sich am Bedarf aus, der durch Verbrauch an Trinkwasser und der vorzuhaltenden Löschwasserreserve gegeben ist. ...

2.3.6 Fazit

Im Bereich der Wasserversorgung wird elektrische Energie in der Wasserförderung, -aufbereitung und -verteilung benötigt. Besonders kritisch für die Gewährleistung der jeweiligen Funktion sind elektrisch betriebene Pumpen. Fallen diese aus, kann das Wasser nicht durch die Verarbeitungsstufen und in das Verteilungssystem geführt werden. Nur in wenigen Fällen läßt sich in der Wasserverteilung ein freies Gefälle ausnutzen (z.B. in der Fernwasserleitung,

die den Ostharz mit Leipzig verbindet).

In der Wasseraufbereitung gibt es energieintensive Prozesse, auf die zu Energiesparzwecken bei einem Stromausfall möglicherweise verzichtet werden muß. Falls NSA nicht in der notwendigen Leistungsklasse zur Verfügung stehen, kann möglicherweise ein auf Kernprozesse konzentrierter Notbetrieb aufrechterhalten werden.

In der Abwasserentsorgung sind ebenfalls elektrisch betriebene Pumpen, sowohl in Hebestationen in der Kanalisation als auch in den Kläranlagen, für den Betrieb der Infrastruktur zwingend notwendig. In der Kläranlage benötigen die Erwärmung des Klärschlammes und der Betrieb der Belüftungsbecken (ca. 50 Prozent des Stromverbrauchs) große (elektrische) Energiemengen.

Die meisten Prozesse der Wasserver- und Abwasserentsorgung sind verstärkt mit dem Einsatz von MSR-Technik verbunden, die ebenfalls auf Strom angewiesen ist. Ein länger andauernder Stromausfall würde die Wasserinfrastruktur aufgrund dieser signifikanten Stromabhängigkeit in ihren Funktionen drastisch einschränken.

2.4 Lebensmittelversorgung

Der Sektor "Lebensmittelversorgung" umfaßt die komplexe Kette von der Rohstoffproduktion bis zur Abnahme von Fertigerzeugnissen durch den Endverbraucher (BLE 2006, S. 3). Ein Stromausfall hat Folgen für den gesamten Sektor der Lebensmittelversorgung. Jedoch sind seine einzelnen Teilsektoren - Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie und Lebensmittelhandel - aufgrund ihres heterogenen Charakters in unterschiedlichem Ausmaß betroffen. ...

2.4.4 Fazit

Die aufgezeigte Entwicklung offenbart die sich sukzessive aufbauenden Probleme in der Folge eines langandauernden Stromausfalls für den Sektor "Lebensmittelversorgung". Die erheblichen Schäden an Lagergut und Tierbeständen in der Landwirtschaft, der weitgehende Ausfall der weiterverarbeitenden Industrie und die unzureichende Versorgung großer Teile der Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Strukturen des Handels reduzieren die regionale Funktionsfähigkeit des gesamten Sektors auf ein Minimum. Aufgrund der generell geringen privaten Bevorratung ergeben sich schon am Ende der ersten Woche ernsthafte Engpässe in der Lebensmittelversorgung.

Besonders weniger zentrale Regionen werden unvollständig versorgt. Um Lebensmittellieferungen, ausgegebene Essensrationen oder knappe Lebensmittel in den wenigen noch betriebenen Filialen entbrennen Streitigkeiten und heftige, oft körperliche Auseinandersetzungen, die nicht immer von den Ordnungskräften geregelt werden können.

Personen, wie Alte, Kranke oder Kleinkinder, deren Handlungsfähigkeit eingeschränkt ist oder die auf besondere Lebensmittel angewiesen sind, leiden besonders unter der Situation. Schließlich wird auch die Versorgung der lokalen, insbesondere aber der aus angrenzenden Regionen eingesetzten Kräfte zum Problem.

Eine Stabilisierung der Versorgung mit Lebensmitteln und die Gewährleistung ihrer gerechten Verteilung unter der Bevölkerung entwickeln sich zu vorrangigen Aufgaben der Behörden. Von ihrer erfolgreichen Bewältigung hängen das Überleben zahlreicher Menschen und der Erhalt und die Sicherung der öffentlichen Ordnung ab.

2.5 Das Gesundheitswesen

Die wichtigste Funktion des Sektors "Gesundheitswesens" ist die Bereitstellung einer medizinisch-pharmazeutischen Versorgung der Bevölkerung. Der Sektor ist sehr dezentral und hochgradig arbeitsteilig organisiert. ...

2.5.5 Fazit

Die dezentral und hocharbeitsteilig organisierte medizinische und pharmazeutische Versorgung kann den Folgen eines Stromausfalls nur kurz widerstehen. Bereits nach 24 Stunden ist die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens erheblich beeinträchtigt. In den nächsten Ta-

gen müssen Dialysezentren sowie Alten- und Pflegeheime zumindest teilweise geräumt werden. Arztpraxen und Apotheken sind zumeist geschlossen.

Hausnotrufsysteme sind ebenso nicht mehr einsatzfähig wie medizinische Apparate der häuslichen Pflege. Die Produktion und der Vertrieb pharmazeutischer Produkte im Gebiet sind nicht mehr möglich. Die Bestände der noch geöffneten Apotheken sowie die Vorräte der Krankenhausapotheken werden ohne eine kontinuierliche Belieferung zunehmend lückenhaft. Negativ schlagen die ausgeprägten Interdependenzen mit anderen Infrastrukturen durch. Es zeigt sich die existentielle Abhängigkeit des Sektors beispielsweise von Lebensmitteln, Treibstoff, Wasser und Kommunikationsmitteln.

Die nur notdürftig zu leistende Versorgung mit diesen Gütern und die Erschöpfung der internen Bewältigungskapazitäten offenbaren die Grenzen der Resilienz des Gesundheitssystems. Die wenigen zentralen Krankenhäuser, deren Eigenstromversorgung aufrechterhalten werden kann oder in denen Stromersatzanlagen unterbrechungsfrei laufen, sind auf die Dauer überfordert, den kompletten Ausfall der ambulanten Versorgung und der häuslichen Pflege zu kompensieren. Innerhalb einer Woche verschärft sich die Situation des Sektors derart, daß trotz eines intensiven Einsatzes von regionalen Hilfskapazitäten vom völligen Zusammenbrechen der medizinischen und pharmazeutischen Versorgung auszugehen ist.

Die katastrophalen Zustände und die damit einhergehende Häufung von Todesfällen machen die Zuführung externer Unterstützung zwingend erforderlich. ...

11. Versorgung mit Treibstoff, Sicherstellung einer robusten Notstromversorgung

Aus Sicht des Katastrophenmanagements ist die Verfügbarkeit der Ressource Treibstoff von zentraler Bedeutung.

Unabdingbar ist die Versorgung beispielsweise von

- Einsatzfahrzeugen der Hilfsorganisationen und Unterstützungskräfte;
- dieselbetriebenen Schienenfahrzeugen zur Räumung liegengebliebener Züge und für Transportzwecke sowie Busse des ÖPNV zur Aufrechterhaltung minimaler Transportdienstleistungen;
- NSA, die sensible Infrastrukturkomponenten (wie Einsatzleitstellen, Feuerwehrrhäuser, mobile Funkstationen) als Knotenpunkte der Information, Kommunikation und Koordination des Katastrophenmanagements funktionsfähig halten (Hoffmann 2009, S 24 ff.).

Trotz der ungünstigen Randbedingungen - wie insbesondere der Ausfall von Tankstellen - bieten die existierenden Bewältigungskapazitäten in Form von Treibstoffvorräten notwendige Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität der Akteure des Katastrophenmanagements.

Dazu kommt, daß Raffinerien über eigene Stromerzeugungskapazitäten verfügen, die bis 90 Prozent des Strombedarfs decken können, und daß vielfach das eigene Stromnetz im Inselbetrieb gefahren werden kann (Hiete et al. 2010, F20). Daher ist ein (reduzierter) Weiterbetrieb zumindest eines Teils der Raffinerien wahrscheinlich.

Durch die gesetzlich vorgeschriebene Erdölbevorratung stehen erhebliche Treibstoffreserven zur Verfügung, die den Bedarf auch während eines langandauernden Stromausfalls decken könnten.

Da Benzin und Diesel vor allem in oberirdischen Tanklagern vorgehalten werden, können dort die Tankwagen oder -züge nach dem Schwerkraftprinzip befüllt werden (Prognos 2009, S. 84), falls Strom für Pumpen nicht verfügbar ist. Die regionale Verteilung der Standorte gewährleistet eine flächendeckende Verfügbarkeit (Homepage EBV a, b, d; ÖGEW/DKGM 2007). Das VerKLG eröffnet die Option, daß Transportkapazitäten privater Unternehmen bereitgestellt werden.

Trotz dieses Potentials ist es fraglich, inwieweit diese Kapazitäten und Ressourcen bei einem Stromausfall aktiviert und bedarfsgerecht genutzt werden können.

Ein erster Hemmschuh dürfte sein, daß der Erlaß der erforderlichen Rechtsverordnung gemäß

§ 30 Erdölbevorratungsgesetz (ErdölBevG) einige Zeit in Anspruch nehmen dürfte. Vorgesehen ist dann, die bevorrateten Bestände den Mineralölkonzernen durch den Erdölbevorratungsverband (EBV) zur Verfügung zu stellen (Homepage EBV c).

Auch kann die gezielte Freigabe für bestimmte Abnehmer vorgesehen werden. Dafür müßten die freigegebenen Bestände per Binnenschiff, Eisenbahn-Kesselwagen oder Tankkraftwagen transportiert werden.

Allerdings dürften angesichts der Beeinträchtigungen der Kommunikations- und Verkehrsinfrastrukturen die Transportfahrzeuge nicht so schnell und umfassend einsetzbar sein, daß Treibstoffengpässe verhindert werden.

Unsicher ist auch, ob beispielsweise die Mineralölfirmen auf die Situation einer Freigabe vorbereitet wären (Hiete et al. 2010, F21). Möglicherweise müßten auch Bestände von Unternehmen oder Privatpersonen vor Ort beschlagnahmt werden, um den Bedarf von Behörden- und Einsatzfahrzeugen und relevanten NSA so lange zu decken, bis Versorgungslieferungen realisiert werden können.

Zudem ist die Koordinierung und bedarfsgerechte Verteilung von Treibstofflieferungen vor Ort eine äußerst komplexe Aufgabe - selbst wenn es gelänge, ausreichend Tankfahrzeuge von Mineralölkonzernen und Logistikdienstleistern auf der Basis des VerklG einzubinden.

Da ein großflächiges Gebiet betroffen ist, sind Probleme bei der Abstimmung von Zuständigkeiten sowie logistische Herausforderungen, beispielsweise bei Bezeichnung, Einrichtung und Betrieb zentraler Umschlags- und Verteilstellen, zu erwarten (EBP 2010, S. 104). Problemverstärkend wirken die defizitären Kommunikationsmöglichkeiten für die Behörden und Einsatzkräfte, so daß es vielerorts zu Situationen der Fehl-, Über- oder Unterversorgung kommen wird.

Insgesamt wird deutlich, daß zwar umfangreiche Vorkehrungen zur Gewährleistung von Transportdienstleistungen für die Versorgung mit Treibstoff im Krisenfall bestehen. Jedoch wird unter den spezifischen Bedingungen eines Stromausfalls die zeitnahe und gutkoordinierte Aktivierung der Treibstoffreserven ein kritischer Faktor für die weitere Entwicklung der Situation sowie die Folgenbewältigung sein.

Ein Ansatzpunkt zur Erhöhung der Resilienz des Sektors bestünde in einer Verbesserung der unmittelbar vor Ort verfügbaren Ressourcen, beispielsweise indem ausgewählte Tankstellen mit NSA ausgestattet und kontinuierlich mit Treibstoff versorgt werden. Unter der Prämisse, daß diese prioritär Treibstoff für die Zwecke der BOS und der Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, wären die zeitliche Kritikalität der Zuführung von Treibstoffreserven gemindert und die lokale Mobilität und Handlungsfähigkeit der Einsatzkräfte sowie ggf. auch der Bevölkerung für eine gewisse Zeit sichergestellt.

Zugleich wäre es erforderlich, zum kontinuierlichen Betrieb von NSA an ausgewählten relevanten Standorten zeitgerecht den notwendigen Brennstoff nachzuführen. Um die komplizierte Logistik kontinuierlich ablaufen lassen zu können, ist eine informationstechnische Vernetzung von Mineralöllagern, Tankstellen, den Infrastrukturelementen, die mit NSA und Treibstoff versorgt werden müssen, Voraussetzung. Diese sind aber noch nicht geschaffen. ...

14. Fazit

Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit (lebens) notwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden. Damit verlöre er auch eine seiner wichtigsten Ressourcen - das Vertrauen seiner Bürger.

Die Wahrscheinlichkeit eines langandauernden und das Gebiet mehrerer Bundesländer betreffenden Stromausfalls mag gering sein. Träte dieser Fall aber ein, kämen die dadurch ausgelö-

sten Folgen einer nationalen Katastrophe gleich. Diese wäre selbst durch eine Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen nicht "beherrschbar", allenfalls zu mildern. In historischer Perspektive mag zutreffen, daß sich das deutsche Hilfeleistungssystem auf Katastrophen gut vorbereitet hat, und es "nichts" gab, was "nicht bewältigt wurde" (Unger 2008, S. 100). Ob dies auch für die "Verbundkatastrophe" eines Stromausfalls zutreffen wird, muß bezweifelt werden.

Weitere Anstrengungen sind deshalb auf allen Ebenen erforderlich, um die Resilienz der Sektoren Kritischer Infrastrukturen kurz- und mittelfristig zu erhöhen sowie die Kapazitäten des nationalen Systems des Katastrophenmanagements zielorientiert weiter zu optimieren.

Entsprechende Maßnahmen dürften allerdings nicht immer kostenneutral zu realisieren sein. Daß das Ziel dabei keine absolute, sondern allenfalls relative Sicherheit sein kann, muß betont werden. Stets wären bei der Entwicklung und Implementierung von Konzepten Abwägungsprozesse und Prioritätensetzungen erforderlich:

Wie sicher ist sicher genug? Welche Kosten und welche Pflichten sind wem zumutbar? Welches Restrisiko ist hinzunehmen?

Der Stromausfall als ein Paradebeispiel für "kaskadierende Schadenswirkungen" sollte auf der Agenda der Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft weiterhin hohe Priorität haben, auch um die Sensibilität für diese Thematik in Wirtschaft und Bevölkerung zu erhöhen. Der hiermit vorgelegte TAB-Bericht soll hierzu einen Beitrag leisten. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Mai 2011 (x887/...):
>>"**Nicht eine ganze Generation verdammen**"

Der Völkerrechtler, Historiker und Autor Alfred de Zayas über Fragen der deutschen Zeitgeschichte

Der US-amerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred de Zayas gehört seit Jahrzehnten zu den profiliertesten Autoren zu den Themenbereichen europäische Vertreibung, Kriegsverbrechen und Völkermord. Im Interview mit der PAZ spricht der langjährige Mitarbeiter der UN-Menschenrechtskommission über neueste Forschungserkenntnisse, wissenschaftliche Ethik und den im Verborgenen vollzogenen Völkermord.

PAZ: Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht "Völkermord als Staatsgeheimnis" (rezensiert in der PAZ). Was meinen Sie mit diesem Titel?

De Zayas: Über Völkermord liegen viele Studien vor. Es ist an der Zeit, die Diskussion auf die Frage des Wissens zu lenken und auf die Implikationen der Mechanismen der Geheimhaltung und der Verleugnung. In totalitären Staaten wissen meistens nur wenige, was wirklich geschieht.

PAZ: Warum interessiert sich ein US-Amerikaner für dieses unbequeme Thema?

De Zayas: Wenn man die Mechanismen des Völkermords verstehen will, muß man die Fallstudien individuell untersuchen und feststellen, wer Befehlsgewalt ausübte, wer gehorcht hat, wer gewußt hat, wer geschwiegen hat. Jeder Amerikaner weiß heute über den Holocaust Bescheid. Unsere High Schools und Colleges geben Kurse und Seminare zu diesem Thema. Romane, Theaterstücke, Fernseh-Miniserien und bedeutende Hollywood-Filme beschäftigen sich mit der Shoah. Nun, jeder, der den Holocaust studiert, fragt sich, was der Durchschnittsdeutsche seinerzeit über den Holocaust wußte. Wie viel hat er erfahren und wann, was hat er geglaubt, was hat er getan, was hätte er konkret tun können?

Diese Fragen ergeben sich ganz automatisch, wenn man die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens erkennt. Bisher aber sind die von Historikern gelieferten Antworten verallgemeinernd, unvollständig und z.T. faktisch falsch, vor allem bezüglich des Wissens bei der deutschen Bevölkerung und den vielen Ausdrucksformen des deutschen Widerstands gegen Hitler.

PAZ: Wieso falsch?

De Zayas: Viele Darstellungen leiden an Anachronismen, sie deuten die Hitler-Vergangenheit

nach dem Wissensstand unserer Gegenwart, vereinfachen, pauschalisieren, und oft sind sie überspitzt und sogar hämisch.

PAZ: *Was haben sie aus den Archiven erfahren?*

De Zayas: Eins ist mir schnell klar geworden: Geheimhaltung war oberstes Gebot. Das Weitergeben von Informationen und das Nachfragen war praktisch unmöglich oder jedenfalls sehr gefährlich. Hinzu kamen die Verwendung einer Tarnsprache, die Überwachung der Gerüchte durch die Gestapo und offizielle Dementis. Außerdem mußten alle Personen, die direkt etwas mit der Judenvernichtung zu tun hatten, absolutes Schweigen schwören.

PAZ: *Was bringt Ihr Buch eigentlich Neues?*

De Zayas: Neben vielen neuen oder wenig bekannten Dokumenten auf jeden Fall die Perspektive. Keiner hat bisher die Geheimhaltung so systematisch untersucht. Keiner hat bisher so deutlich gezeigt, daß sich keine Regierung der Welt mit der Schande eines Völkermordes besudeln will. So war der Genozid gegen die Armenier geheim, und die Befehle von Talaat Pascha und Enver Pascha waren nicht ohne Grund chiffriert. Katyn und die anderen Stalin-Morde waren nicht publik. Und man hat jahrzehntelang versucht - auch im Nürnberger Prozeß - den Mord an den polnischen Offizieren den Deutschen in die Schuhe zu schieben.

PAZ: *Wie beurteilen Sie die Forschungsergebnisse ihrer Historikerkollegen?*

De Zayas: Hier und da bringen sie wenig bekannte Dokumente zutage. Hier und da formulieren sie interessante Einsichten. Aber, was die Frage des Wissens über den Holocaust, und was ihre penetranten Schuldzuweisungen betrifft, finde ich ihren Ansatz falsch und ihre Methodik merkwürdig unhistorisch. Sie argumentieren anachronistisch, moralisierend, verkennen viele Zusammenhänge, ignorieren zentrale Dokumente über die Geheimhaltung und lassen etliche Nürnberger Akten, die ihre Thesen widerlegen, beiseite. Kurz: sie schreiben voreingenommen und betreiben eine undifferenzierte Geschichtsbetrachtung, eine Schwarz-Weiß-Malerei.

PAZ: *Was haben andere Historiker konkret falsch gemacht?*

De Zayas: Viele haben Urteile gefällt, die von den Akten einfach nicht getragen werden. Aus unzureichenden Mosaiksteinen konstruieren sie ein ganzes Bild, das eben eine Extrapolation ist, und nachweislich falsch.

PAZ: *Warum schreiben deutsche Historiker so negativ über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges?*

De Zayas: Als Amerikaner muß ich immer daran denken, daß die Deutschen nicht einen, sondern zwei Kriege verloren haben. Aber es geht nicht nur um die militärischen Niederlagen, sondern vor allem um die Schande der Verbrechen, die im deutschen Namen begangen wurden. Ich kann durchaus verstehen, daß einem Deutschen dies weh tut und eine geistige Belastung darstellt. Aber Historiker müssen fähig sein, die Geschichte ohne Komplexe und ohne Ressentiments zu erforschen. Was mich eigentlich irritiert, ist, daß manche deutschen Historiker anscheinend eine Obsession mit den NS-Verbrechen haben, und dies verblendet sie. Da scheint auch eine pseudo-moralische Komponente mit im Spiel zu sein, die ich nicht recht verstehe. Man kann sich auf die eigene Brust schlagen und sich schämen für das, was man getan hat oder eben nicht getan hat. Aber auf die Brust der Eltern bzw. Großeltern zu schlagen, das halte ich für verkehrt, eigentlich für obszön.

PAZ: *Wollen Sie die Kriegsgeneration etwa entlasten?*

De Zayas: Nein, ich will nur wissen, wie es eigentlich war, unter welchem Gestapo-Terror der Durchschnittsbürger lebte, wie er sich gefühlt, was und wann er tatsächlich von der "Endlösung der Judenfrage" gehört, was er getan hat, was er hätte er tun können. Mich stört, eine ganze Generation zu verdammen, nur weil sie diese unglückseligen Jahre durchlebt hat. Zweifelsohne sollten die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden, und die Geschichte sollte die Verwerflichkeit der Verbrechen dokumentieren. Aber eine pauschale Verurteilung der ganzen Kriegsgeneration stellt eine vulgäre Ungerechtigkeit gegenüber 95 Prozent der Bevöl-

kerung dar.

PAZ: *Wie erklären Sie sich die Ungeheuerlichkeit des Völkermordes?*

De Zayas: Mitten im Krieg passieren fürchterliche Sachen. Es gab eine ungeheure Radikalisierung. Hinzu kam die Geheimhaltung. Lesen sie einmal die geheime Rede Heinrich Himmlers vom 4. Oktober 1943 in Posen. Da redet er von einem "niemals geschriebenen und niemals zu schreibenden Ruhmesblatt" der Geschichte Deutschlands. Verrückt. Aber so ist der Fanatismus. Und der Völkermord blieb 95 Prozent der deutschen Bevölkerung verborgen. Es gab ja kein "Wikileaks".

PAZ: *Sie haben sich bereits mit anderen Fragen der deutschen Zeitgeschichte beschäftigt. Wieso?*

De Zayas: In der Tat. Als ich Geschichte und Jura in Harvard studierte, entdeckte ich die Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges - ein Thema, das seinerzeit total tabu war. Die Deutschen als Opfer? Keinesfalls. Nicht möglich - und doch. Es war ein Verbrechen gegen die Menschheit, und ich fragte mich, weshalb sollte dieses Verbrechen verschwiegen werden? Darum schrieb ich mein erstes Buch "Die Nemesis von Potsdam" und dann "Anmerkungen zur Vertreibung".

PAZ: *Wie war die wissenschaftliche Aufnahme ihrer Bücher?*

De Zayas: Eigentlich besser, als ich befürchtet hatte, obwohl es seinerzeit eine sehr tabuisierte Thematik war.

PAZ: *Manche deutschen Historiker haben ihre Bücher negativ rezensiert. Was sagen Sie dazu?*

De Zayas: Eigentlich war es eine kleine Minderheit. 90 Prozent der Rezensionen waren positiv - sowohl in Deutschland als auch in Amerika.

PAZ: *Was monieren die Kritiker?*

De Zayas: Keine Fakten, also keine Fehler meinerseits. Die Kritiker können sich einfach mit meinen Schlußfolgerungen nicht anfreunden. Dann versuchen Sie, meine Methodik anzugreifen. Man wirft mir z.B. vor, die deutschen Verbrechen auszuklammern. Dies tue ich keinesfalls. Ich habe nicht umsonst den Buchtitel "Nemesis" gewählt - Nemesis ist die griechische Göttin der Rache - denn es geht um Strafe für NS-Verbrechen, unschuldige Opfer, an denen die NS-Verbrechen gerächt wurden.

In meinem Buch über die Wehrmachtuntersuchungsstelle (WUSt) findet man viele Erwähnungen von NS-Verbrechen, aber meine Forschung galt vor allem der Behördengeschichte der WUSt und deren Ermittlungen zu Verbrechen in Bromberg, Broniki, Feodosia, Grischino, Lemberg und Katyn. Diese Verbrechen geschahen eben und werden nicht durch NS-Verbrechen erledigt oder relativiert.

PAZ: *In Ihrem neuen Buch sprechen Sie über die menschenrechtlichen Aspekte der Geschichtsschreibung, was meinen Sie damit?*

De Zayas: Ich meine, daß Historiker eine besondere Verantwortung haben, keine pauschalen Urteile abzugeben, keine Karikaturen, Stereotype oder Verallgemeinerungen zu schaffen, die dazu führen könnten, z.B. eine ganze Generation von Menschen zu verleumden.

PAZ: *Was würden Sie Ihren Lesern empfehlen?*

De Zayas: 66 Jahre nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges sollten die Deutschen sich von den Dämonen dieses Krieges endlich befreien. Sie sollten versuchen, sich in die Situation der Kriegsgeneration zu versetzen, um zu begreifen, wie es eigentlich gewesen war, was es bedeutete, in einem totalitärem Staat zu leben, ohne Presse- und Meinungsfreiheit, mit der Bedrohung des Nazi-Terrors und des Bombenterrors.

PAZ: *Die Organisation "Canadians for Genocide Education" hat Ihnen Ende März an der Universität von Toronto den "Educators Award 2011" verliehen. Was bedeutet diese Ehrung?*

De Zayas: Es handelt sich um einen Zusammenschluß von 53 Organisationen kanadischer Lehrer- und Bürgervereinigungen, die u.a. Armenier, Bosnier, Ukrainer, Juden, Serben, Deutsche und viele andere Vertriebene vertreten und über ihr Schicksal informieren. Da ich oft über diese "Opfer des Schweigens" berichtet habe, habe ich das Gefühl, daß sich die Arbeit gelohnt hat. Schließlich geht es um die Rechte der Opfer und man muß alles mit Ehrfurcht gedenken.<<

Wilhelm von Gottberg (ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule) schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>>Der 8. Mai will nicht vergehen

Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute

Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtslosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.

Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten.

Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.

Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.

Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschatzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.

Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.

Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.

Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der

schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.

Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 2011 (x887/...):

>>**Bürgerkriege drohen**

Streitschrift gegen Islamisierung und Werteverfall des Christentums

Es ist fünf vor zwölf. Jedenfalls in den Augen Gideon Wolfsens, Verfasser des Buches "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand". Die zentrale Kritik dieser Ende 2010 unter Pseudonym erschienenen Streitschrift liegt abseits der üblichen Diskurse:

Wolfsen sieht vor allem in dem durch Abtreibungen verursachten massiven Geburtenausfall das Kernproblem. Denn dieser verweise auf eine Zerstörung der abendländischen Werteordnung. Diese begann, so Wolfsen, mit dem Ersten Weltkrieg und dessen Folgen. Damals sei ein moralisches Vakuum entstanden, das "Chaosmächte und -ideen" gefüllt hätten, allen voran die Oktoberrevolution und das Sowjetsystem mit seinem Traum vom Neuen Menschen. Immerhin kämpfe die Russische Föderation heutzutage um Anschluß an das geistige und religiöse Erbe des Landes, während Deutschland und andere "dekadente" westliche Länder keinen sichtbaren Willen zum Neuanfang offenbarten.

Im Ergebnis stehe dort der missionarisch-kämpferischen und kinderreichen muslimischen (Noch-)Minderheit eine sterbende säkularisierte (Noch-) Mehrheit gegenüber. Der einzige denkbare Rettungsanker ist laut Wolfsen in einer großangelegten Rechristianisierung und Werteerneuerung zu sehen, andernfalls drohten ethno-kulturelle Bürgerkriege. Doch statt eines selbstbewußten und vitalen Christentums gebe es überall Gleichmacherei und Materialismus.

Der Autor unterhält aus seiner Zeit als Dozent an einem sicherheitspolitisch ausgerichteten Bildungszentrum in Süddeutschland Kontakte zu Angehörigen verschiedener Nachrichtendienste. Aus Rücksicht auf deren Berufsstellung fehlen bedauerlicherweise zitierfähige Quellenhinweise.

Die Ausführungen lassen es an Deutlichkeit aber nicht fehlen: "Für die Mehrzahl der Bevölkerung ist erkennbar, daß nach dem Kollaps der kommunistischen Systeme der Islam als machtbewußte Weltanschauung uns nicht am Hindukusch bedroht, sondern im eigenen Vaterland. Er bedroht uns jedoch weniger wegen seiner Existenz, als vielmehr wegen unserer Selbstaufgabe und Selbstzerstörung ..."

Gideon Wolfsen: "Der Westen dankt ab - Bürgerkrieg und Weltenbrand", ... Aachen 2010 ...<<

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete im Mai 2011 über die EU (x869/...):

>>**Der Zahlmeister**

Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war

Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.

Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter

Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.

Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen.

Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! Mit welchen Summen, das hat jetzt Professor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter Inhaber eines Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg, penibel vorgerechnet und durchleuchtet. Damit haben wir endlich zuverlässige, unanfechtbare Zahlen über die Umverteilung in der Europäischen Union.

Professor Willeke ist der führende deutsche Spezialist auf einem Gebiet, über das die Politiker nicht gerne sprechen. Langjährige Deutschland-Brief-Leser werden sich erinnern, daß er in unserem Dienst schon einmal über das Thema geschrieben hat. Seine neue Veröffentlichung ist soeben beim Münchener Olzog Verlag erschienen. Titel: "Deutschland, Zahlmeister der EU - Abrechnung mit einer ungerechten Lastenverteilung".

Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. Was Willeke aufmacht, ist eine Schenkungsbilanz, wobei von den nationalen Beiträgen, die nach Brüssel fließen, die operativen Ausgaben der EU im jeweiligen Land abgezogen werden. 2008 sah das so aus, daß z.B. die Bundesrepublik mit 7.836.000 000 Euro (knapp acht Milliarden) den führenden Nettozahler der EU geben durfte.

Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro (in D-Mark fast das Doppelte) für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg inflationiert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010.

255 Milliarden. Damit könnte die Bundeswehr mehr als acht Jahre lang finanziert werden. Das würde die Bundesausgaben für Forschung und Bildung 23 Jahre lang decken. Oder der Fiskus könnte 41 Jahre lang auf die Stromsteuer verzichten, 56 Jahre lang auf die Erbschaftsteuer oder 350 Jahre lang auf die Biersteuer, was auch nicht zu verachten wäre.

Big Spender Kohl: Wie und warum die deutschen Nettozahlungen nach der Wiedervereinigung explodierten.

Daß die Lastenverteilung in der EU "ungerecht" war und ist, geht schon daraus hervor, daß Deutschland seit 1976 mehr als die Hälfte aller Nettobeiträge aufgebracht hat, nämlich die erwähnten kaufkraftbereinigten 255 Milliarden. Alle anderen Nettozahler zusammen brachten es nur auf 244 Milliarden. Willeke macht überzeugende Vorschläge, wie die Belastung unter den Nettozahlern fair aufgeteilt werden könnte, hat aber keine großen Chancen, damit Gehör zu finden.

Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.

Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. Die Erklärung kann nur darin liegen, daß Helmut Kohl die europäischen Freunde, die Deutschland so sehr liebten, daß sie gerne zwei davon behalten hätten, ruhigstellen wollte.

Damals, Anfang der 90er Jahre, zählte die EU noch zwölf Mitglieder. Jetzt, nach der Osterweiterung, sind es 27. Und mit der Vergrößerung hat sich der deutsche Anteil an den Nettobeiträgen immerhin auf ein Drittel reduziert, liegt aber immer noch weit über dem französischen oder dem britischen.

Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?

Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder (wie Spanien) als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.

Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 (netto) 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden (mehr als die Hälfte davon aus Deutschland) und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren.

Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.

Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU".

Wir sahen die Schilder an einem grotesk überdimensionierten Rathaus in einem Dorf auf den Azoren. Wir sahen sie in einer gottverlassenen Ecke der großartigen Extremadura (autonome Gemeinschaft Spaniens), wo aus unerfindlichen Gründen ein Bach begradigt und mit einem Holzgeländer ausgestattet wurde. Wir sahen sie an den leeren Autobahnen Portugals, die durch leere Gebiete führen und die in einem Zustand sind, von dem deutsche Autofahrer nur träumen können.

Und ein Bekannter, selbst in der Branche tätig, erzählte mir von EU-finanzierten Geisterbahnhöfen mit ebenfalls leeren Bahnsteigen in Griechenland und von Elektroloks, die mit Hilfe der Nettozahler für eine nicht-elektrifizierte Strecke angekauft wurden und seitdem in vandalisiertem Zustand vor sich hin rosten. Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.

Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.

Vor mir liegt ein Brief des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Steffen Kampeter, datiert vom 14. Dezember 2010. Zitat: "Deutschland ist in besonderer Weise begünstigt durch die europäische Gemeinschaftswährung, denn 60 % unserer Exporte gehen in den Euroraum."

Das Argument ist bekannt und geht so: Die Milliarden, die Berlin für die Euro-Rettung und überhaupt für die EU locker macht, sind gut angelegt, weil wir dafür exportieren dürfen. Dumm ist das schon deswegen, weil der Binnenmarkt, eine der großen Errungenschaften der europäischen Einigung, allen zugute kommt und weil nicht einzusehen ist, warum dafür auch noch extra gezahlt werden muß.

Wenn schon Propaganda, dann sollten wenigstens die überprüfbaren Behauptungen zutreffen. Im Schreiben unseres Staatssekretärs stimmen nicht einmal die Zahlen. In den Euroraum gingen 2010 nicht 60 % der deutschen Exporte, sondern genau 41,2 % - und in die übrige EU 19,6 %. Nachzulesen im Monatsbericht der Deutschen Bundesbank vom März 2011.

Aus der Bundesbank-Studie läßt sich ferner entnehmen, daß den deutschen Exporterfolgen nicht im geringsten eine gemeinsame Währung zugrunde liegt. Eher im Gegenteil. Ausgerechnet in die Länder, die den Euro nicht haben, wurde 2010 weitaus mehr als 2009 exportiert: plus 43,9 % nach China, plus 27,8 % nach Rußland, plus 20,6 % in die USA und nach Japan, plus 17,5 % in die Schweiz, die den Euro haben könnte, ihn aber nicht will. Die deutschen Ausfuhren in die Euro-Zone hingegen schrumpften sowohl 2008 als 2009 und nahmen erst 2010 weit unterdurchschnittlich um 14,3 % zu.

Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Juni 2011 (x887/...):

>>**Christliche Werte**

Vehemente Kampfansage

Das "katholische Abenteuer" Matusseks hat das Potential zu einem Bestseller der besonderen und unerwarteten Art. Nach Vorabdrucken in "Bild", "Focus" und anderen Zeitungen wissen inzwischen Millionen, wieviel Provokation der ehemalige Kulturchef des "Spiegel" zwischen die beiden Buchdeckel gepackt hat. Und es sind keine Kampfansagen, die aus Kirchenhaß und Atheismus geboren sind, wie sie einst Spiegel-Gründer Rudolf Augstein zu streuen pflegte.

Matussek verteidigt mit Vehemenz und Brillanz den katholischen Glauben und die Kirche. Er macht das nicht plump oder wie ein Theologe, sondern mit dem Herzblut eines Bekehrten. Denn der Journalist war in den 70er- und 80er-Jahren ein bekennender Kommunist - und fand durch Papst Johannes Paul II. zurück zum Glauben. Er weiß daher die Schätze zu würdigen, die er in seiner strengen katholischen Kindheit erlebt hat und schreibt darüber. Matussek ist weit in der Welt herumgekommen und kennt etwa die Christenheit in Südamerika, wo Priester gegen Armut und Korruption kämpfen. Er bewundert deren Einsatz.

Wie kaum jemand anders ist Matussek in der Lage, die Verirrungen des Zeitgeistes gleichsam aufzuspießen. Hier ist er unerbittlich, scharfzüngig, provokativ. Die sonst kritisierte kirchliche Tradition findet er positiv "subversiv"; die ewigen Kirchenkritiker Hans Küng und Heiner Geißler nennt er "zwei alte, narzißtisch gekränkte Männer, die sich jeweils für den besseren Papst halten".

Oder die Kirchensteuer: Er fordert die Abschaffung dieser "Zwangsabgabe" und bezeichnet sie als eine "moderne Form des Ablaßhandels". Da erleichen evangelische und katholische Kirchenobere gleichermaßen.

Aber Matussek kann sich hier auf Papst Benedikt berufen, der vor einigen Jahren durchblicken ließ, daß man Kirchenzugehörigkeit nicht mit der Kirchensteuer und dem Empfang von Sakramenten verknüpfen dürfe. Diese Frage wird derzeit gerade höchstrichterlich geklärt.

Von solch einer Kritik müssen sich auch die "lautstarken Reformkatholiken" des katholischen Zentralkomitees, diese "Anti-Römer", provoziert fühlen, die kirchensteuerfinanziert gegen den Priester-Zölibat, für die Frauen-Weihe und demokratischere Strukturen kämpfen. Matussek wirft ihnen vor, fromme Jünger des Zeitgeistes, verkappte Protestanten zu sein und damit der Kirche zu schaden. Diese Gremienkatholiken würden sich in Staatsnähe bequem einrichten und Steuern dafür verwenden, "Glaubensbastionen und Traditionen einzureißen".

Das Lebenszeugnis eheloser Priester, ihren Verzicht auf Sexualität, hält der Autor für das heute stärkste Zeichen in einer "antibürgerlichen Gegenwelt". Die Verweigerung des Koitus sei heute die "letzte Todsünde in unserer übersexualisierten Gesellschaft". Gegenüber den "Gremiensoldaten, die Reformpapiere durch Kirchenräume tragen", lobt Matussek Papst Benedikt, der den "schwersten Job" der Erde habe.

Das "katholische Abenteuer" hat das Zeug zu einem zweiten "Sarrazin" - nur auf einem anderen Gebiet. Matussek hat nicht nur die Gabe brillant zu schreiben; er verknüpft seine große Sachkenntnis in christlichen Dingen mit vielen persönlichen Erfahrungen und Erlebnissen aus einem langen Journalistenleben. Gut zu lesen für alle, die Freude an Provokationen, Abenteuern und christlichen Werten haben oder sich über den Zeitgeist ärgern.

Matthias Matussek: "Das katholische Abenteuer - Eine Provokation", ... München 2011 ...<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtete am 20. Juni 2011: >>**Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

Internationale Hochfinanz

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen.

Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diene auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich aus-

einanderdividieren könnte. Deswegen mußten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten mußten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "allierter Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als *quantité négligeable* angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.

Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäi-

schen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt**", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die

Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x317/79) = Verraten - verkauft - verloren. Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung, Seite 79.

x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr. 15. Berlin 2010.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x348	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Kriegslügen der USA</u> . Das Massaker an der Wahrheit von 1990 bis heute. COMPACT-Sonderausgabe Nr. 2. Werder (Havel) 2013.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 2. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland. 3. Teil</u> . ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x863	http://horst-koch.de/deutschenfeindlichkeit/ - Januar 2016.
x869	http://www.bandulet.de/Berichte/zahlmeister.html - Juli 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.066	https://dserver.bundestag.de/btd/17/056/1705672.pdf - Januar 2022
x1.104	https://horst-koch.de/antichrist-dr-lothar-gassmann/ - April 2022